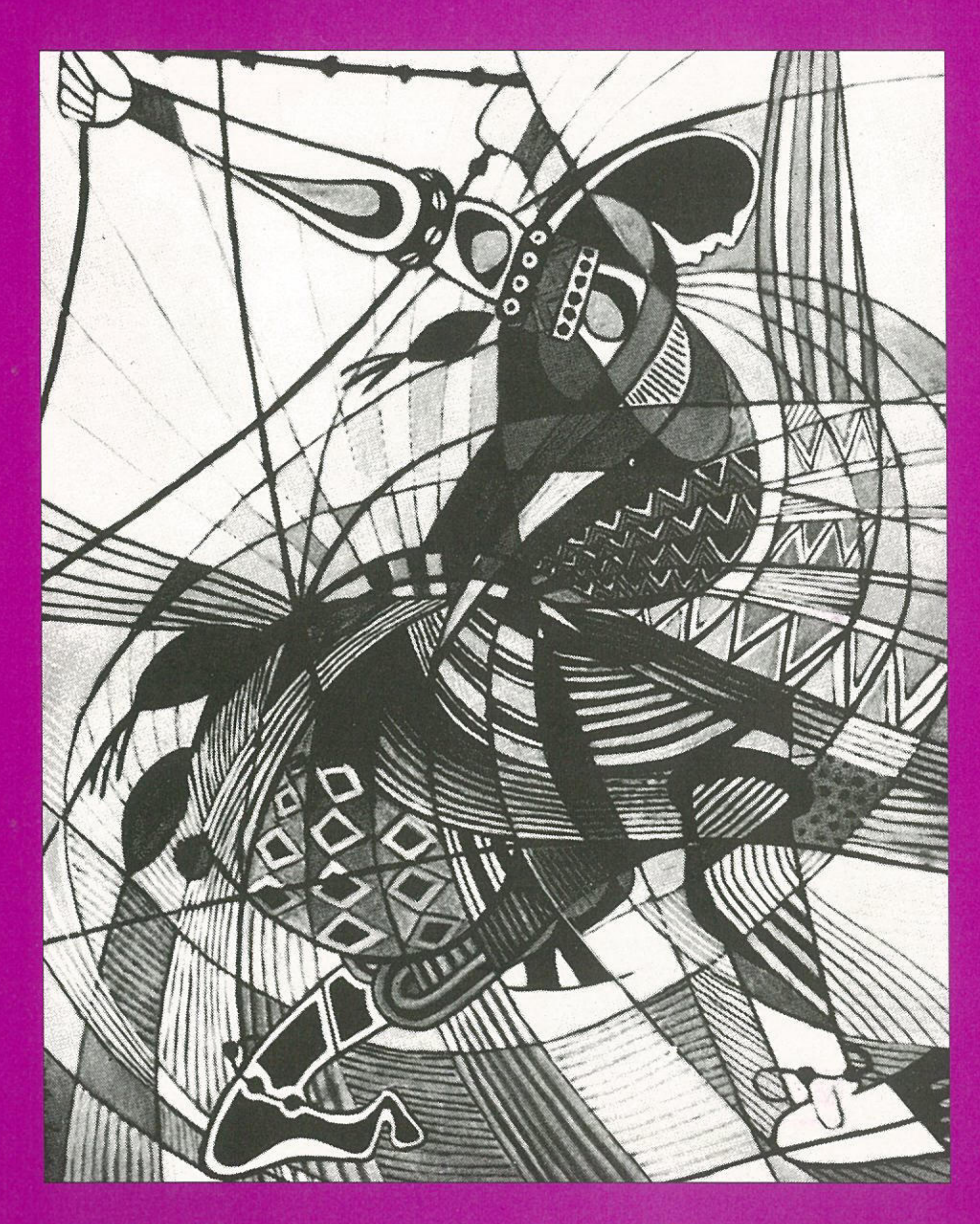
Nr. 176 Sept./Okt. 1991 DM 6,00 M 3477 F



informationszentrum dritte welt



Afrika im Aufbruch

außerdem: Madagaskar ★ Sudan ★
Kritik an NGO's ★ Medien und Adressen

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Do. 10-13 u. 15-18 Uhr, Fr.. 11-13 u. 15-17 Uhr

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Tilman Lamparter, Georg Lutz, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiver, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18 000 Zeichen)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Redaktionsschluß für Nr. 177:
30.09.1991

Anzeigenschluß für Nr. 177:
(Druckfertige Vorlagen) 14.10.1991

Titelbild: "Das Schreiten des Siegers" von Pape Ibra Tall (Senegal)

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigung

In den "blättern" Nr. 175 überraschten wir unsere LeserInnen gleich auf Seite 4 mit einer graphischen Lücke. Sie war nicht beabsichtigt - eigentlich sollte dort eine Überschrift zu dem Artikel über Kamerun plaziert werden: "Literaten gegen die Zensur".
Auf Seite 5 hat sich zudem ein Sachfehler eingeschlichen: In der ersten Spalte, Mitte, soll es nicht heißen: "1971, als Kameruns Präsident Ahidjo den Oppositionspolitiker Ruben Um Nyobe ermorden ließ..." Der war nämlich 1971 schon 10 Jahre tot.
Sondern: "...als Ahidjo den Oppositionspolitiker Ernest Quandié öffentlich hinrichten ließ..."

Friedfertiger Kampf um eine dritte Republik



Demonstration in der Hauptstadt Antananarivo am 10.7.91

Die Welle der Forderungen nach einer Demokratisierung der Gesellschaft, die den afrikanischen Kontinent schon seit geraumer Zeit erschüttert, hat nun auch den Inselstaat Madagaskar erreicht. Die über Jahre hinweg aufgestaute Unzufriedenheit der Menschen mit der ökonomisch wie politisch desolaten Situation ihres Landes brach in einer Welle des friedlichen Massenprotestes hervor, die mit einer Großdemonstration am 1.Mai begann. Die Regierung unter Staatspräsident Ratsiraka reagierte mit einer Mischung aus Hilflosigkeit und Brutalität. Der friedfertige Kampf um eine neue Republik erreichte Ende Juli seine wohl letzte und entscheidende Phase.

Der Wagen biegt 80 Kilometer südlich der Hauptstadt nach Osten ab. Auf der Staubpiste geht es nur noch im Schrittempo weiter, die Schlaglöcher sind eher kleine Bombentrichter und müssen sorgsam umfahren werden - *voyage malgache*. Hier erstreckt sich eine über 1000 Hektar große Fläche, rechtwinklig mit Dämmen und Gräben in Parzellen eingeteilt. In der Mitte der Fläche befindet sich ein Ruinendorf. Betonhäuser ragen ohne Dächer hervor, Türen und Fenster sind eingeschlagen, einsam steht ein Wasserturm in der Gegend. Wir befinden uns mitten in einer Entwicklungshilfe- Ruine. Hier waren es die Nordkoreaner, die zunächst den einheimischen Bauern ihr Land abnahmen, mit Bulldozern alles begradigten, um an dieser Stelle Reis agrarindustriell anzubauen. Es funktionierte nicht. Das Ganze war eine Fehlplanung - von Anfang an. Das Beispiel hat Symbolwert für sechzehn Jahre Orientierung an "sozialistischer Staats- und Wirtschaftslenkung"- vor allem nach nordkoreanischem Vorbild - auf Madagaskar.

Doch Madagaskar hat die pure Idee nie konsequent Praxis werden lassen. Zwar wurden die Banken, Raffinerien, einige Großbetriebe und der Handel verstaatlicht, auf politischer Ebene jedoch war die vom Staatsoberhaupt ins Leben gerufene AREMA- Partei(Avantgarde de la Revolution Malgache), die bis heute keinen einzigen landesweiten Parteitag abgehalten hat, immer auf die Unterstützung anderer Parteien in ihrem MMSM (Mouvement militant pour le socialisme malgache)- Regierungsbündnis angewiesen. Jahrelang aufrechterhaltene Zensur, die Ausbildung der Präsidentengarde und der Sicherheitsdienste durch nordkoreanische Militärs und ostdeutsche STASI, der Bau des Präsidentenpalastes inklusive eines unterirdischen Bunkers in Iavoloha, ein Dutzend Kilometer südlich der Hauptstadt gelegen, zählen zu den gegenwärtig spürbaren "Leistungen".

Da sitzt er nun in einem breitausladenden roten Sessel, in der linken Hand ein Zepter, mit der rechten Hand weitschweifende Gesten ausführend: der madagassische

Präsident Didier Ratsiraka. Vor ihm steht, in gebührendem Abstand, ein europäischer Journalist und stellt Fragen. Diese Szene wird am 28.Juli abends als Aufzeichnung im madagassischen Fernsehen gesendet und von den Zuschauern in einem Restaurant höhnisch kommentiert: "Wenn er ja sagt, meint er nein!" sagt ein Lehrer. Die Anwesenden pflichten ihm bei. Die Glaubwürdigkeit des Präsidenten befindet sich auf dem Nullpunkt.

Staatspräsident Ratsiraka "Der Herr der Sauce"

Auf 16 Jahre Misere blicken die Madagassen im Zorn zurück. 1975 konnte sich der Fregattenkapitän Didier Ratsiraka nach internen Auseinandersetzungen der Militärs durchsetzen und wurde in einem Wahlgang, in dem gleichzeitig die neue Verfassung der demokratischen Volksrepublik angenommen wurde, zum Präsidenten gewählt. 1982 und 1989 wiedergewählt, versprach Ratsiraka dem madagassischen Volk immer wieder steigenden Wohlstand: Sein rotes Buch (boky mena) sieht bis zum Jahr 2000 ein Wohlfahrtsprogrammm für Madagaskar vor: Die Selbstversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln, Wohlstand durch Erschließung der Ölschiefervorkommen im Westen des Landes, soziale und kulturelle Anstrengungen sollten unternommen, die Würde Madagaskars als geachteter Staat in der Weltgemeinschaft gesichert werden.
Von diesen Projekten ist nicht viel übriggeblieben: Madagaskar zählt heute zu den 15 ärmsten Ländern der Erde. Die Monatslöhne beispielsweise für Angestellte der Banken bewegen sich zwischen umgerechnet 90 und 200 DM. Die Gehälter von Grundschullehrer/innen liegen noch unter diesem Niveau. Besonders die städtische Bevölkerung leidet. Die Mieten sind exorbitant hoch, ein Kilo des Grundnahrungsmittels Reis kostet inzwischen fast 20 Pfennige und wer nicht über einen eigenen Garten als günstige Nahrungsquelle verfügt, sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, daß schon vor der Monatsmitte das Geld restlos ausgegeben ist. An den Kauf von Schuhen und Kleidung ist unter diesen Umständen nicht mehr zu denken. Also wird weiter geflickt...
Dabei entsprach insbesondere die Politik, die Ratsiraka ab 1973 zunächst als Außenminister betrieb, durchaus den Hoffnungen und Wünschen des madagassischen Volkes in der nationalen Aufbruchsstimmung Anfang der 70er Jahre. Die Aufkündigung des Truppenstationierungsabkommens mit Frankreich, der Austritt aus der Franc-Zone, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Apartheidstaat Südafrika und zu Israel fänden in Madagaskar weitestgehende Unterstützung. Mit seinem Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone im gesamten Indischen Ozean konnte sich Ratsiraka in der Periode angespannter Ost-West-Beziehungen in den 80er Jahren profilieren und mit seiner Politik der Blockfreiheit besonders innerhalb der OAU Eigenständigkeit beweisen. Heute hat allerdings die Außenpolitik angesichts sich wandelnder internationaler Beziehungen und drängender, ungelöster innenpolitischer Probleme stark an Bedeutung verloren. Ratsiraka selbst hat dies mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Südafrika vor knapp zwei Jahren unterstrichen, wobei erhofftes finanzielles Engagement der Südafrikaner in Madagaskar den Ausschlag gab.
Die Liste der Vorwürfe der Opposition gegen den Staatspräsidenten ist lang. Persönliche Bereicherung, Vetternwirtschaft, Korruption, Umlenkung von Entwicklungshilfegeldern werden ihm zur Last gelegt. Besonders verbittert sind viele Madagassen zudem über die seit 1975 betriebene Politik der Malgaschisierung des Erziehungswesens. Gedacht als Beitrag zur Stärkung des Selbstbewußtseins und der kulturellen Eigenständigkeit des madagassischen Volkes, litt sie von Anfang an unter den knappen finanziellen Mitteln. So fehlten neue Unterrichtsmaterialien und die Einstellung benötigter Lehrkräfte blieb aus. Im Ergebnis bewirkte die Erziehungspolitik seit 1975 eine Abkoppelung von internationalen Standards und eine Vernachlässigung der handwerklich-technischen Bildung. Während der Präsident den Kindern des Volkes madagassisch als Unterrichts- und Universitätssprache verordnete und dabei die Fremdsprachenausbildung vernachlässigte, schickte er seine eigenen Kinder auf das französische Lycée und zum Studium nach Frankreich.

Populär ist die Verballhornung der Abkürzung für das MMSM- Regierungsbündnis, auf das der Präsident seine Macht stützt: Das "mouvement militant pour le socialisme malgache" wird bissig ins madagassische übersetzt mit "Mpikambana Miavaka- Saosy Malagasy", was so viel bedeutet wie "Vereinigung derer, die die madagassische Sauce aufessen". Treffender kann ein Volk, dessen Hauptnahrungsmittel aus einem großen Teller Reis mit einer Fleisch- oder Fischsauce besteht, sein Verhältnis zur Macht kaum zum Ausdruck bringen.

Grundlage für eine neue Republik

Die Opposition hat es satt, vom Staatspräsidenten ständig mit dem Angebot einzelner Kabinettsposten abgespeist zu werden. Sie verlangt eine grundsätzliche Reform des politischen Systems. So soll eine neue Verfassung mit Gewaltenteilung nach westlichem Vorbild die Grundlage für eine dritte Republik schaffen. Ebenso wird eine grundlegende Reform des Wahlrechts gefordert, das bislang immer der Regierungspartei AREMA massive Vorteile einräumte und Wahlmanipulationen ermöglichte.
Ratsiraka selbst hat genug Veranlassung für die gegenwärtige Entwicklung gegeben. Bei dem Neujahrsempfang 1989 für das diplomatische Korps führte er eine Kehrtwendung seiner bisherigen, als sozialistisch bezeichneten Überzeugungen vor. Er entdeckte für sich die Bibel wieder, bezeichnete sich als praktizierenden Christen und suchte die Wiederannäherung an das westliche System und dabei besonders die Nähe zu den französischen Sozialisten. Im März 1989 wurde der "gewandelte" Ratsiraka mit knapp 60% der Stimmen ein drittes Mal für sieben Jahre zum Präsidenten wiedergewählt. In den großen Städten konnte er keine Mehrheit erringen. Massive Wahlbetrugsvorwürfe sind besonders in den ländlichen Regionen erhoben worden...
Die unterlegenen Parteien forderten umgehend den Rücktritt Ratsirakas sowie die Einsetzung einer neuen Regierung. Mehrere große Demonstrationen unterstützten in diesem Jahr die Forderungen der Opposition. Am symbolträchtigen 13.Mai 1990 (dem Jahrestag des nationalen Aufstandes von 1972(1)) besetzte eine Aktionsgruppe, die sich "Generation 1990" nannte, für mehrere Stunden die nationale Radiostation und erklärte die Ratsiraka-Regierung für abgesetzt. Die Aktion ist schlecht vorbereitet, die Opposition selbst ist überrascht und eine Unterstützung durch Massenaktionen bleibt aus. Die Gendarmerie räumt mit Blendgranaten und Tränengas das Gebäude. Auffällig ist allerdings, daß die Gerichtsurteile gegen die Besetzer mit einem Jahr Gefängnis im Gegensatz zur bisherigen Praxis relativ gemäßigt ausfielen.
Während seit Jahren nur kirchliche Mitarbeiter und die katholische Wochenzeitung "Lakroa n'i Madagasikara" es wagten, die Verhältnisse offen beim Namen zu nennen, erscheinen jetzt immer öfter freie Presseorgane, während die Radio- und Fernsehnachrichten weiter als Hofberichterstattung funktionieren.

"Hery Velona"- Lebendige Kraft

Im Laufe des Jahres 1990 formiert sich als Dachorganisation von über 30 Parteien und Basisorganisationen das. Bündnis "Hery Velona" (Lebendige Kraft). Im Augugst 1990 übernimmt der "Ökumenische Rat der Kirchen Madagaskars" (FFKM) die Schirmherrschaft für den von der Opposition geforderten Dialog. Die nach ihrem Verhandlungsort im Stadtteil Antanimena bezeichneten "Falda-Konferenzen" beginnen. Die Regierung verfolgt dabei die Politik, alle Debatten hinauszuzögern und ist zu elementaren Zugeständnissen nicht bereit.



Antananarivo. Place du 13 mai am 10.7.91

Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge. Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, lädt die Opposition am 1.Mai 1991 zu einem ersten großen Massenmeeting in das Stadion der Cite des 67 Hectares ein. Von jetzt an überschlagen sich die Ereignisse. Angesichts der harten Haltung der Regierung wird die Reaktion der Opposition immer unversöhnlicher. Selbst überrascht von der Massenbewegung, die seit Anfang Mai zu immer größeren Aktionen führt, steht für die Opposition jetzt nicht nur die Absetzung der von Ratsiraka eingesetzten Ramahatra-Regierung, sondern seit Anfang Juli auch der Rücktritt des Staatsoberhauptes selbst auf der Tagesordnung.
Die Aktionsversammlung im Stadtteil Mahamasina am 6.Juli beschließt den unbefristeten Generalstreik ab Montag, den 8.Juli. Die öffentliche Verwaltung ist seit Mai durch partielle und seit Juli durch permanente Streiks vollständig paralysiert. In den Krankenhäusern werden nur noch Notdienste aufrechterhalten. Mitte Juli fahren für zwei Wochen keine Busse und Taxen in der Hauptstadt und mehreren großen Provinzstädten, Treibstoff ist in dieser Zeit nicht und in den darauffolgenden Wochen nur spärlich zu erhalten. AIR MADAGASCAR setzt für zwei Wochen sämtliche Flugbewegungen ab und beginnt Ende Juli nur zögerlich mit der Wiederaufnahme des Flugbetriebes.
Die Lebensmittelpreise steigen aufgrund der Transportprobleme besonders für den Teil der Waren, die aus dem weiteren Umland in die Hauptstadt transportiert werden, ständig. Benzin erzielt auf dem Schwarzmarkt einen 300-prozentigen Aufschlag. Angst breitet sich vor allem unter den Staatsbediensteten aus. Sie fragen sich, ob sie ihr kärgliches Gehalt im Monat August noch ausgezahlt bekommen werden.
Ende Juni stellt die Opposition eine provisorische Gegenregierung auf. Mitte Juli geht sie noch einen Schritt weiter: Sie erklärt am 20.Juli die Ramahatra-Regierung für abgesetzt und läßt sich von der großen Streikversammlung der Hauptstadt die Legitimation zur Einsetzung einer Übergangsregierung geben. Abweichend von früheren Absichten werden jetzt nur noch Mitglieder der Opposition für die Ministerposten benannt. In mehreren großen Umzügen werden diese Politiker/innen in ihre Ministerien geleitet, wobei sich teilweise kuriose Dinge ereignen. Einige "abgesetzte" Minister verlassen fluchtartig das Gebäude, während die neuen Minister unter den wohlwollenden Blicken der Militärs und der Polizei das Gebäude betreten.
Die Reaktion der "abgesetzten" Ramahatra-Regierung erfolgt prompt: Sie läßt fünf neue Minister von speziellen Kommandos entführen. Die Opposition spricht von Terroraktionen, der Zorn der Massen und ihre Entschlossenheit, jetzt die Abdankung Ratsirakas zu fordern, nehmen zu.
Präsident Ratsiraka antwortet auf die Ereignisse zunächst mit Stillschweigen. Seit Anfang Mai betreibt er eine Vogel-Strauß- Politik, äußert sich nicht öffentlich, läßt nur seinen Innenminister Portos sprechen, von dem die Opposition sagt, daß dieser bislang markige Politiker wohl Kreide gefressen habe, da er jetzt nur noch um die Gunst der Massen säusele.

Die Streikaktionen und besonders die Tatsache, daß bis auf das Verteidigungs- und das Informationsministerium alle anderen Ministerien lahmgelegt sind, zwingen Ratsiraka schließlich am Sonnabend, den 27.Juli, zu einer wohlinszenierten Stellungnahme im abendlichen Fernsehprogramm. Er bekundet seine grundsätzliche Bereitschaft, mit der Opposition zu verhandeln und erklärt seine Regierung unter Ministerpräsident Ramahatra für abgelöst. Seine Bemerkung, daß die Entführung der Minister/innen der Übergangsregierung ohne sein Wissen und Einverständnis erfolgt sei, trägt nicht gerade zur Stärkung seiner Glaubwürdigkeit bei. Ratsiraka verspricht die Einsetzung einer diesbezüglichen Untersuchungskommission und die baldige Freilassung der prominenten Gefangenen, die in den folgenden Tagen auch tatsächlich erfolgt.
Während es in der Hauptstadt bei kleinen Auseinandersetzungen zwischen Ratsiraka-treuen Einsatzkräften und Demonstranten nur wenige Verletzte gibt, ist der politische Kampf in einigen Hafenstädten überaus hart. In Mahajanga verjagen Demonstranten den Chef der Provinzverwaltung, in Toamasina erschießen regierungstreue, maskierte Bewaffnete bei dem fehlgeschlagenen Versuch, das Rathaus von der Opposition zurückzuerobern, zwei jugendliche Demonstranten.

Unterschiedliche Strategien der Opposition

Alle Oppositionsgruppierungen sind sich einig in der Forderung nach einer Demokratisierung der madagassischen Gesellschaft. Über die Wege, die zu einem Machtwechsel führen sollen, herrschen jedoch unterschiedliche Auffassungen.

Die MFM (Partei der Macht der Proletarier, früher linksradikal, jetzt mehrheitlich liberal) versucht sich als Partei der Mitte und des Dialogs zu profilieren. Sie nimmt nicht an der Gegenregierung teil mit der Begründung, daß auch die Ratsirakatreuen Parteien in den Übergangsprozeß einbezogen werden sollten. Vermutlich liegt dieser Position die Einschätzung zugrunde, daß die Kraft der Opposition nicht ausreichen wird, um Ratsiraka aus seinem Amt zu verjagen und es daher besser wäre, sich mit ihm zu arrangieren. Ihr Parteiführer Manandafy Rakotonirina begibt sich Anfang August zu einem - allerdings erfolglosen - Gespräch mit Didier Ratsiraka.

Dem stehen Politiker wie der parteilose Ministerpräsident der oppositionellen Übergangsregierung, der Chirurgie-Professor Albert Zafy, gegenüber, die bislang jegliche Bittgänge zum Staatsoberhaupt abgelehnt haben und auf dem bedingungslosen Rücktritt Ratsirakas bestehen.

Von Seiten der Basisorganisationen innerhalb der Opposition, vor allem der Betriebs- und Verwaltungsstreikkomitees werden Forderungen erhoben, die auf eine stärkere Beteiligung der Basis und das Zurückdrängen des Parteieneinflusses innerhalb des Oppositionsbündnisses hinzielen. So wird von diesen Kräften gefordert, daß kein Politiker, der unter Ratsiraka einen Regierungsposten innegehabt hat, in der angestrebten dritten Republik Regierungsverantwortung übernehmen darf. Dies ist eine gewichtige Forderung, haben doch viele prominente Oppositionspolitiker sich eine zeitlang mit Ratsiraka zu arrangieren versucht.

Der Einfluß der Basis auf Entscheidungen der höchsten Oppositionsgremien ist nicht zu unterschätzen. So harrt beispielsweise am 15.Juli die Streikversammlung auf dem "Place du 13. mai" bis halb fünf Uhr nachmittags aus, um den Bericht der Verhandlungskommission zu hören, die sich am Vormittag zum Staatsoberhaupt begeben hatte, um die Auflösung der Ramahatra-Regierung und Ratsirakas Rücktritt zu fordern. Als deutlich wird, daß das Gespräch ohne greifbare Ergebnisse beendet wurde und der Berichterstatter, der Pastor Richard Andriamanjato (AKFM renouveau), zu beschwichtigenden Formeln greift, erntet er ein gellendes Pfeifkonzert. Tags darauf ist die Beteiligung an der Streikversammlung deutlich gestiegen und vehement wird Kritik an der Verhandlungsführung der Opposition vorgetragen.

Das Verhältnis der Oppositionsführer zur Wahrheit ist bisweilen taktischer Natur. Auf der Streikkundgebung vom 10.Juli verkünden Sprecher, daß der Ministerpräsident Ramahatra soeben aus freien Stücken zurückgetreten sei. Da dies aber nicht den Tatsachen entspricht, winden sich Sprecher der Opposition auf der folgenden Streikkundgebung, um diese bewußte Falschmeldung als "Kommunikationsproblem" zu verharmlosen. Von einem Pressesprecher der Opposition ist zu erfahren, daß man doch die Massen "bei Laune halten müsse".



Demonstrationen nicht nur in der Hauptstadt. Hier eine Streikversammlung in der Provinzstadt Antsirabe

Deutlich wird, daß die Ereignisse seit dem 1.Mai dieses Jahres eine Dynamik hervorgebracht haben, die eine Politisierung der gesamten Bevölkerung erreichte, wobei die städtischen bürgerlichen Schichten und die Arbeitslosen das Rückgrat der Opposition bilden. Die Opposition tritt nun voller Selbstbewußtsein auf und insbesondere die Basiskräfte wissen um ihre Fähigkeit, durch entschlossenes Auftreten etwas erreichen zu können. Dabei stehen die Forderungen nach einer Entmachtung der politischen Zentrale, der Stärkung der lokalen und regionalen Strukturen sowie Demokratisierung und Selbstverwaltung im Vordergrund.

Die letzte Phase des Kampfes

Die Feuereröffnung der Präsidentengarde auf die mehreren hunderttausend Demonstranten, die am Sonnabend, den 10.August, die Ernennung eines neuen, Ratsiraka-ergebenen Ministerpräsidenten ablehnten und mit einem "Marsch der Freiheit" sich auf den Präsidentenpalast zubewegten, bezeichnet eine neue, womöglich letzte Etappe im Kampf der Opposition gegen Ratsiraka. Die zahlreichen Toten und Verletzten werden die internationale Öffentlichkeit alarmieren und auch die französische Regierung nicht unbeeindruckt lassen können. Bislang haben französische Regierungvertreter aufgrund des im Ausland noch bestehenden Ansehens Ratsirakas immer wieder auf einen Kompromiß zwischen dem Staatsoberhaupt und der Opposition gedrängt. Es waren sogar französische Militärs, die einen direkten Beitrag zur persönlichen Sicherheit Ratsirakas geleistet haben.

Die Opposition hat als Antwort auf das Blutbad vom 10.August beschlossen, die Streikaktionen noch zu verschärfen und plant die Übernahme der nationalen Radio- und Fernsehstation. Als Zeichen einer härteren Haltung ist auch zu werten, daß die Opposition den kirchlichen Vermittlern mitgeteilt hat, daß weitere Verhandlungen zwischen ihr und Ratsiraka sinnlos seien.

Angesichts des gewalttätigen, mörderischen Vorgehens gegen den friedvollen Massenprotest und den zivilen Ungehorsam werden französische Politiker nicht umhin können, ihr Verhältnis zum madagassischen Präsidenten grundlegend zu überdenken. Frankreichs Präsident Mitterand hat seit gut zwei Jahren als oberstes Ziel der Außen- und Entwicklungshilfepolitik die Achtung der Menschenrechte immer wieder in den Vordergrund gestellt, die gerade in eklatanter Weise von Ratsiraka verletzt werden.

Mögen auch Kompromisse den Kampf der Opposition um eine erneuerte dritte Republik noch einmal verzögern, so bleibt doch die Erfahrung seit dem 1.Mai dieses Jahres, nicht nur Zugeständnisse des Staatspräsidenten, sondern den Sturz seiner Regierung mit pazifistischen Mitteln erreicht zu haben. Das Volk hat bewiesen, daß der Demokratisierungsprozeß nicht mehr umkehrbar ist und in Zukunft jede Regierung mit der Aufmerksamkeit und Initiative breiter Bevökerungskreise in allen öffentlichen Belangen rechnen muß.

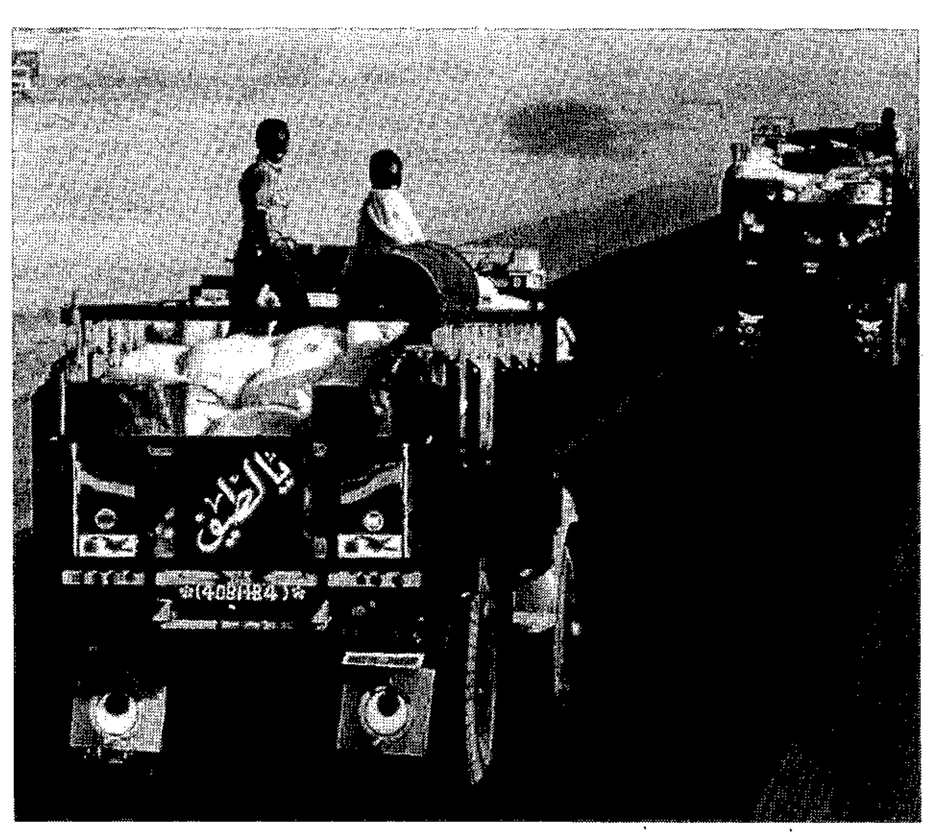
Karl Nebe

Anmerkung:

(1) Nach dem 13. Mai 1972 begann ein national-revolutionärer Prozeß, in dem nach neuen Demokratieformen gesucht und mit Elementen der Basisbeteiligung experimentiert wurde und der hauptsächlich auf die bäuerlichen Massen abzielte. Forderungen nach einer Entmachtung der politischen Zentrale, der Stärkung der lokalen und regionalen Strukturen sowie Demokratisierung und Selbstverwaltung waren die proklamierten Ziele der damaligen Regierung. Sie bestand aus einer Gruppe von Intellektuellen um den Gendarmerieoffizier und 1974 ermordeten Ministerpräsidenten Ratsimandrava. Sie versuchte, an die sozialistisch zu verstehende Dorfkollektiv-Tradition (Fokonolona) der vorkolonialen Zeit (ähnlich wie der Ujamaa-Gedanke in Tanzania) anzuknüpfen.

Völkermord im Gottesstaat

Im Sudan regiert seit zwei Jahren eine Militärdiktatur, die unfähig ist, die grundlegenden Probleme und Konflikte des Landes - die desolate ökonomische Situation, die anhaltende Nahrungskrise, Bürgerkrieg im Süden, Millionen von Flüchtlingen und Verhungernden - auch nur ansatzweise zu bewältigen. Das Land steht am Rand einer unvorstellbaren, zu einem beträchtlichen Teil politisch verursachten Katastrophe. Mehr noch, die Militärjunta begeht Völkermord am eigenen Volk.



Von der Militärregierung unterbunden. Lebensmittellieferungen in den Süden
(Foto: Schwarz-Weiß-Verlag)

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit 1956 ist das politische System des Sudan von großer Instabilität geprägt. Phasen parlamentarischer Demokratie wechseln sich mit Militärdiktaturen (1958-64 und 1969-85) ab. Weder die Militärs noch die durch Wahlen legitimierten Regierungen sind in der Lage, die Probleme des Sudan zu lösen. Die Gründe für die Instabilität liegen in einer regional ungleichen Entwicklung und in der Unfähigkeit des Staates, seine Bürger mit den notwendigsten Gütern zu versorgen.

Die wirtschaftliche Kernregion des Sudan, das Niltal, wo mit Hilfe riesiger Bewässerungsanlagen das wichtigste Exportprodukt, Baumwolle, angebaut wird, erhält ebenso wie das städtische Zentrum Khartum schon seit der Kolonialzeit staatliche Investitionen und Dienstleistungen (Schulen, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung), während der Rest des Landes vernachlässigt wird. Die Bewohner der südlichen Regionen des Landes leben mehr schlecht als recht von kleinbäuerlicher Produktion. Gegen die Bevormundung durch die politische Elite der arabischen Zentralregion entstand im nicht-islamischen Süden des Landes bereits in den sechziger Jahren eine bewaffnete Opposition, die 1983 erneut militärisch aktiv wurde. Gigantische Entwicklungsvorhaben, die unter Numeiri (1969-85) in Angriff genommen wurden, bescherten dem Land außerdem eine immense Außenverschuldung. 1985 stürzte Numeiri, als die Kürzungen von Lebensmittelsubventionen auf Empfehlung des IWF einen Massenaufstand auslösten.

Unter dem Schutz Numeiris formierten sich die islamischen Fundamentalisten - die National Islamic Front (NIF) - als relevante ökonomische und politische Kraft im Sudan. Mit Hilfe islamischer Geldgeber, die finanzielle Unterstützung aus dem arabischen Ausland erhielten, konnten die Fundamentalisten im Bereich des Im- und Exports, bei Banken, Versicherungen, Immobilien und im Transportwesen eine dominierende Rolle erringen. Außerdem erweiterten sie ihren Einfluß innerhalb des Militärs.

Die Wahlen von 1986 brachten keine politische Neuordnung im Sudan. Zwar war Numeiri gestürzt, doch die mit ihm liierte Staatsklasse behielt bei den Wahlen die Oberhand und führte danach ihre alte Beute-Politik weiter. Um ihre Anhängerschaft bei der Stange zu halten, alimentierten sie ihre Unterstützer, Parteigänger und Familienangehörigen hemmungslos aus der Staatskasse.

In dieser Situation konnte sich die National Islamic Front als Antikorruptionsbewegung profilieren und erhielt Zulauf. Im März 1989 geriet die Regierung durch Protestaktionen von progressiven Kräften in der Armee und von Intellektuellen unter Druck. Diese forderten eine konsequente Politik zur Beendigung des Bürgerkriegs und die Abschaffung der Scharia. Eine daraufhin gebildete Regierungskoalition aus allen politischen Parteien und Verbänden mit Ausnahme der NIF nahm ernsthafte Verhandlungen mit der SPLA (Sudan People Liberation Army), der mittlerweile führenden politisch-militärischen Kraft des Südens auf. Eine friedliche Lösung war greifbar nahe, als am 30.6.89 einige junge Offiziere putschten.

Zwar leugnete die Militärjunta jegliche Verbindung zur NIF, doch ihre Politik entsprach exakt den politischen Zielen der islamischen Fundamentalisten. Auch verließen nach wenigen Monaten zwei Mitglieder den Kommandorat der Junta aus Protest, da die wichtigen Entscheidungen nicht mehr im Rat, sondern in der NIF-Führung gefällt würden. Es entstanden parallele Sicherheitsdienste, die mit dem offiziellen Staatssicherheitsdienst und mit der Polizei konkurrierten. Innerhalb von zwei Jahren gelang es der NIF, die Regierung in die Richtung eines islamischen Gottesstaates zu steuern.

Die Staatsführung beschränkt sich mittlerweile auf puren Machterhalt. Loyalität wird belohnt, Fachkompetenz ist nicht gefragt. Da sich das Regime durch die



General Omar al-Baschir

Unterstützung Saddam Husseins im Golfkrieg auch im arabischen Raum diskreditierte, verlor der Sudan wichtige Einnahmequellen. Auch die Staatsverschuldung nahm bedrohliche Ausmaße an. So hielt sich die Junta mit besonderen Mitteln bei den Bürgern schadlos. Bereits kurz nach dem Putsch war der private Devisenbesitz unter Androhung harter Strafen verboten worden, vorhandene Devisenbestände wurden eingezogen. Im Frühjahr 1991 verfügte das Regime, daß sämtliches Bargeld binnen einer Woche gegen neues Geld umzutauschen sei. Doch die Banken gaben nur begrenzte Summen wieder an die Bürger zurück, die z.T. beträchtlichen Restbeträge wurden der Staatskasse gutgeschrieben - eine radikale Methode, um von den Bürgern abzukassieren.

Repression und Säuberung

Durch die noch am Putschtag erlassenen Notstandsgesetze schaffte der National Salvation Revolution Command Council (Nationaler Revolutionsrat, NSRCC), wie sich die 15-köpfige Junta mit Generalleutnant Omar al-Beschir an der Spitze nennt, die demokratische Ordnung ab. Er löste das Parlament, den Obersten Staatsrat und das Kabinett auf, setzte die Verfassung außer Kraft und suspendierte alle nicht-religiösen Organisationen, d.h. sämtliche politischen Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Hilfsorganisationen. Nur noch die amtlichen Zeitungen durften erscheinen.

Der Nationale Revolutionsrat (NSRCC) zog alle Macht an sich. Beschir ist in Personalunion Staatsoberhaupt, Präsident des NSRCC und des Ministerrates, Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Im Bewußtsein seiner äußerst schwachen Machtbasis traf der sogenannte Revolutionsrat umfangreiche Vorkehrungen, jegliche Form von Opposition im Keim zu ersticken. Im Dekret Nr.2 der Notstandsgesetze werden die Staatssicherheitskräfte zur weitgehend unkontrollierten Verfolgung einer jeden Person ermächtigt, die "im Verdacht steht, eine Gefahr für die politische oder ökonomische Sicherheit des Landes" zu sein. Die Staatssicherheit kann auf dieser Grundlage jede Person verhaften und unbegrenzt in Haft halten, ohne Haftbefehl, Haftprüfung, Verhandlung und sogar ohne Verhör. Beschuldigte haben weder das Recht auf anwaltliche Vertretung noch die Möglichkeit, sich an eine höhere gerichtliche Instanz zu wenden.

In einer ersten Verhaftungswelle unmittelbar nach dem Putsch ließen die neuen Machthaber ca. 80 Partei- und Gewerkschaftsführer und höhere Regierungsbeamte sowie Dutzende weitere "Verdächtige" inhaftieren. Diese Aktion rechtfertigte die Regierung als präventive Maßnahme zur Stabilisierung der Situation im Lande. Die Haftbedingungen der Gefangenen waren - dank ihrer Prominenz und internationaler Aufmerksamkeit - zumeist gut.

Ein Teil der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder konnte vor den anhaltenden Verhaftungswellen nach Kairo flüchten. Sie arbeiteten unterdessen fieberhaft an ihrer Reorganisation und versuchten, sich gegen die Entlassungen und Verhaftungen ihrer Mitglieder zu wehren. Im November '89 vereinigten sich 51 Gewerkschaften, die verbotenen politischen Parteien und 8 Berufsverbände zum National Democratic Forum (NDF) und unterzeichneten eine gemeinsame Charta. Diesem Bündnis hat sich inzwischen auch die SPLA angeschlossen. Während prominente politische Gefangene immerhin auf eine gewisse öffentliche Teilnahme und Unterstützung hoffen können, sind jene Häftlinge, die ohne Anklageerhebung festgehalten werden, auf Gedeih und Verderb den Sicherheitsdiensten ausgeliefert. Die Staatssicherheit verschleppt Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen, früherer oder vermuteter politischer Aktivitäten oder aufgrund von Denunziationen in geheime Verhörzentren (biyut al-ashba oder auch 'safe houses' genannt). Dort erwartet die Gefangenen Einzelhaft, Folterungen sind an der Tagesordnung. Medizinische Versorgung wird ihnen verwehrt. Erst nach Tagen oder Wochen der Verhöre durch den Geheimdienst werden die Gefangenen in Gefängnisse gebracht. Im April und Mai 1990 ließ das Regime die meisten politischen Gefangenen ohne Anklageerhebung wieder frei. Ein Jahr später, im Mai 91, kommen im Zuge einer Generalamnestie weitere 300 politische Gefangene auf freien Fuß. Trotz dieser Amnestie berichtet der in London erscheinende *Sudan Monitor* von Dutzenden politischen Gefangenen, die weiterhin im Sudan einsitzen.

Beobachter mutmaßen, daß die Amnestie der Verbesserung der Reputation des Regimes im Ausland dienen soll. Zudem können Oppositionelle heute auf der Grundlage der seit März 91 in vollem Umfang geltenden Scharia vor Gericht gestellt und härter bestraft werden, als das zuvor der Fall war. Der Gottesstaat geht mit "Säuberungsaktionen" gegen potentielle Kritiker vor. Von Anfang an betrieb die Militärjunta die Entlassung von Angehörigen und Anhängern des vormaligen Regierungsbündnisses aus der Verwaltung, der Universität, dem Gesundheitswesen und der Justiz. Dabei ersetzten die Militärs die Geschaßten durch Mitglieder und Unterstützer der NIF. Im Sommer 1990 entließ die Regierung 50.000 Staatsangestellte; vordergründig erfüllte sie damit eine IWF-Auflage zur Verringerung der Staatsausgaben, tatsächlich dürfte diese Aktion ein Teil der Säuberung gewesen sein.

Innerhalb von zwei Jahren hat es die Junta geschafft, ein totalitäres Regime mit für den Sudan beispielloser Brutalität zu errichten.

Weit entfernt von einer friedlichen Lösung

Der Kampf um die Herrschaft über den Süden des Landes zwischen dem Regime in Khartum und der SPLA, die den Anspruch erhebt, die Bevölkerung des Südsudan zu vertreten, hat die Form eines radikalen Vernichtungskriegs angenommen, der sich in besonderem Maße gegen die Zivilbevölkerung des Südens richtet.

Seit in Khartum die islamisch-fundamentalistisch orientierten Militärs herrschen, sind die Hoffnungen auf eine Befriedung des Landes zerstoben. Zwar gibt die Junta vor, eine friedliche Lösung zu suchen, aber was von diesen Vorschlägen zu halten ist, zeigt deutlich die radikale Säuberungswelle im Land, bei der auch zahlreiche Südsudanesen aus ihren Positionen gedrängt wurden. Die umfangreiche Plazierung von regimetreuen Beamten im Staats- und Verwaltungswesen bedeutet faktisch eine völlige Verlagerung der ohnehin schon ungleich verteilten politischen Macht zugunsten Khartums.

Auch die Angebote der Junta beim Streit um die Anwendung der Scharia sind höchst problematisch. Im Südsudan soll selbst entschieden werden, ob die Scharia dort Anwendung findet. Aber Südsudanesen, die sich im Norden aufhalten, fallen unter die volle Anwendung der Scharia.

Zu Friedensgesprächen zwischen der SPLA und dem Militärregime ist es bisher nicht gekommen. Es ist äußerst zweifelhaft, ob die Junta überhaupt eine friedliche Lösung sucht. Sie hat nämlich das laufende Jahr zum "Jahr der Entscheidung" erklärt - bis zum Jahresende soll die SPLA militärisch geschlagen sein. Dieses Ziel versucht sie mit allen Mitteln zu erreichen - mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung im gesamten Sudan. Eine zentrale Rolle bei der Kriegsführung der Junta spielt die Kontrolle über die Hilfsgüter, um so ein Ausbluten des Südens zu erreichen. Die Versorgungssituation im Kriegsgebiet ist ausgesprochen dramatisch, es fehlen überall dringend notwendige Nahrungsmittel und Medikamente.

Die Militärs in Khartum haben von Anfang an alles daran gesetzt, jegliche Hilfsaktion zu stoppen. Um die Arbeit von Hilfsstationen zu unterbinden und ein eigenmächtiges Vorgehen der Hilfsorganisationen zu verhindern, hat sie sogar gezielt Bombenangriffe fliegen lassen.

In den von der SPLA eingekesselten Garnisonsstädten, in denen die Zivilbevölkerung von den Regierungstruppen als Geisel gehalten wird, hat sich die Versorgungslage extrem zugespitzt, nachdem die Militärs die Hilfsorganisationen zur Übereignung der Hilfsgüterverteilung gezwungen haben, um diese für ihre Soldaten zu nutzen. Deshalb stellten im Dezember 1990 die Hilfsorganisationen ihre Arbeit vorübergehend ein.

Im März diesen Jahres nahmen die Hilfsorganisationen ihre Arbeit im begrenzten Umfang wieder auf. Das Motiv für diese Entscheidung war die Tatsache, daß das Regime seine Stützpunkte (Garnisonsstädte) überhaupt nicht mehr versorgen konnte und deswegen Zugeständnisse an die Hilfsorganisationen machte. Wer alles von diesen Lieferungen profitierte, ist unklar. Klar ist, daß lediglich ein Bruchteil der benötigten Getreidemenge seine Zielorte erreichte - Schätzungen schwanken zwischen 3 und 6%.

Die Rechnung der Junta ist damit aufgegangen. Sie konnte sogar Hilfsgüter für ihre Kriegsführung instrumentalisieren. Doch führt sie ihren Krieg nicht gegen die SPLA, sondern sie betreibt Völkermord mit ihrem Vernichtungskrieg gegen die südsudanesische Bevölkerung.

Hunger: Ignoriert und instrumentalisiert

Als 1990 der Regen ausblieb, waren die Folgen für das Land voraussehbar, denn in den letzten neun Jahren hatte es nur in drei Jahren normale Niederschlagsmengen gegeben. Doch die dringend benötigte Hilfe blieb lange Zeit aus. Von den 1,2 Millionen Tonnen Lebensmitteln, die das Überleben der ca. acht Millionen vom Hungertod bedrohten Sudanesen sicherstellen sollten, konnte nur ein Bruchteil tatsächlich im Lande verteilt werden.

Die herrschenden Militärs verleugneten noch in diesem Frühjahr die Tatsache, daß sich das Land in einer schweren Hungerkrise befindet. Derartige Äußerungen sollen nur "die politischen Verhältnisse im Land destabilisieren". Dementsprechend zeigten sie keinerlei ernsthafte Bemühungen, dem Desaster entgegenzuwirken. Sie verschärften sogar die Lage im Land, indem sie die Hilfsorganisationen massiv behinderten und die strategischen Getreidevorräte von 300.000 Tonnen Hirse im Laufe des Jahres 1990 verkauften. Diese bitter benötigte Reserve landete z.T. als Viehfutter in der EG. Die Regierung brauchte nämlich dringend Devisen, um Waffen für den Krieg im Süden einzukaufen...

Häufig bemüht die Junta in diesem Zusammenhang die ideologische Floskel:"Wir essen nur, was wir anbauen." Der zum jetzigen Zeitpunkt unerfüllbare rhetorische Grundsatz ist der Versuch, sich als anti-westliche und somit gegen die alten Kolonialmächte aufbegehrende, unabhängige, stolze arabische Nation zu profilieren, die keine Hilfe nötig habe. So wird die maßlose Ignoranz und Unfähigkeit der Junta, die Bürger mit dem Notwendigsten zu versorgen, vertuscht.

Auch das Ausland trug durch die Instrumentalisierung der Hilfslieferungen zur Verschärfung der Krise bei. Die Katastrophenhilfe der westlichen Industrieländer unter Leitung der UN wurde zögernd und zu spät bereitgestellt. Zum einen war die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Golfkonflikt und die Ereignisse in Osteuropa gerichtet. Zum anderen wirkte

sich die Parteinahme des Sudan im Golfkonflikt für Saddam Hussein negativ aus. Die Getreidelieferungen wurden zurückgehalten. Die US-Regierung orderte z.B. ein mit Weizen beladenes Schiff zurück. Vorgeschobene Begründungen sollten verschleiern, daß versucht wurde, die Verzögerungen als Druckmittel zu benutzen, um den Sudan in die Anti-Irak-Koalition zu zwingen.

Ein Staat schickt seine Bürger in die Wüste

Im Bereich Khartum sollen sich nach jüngsten Schätzungen ca. 2 Millionen Flüchtlinge aufhalten. Dieses ständig wachsende Flüchtlingsheer ist in der Stadt nicht erwünscht. Vertreter der NIF führen offene Hetzkampagnen gegen Südsudanesen, die nach ihrer Auffassung die muslimische Identität bedrohen. Für die Junta sind die Flüchtlingslager Brutstätten der Kriminalität. Sie fürchtet, daß die Flüchtlingslager zu politischem Sprengstoff werden könnten. Die Situation in Khartum ist durch die schlechte allgemeine Versorgungslage angespannt. Die größte Bedrohung für eine sudanesische Regierung, so zeigte schon die erfolgreiche Revolte gegen Numeiri, geht von der städtischen Bevölkerung aus.

Die Flüchtlinge haben sich in dutzenden von Lagern am Rande Khartums und auf verschiedenen Müllhalden eingerichtet, da ihnen die offizielle Ansiedlung verwehrt ist. Dort leben sie mit ihren wenigen Habseligkeiten in notdürftig zusammengeschusterten Hütten und Zelten.

Fuß zu fassen in der sudanesischen Metropole wird für sie immer schwerer. Die wenigsten haben eine Chance, eine Anstellung zu finden und flüchten sich deshalb in Gelegenheitsjobs als Straßenhändler o.ä., um ein paar Pfund zu verdienen. Die Neuankömmlinge können sich die (teure) Gewerbe-Lizenz meist nicht leisten und leben deshalb in ständiger Angst vor der Polizei. Diese hat die Gewerbetreibenden, die keine behördliche Erlaubnis haben, ins Visier genommen. Vertreibung, Verfolgung und hohe Bußgelder sind an der Tagesordnung.

Das Leben in den Lagern birgt weitere Risiken für die Flüchtlinge. Die knappen Nahrungsmittel und Medikamente sind für viele unerschwinglich. So gehören Unterernährung und Durchfallerkrankungen zum Alltag in den Flüchtlingslagern. Bei entsprechender Versorgung könnten die Mangelerscheinungen vielfach vermieden werden. Das Regime zeigt sich jedoch an der Bereitstellung der notwendigen Güter nicht interessiert. Ausländischen Hilfsorganisationen ist die Arbeit in Flüchtlingslagern untersagt. Die Junta will die Flüchtlinge aus der Stadt haben. Offiziell spricht sie von einer friedlichen Umsiedlungs- und Rehabilitationskampagne. Die Flüchtlinge sollen freiwillig und unter Betreuung in Landwirtschaftsprojekte integriert oder in ihre Heimatorte zurückgebracht werden. Was bis jetzt über staatliche Umsiedlungsaktivitäten bekannt geworden ist, spricht eine andere Sprache. Die Flüchtlinge werden von Soldaten gezwungen, auf einen Lastwagen zu steigen. Mit Bulldozern werden anschließend ihre Notunterkünfte zerstört. Ihre 'Reise' endet nicht in einem Landwirtschaftsprojekt, sondern in der Wüste etwa bei Jebel Aulia oder N'Djamena. Einige Deportationen endeten in der Kriegsregion (Bahr al-Gazal). Dort wurden sie, so wird berichtet, ohne Wasser, Nahrungsmittel oder sonstige Unterstützung ausgesetzt und ihrem Schicksal überlassen. Diese Maßnahmen sind Massenmord an der eigenen Bevölkerung. Sowohl Flüchtlinge aus dem Norden als auch aus dem Süden sind dabei von solchen Deportationen betroffen.

Im April diesen Jahres hat das Regime ein neues, großangelegtes "Umsiedlungsprogramm" angekündigt. 800.000 Flüchtlinge sollen aus dem Bereich Khartum entfernt werden. Angesichts der leeren Staatskassen und der bisherigen Praxis kann man sich keine Illusionen machen, was dies für die betroffenen Menschen bedeutet. Von diesem Regime haben die Flüchtlinge nichts zu erwarten. Es wurde weder ein ernstzunehmendes Rückführungsprogramm entworfen noch sind die finanziellen Mittel vorhanden, um Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die den Bedürfnissen der Flüchtlinge angemessen wären.

J. Hart/G.Hesse/R. Sperner



Vorrangige Opfer des Bürgerkriegs: die Landebevölkerung.

Editorial



Und während die an der Macht
Süßen Honig essen
Und Ghee und Butter
Sterben die auf dem Land
Und kennen nur den Duft von all dem
Sie nagen die Knochen ab
Die man wegwarf,
den Hunden zum Fraß.
Und wenn sie einst
An die Macht kommen
Dann machen sie sich rar;
Wie der Phyton
Mit einem Wasserbüffel
In ihrem Magen
Halten sie ihren Winterschlaf und bleiben fern
Und essen!
Sie kommen wieder
Aufs Land
Zu den nächsten Wahlen
Wie der Geier
Der während der Trockenzeit zurückkommt.
Mit den Geiern
kommt auch die Trockenzeit zurück!

Oktot p'Bitek (aus: Song of Lawino, Nigeria 1966)

Der Ruf nach Demokratie, mit dem in Afrika die Menschen auf die Straße gehen, wird in den Ländern des Nordens begeistert aufgenommen. Nach dem Zusammenbruch Osteuropas sieht sich die westliche Demokratie nun endgültig in ihrer Rolle als Vorbild für die ganze Welt bestätigt. Die Regierungen des Nordens unterstützen demokratische Entwicklungen durch Finanzierung von Wahlen und Nationalkonferenzen. Noch vor 15 Jahren hatten sie die Diktatoren unterstützt, deren Köpfe jetzt rollen sollen. Bei näherer Betrachtung der Berichterstattung über die Demokratisierungsprozesse fällt auf, daß "Demokratie" und "Mehrparteiensystem" immer gleichgesetzt werden. Aber genügt es denn wirklich, ein paar Oppositionsparteien zuzulassen, um "demokratische Verhältnisse" zu schaffen? Demokratie im eigentlichen Sinn kann sich nicht auf die Verwirklichung der Grundrechte (Unversehrtheit der Person, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit) sowie auf die Einrichtung eines Parlaments beschränken. Die Frage der Partizipation aller AfrikanerInnen an politischen Entscheidungen bleibt bei den derzeitigen Entwicklungen jedoch offen.

In unserem Themenschwerpunkt "'Demokratisierung' in Afrika" können wir nicht all diesen Fragen nachgehen und sie schon gar nicht umfassend beantworten. Er kann deshalb nur ein Versuch sein, den Charakter der neuen Demokratiebewegungen aufzuzeigen. Wir wollen einige Widersprüche und Konflikte thematisieren, die diese Bewegungen begleiten und die Frage aufwerfen, inwieweit die Forderung nach mehr Demokratie nicht als grundsätzliche Gesellschaftskritik zu verstehen ist, die auch den Westen einschließt. Daran knüpft die Diskussion, was die Umbruchprozesse in Afrika für uns als Solidaritätsbewegung bedeuten. In einem Einführungsartikel umreißt Al Imfeld kurz die wichtigsten politischen Umwälzungen des letzten Jahres, die fast den gesamten afrikanischen Kontinent erfaßt haben und analysiert ihre Ursachen. Seiner Einschätzung nach bietet auch die "neue Selbstkritik" in der afrikanischen entwicklungstheoretischen Diskussion Anlaß zu Optimismus.

Ganz anders beurteilt Walter Michler in seinem Beitrag "Wirtschaftskrieg gegen einen Kontinent" die Situation. Für ihn behindern weiterhin ungleiche weltwirtschaftliche Bedingungen die demokratische und ökonomische Entwicklung Afrikas.

Karim Traoré greift einen anderen Aspekt des Machtgefälles zwischen Afrika und Europa auf und kritisert die eurozentristische Wahrnehmung der neuen Demokratiebewegungen. Bietet die liberale Demokratie einen Ausweg aus der ökonomischen Krise Afrikas? Mit dieser Frage beschäftigt sich Gero Erdmann. Er geht auch auf das innerafrikanische Machtgefälle ein, indem er die Stadt- und Landbevölkerung einander gegenüberstellt. Am Länderbeispiel Kongo versucht Norbert Stamm die Stimmung der Bevölkerung einzufangen, die dort angesichts des Aufbruchs .herrscht. Katrin Eickenberg entlarvt in ihrem Artikel den Tribalismus als Mythos und untersucht, welche Bedeutung ethnische Konflikte in afrikanischen Gesellschaften u.a. in bezug auf Demokratisierung haben. Ob der "demokratische Umbruch" in Afrika zu dauerhaften Systemveränderungen führen wird, hängt stark von den Verhaltensweisen der afrikanischen Machteliten ab. Heribert Weiland zeigt historisch den gesellschaftlichen Einfluß dieser Eliten auf. Als Diskussionsbeitrag verstehen wir den Artikel von Henning Melber "Solidarität - mit wem oder was?" Er setzt sich mit den Begriffen Universalismus und Kulturrelativismus auseinander, die für die Neubestimmung internationalistischer Arbeit notwendig sind.

Norbert Stamm stellt drei neuere Romane aus Zimbabwe vor. Zeitgenössische Literatur gibt oft einen vielschichtigeren Einblick in die gesellschaftlichen Verhältnisse eines Landes. Norbert Stamm stellt in diesem Zusammenhang drei neuere Romane aus Zimbabwe vor. In diesem Sinne ist auch nebenstehendes Gedicht von Oktot p`Bitek aus dem "Song of Lawino" zu verstehen, das zwar schon 1966 erschienen ist, aber auch heute - in der Zeit des "demokratischen" - Umbruchs an Aktualität nicht verloren hat.

Die Redaktion

Lauffeuer Demokratie



Die Präsidenten Bongo (Gabun), Mobutu (Zaire) und Eyadema (Togo) hören nur ungern ...

Das Jahr 1960 wird heute in Geschichtsbüchern bereits als "das Jahr Afrikas" bezeichnet. Siebzehn Kolonien wurden damals unabhängig. Afrika tauchte zum ersten Mal für längere Zeit in der westlichen Presse auf, Befreiung und Aufbruch wurden freudig begrüßt. Parallel dazu befand sich in den USA die Bürgerrechtsbewegung unter Martin Luther King auf dem Höhepunkt ihrer Erfolge. Die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent erhielten Sympathie und Solidaritätsbekundungen.

Auch die neunziger Jahre stehen für Afrika im Zeichen des Umbruchs. Aber dieses Mal wird die Phase der Neuorientierung bei uns nur undeutlich wahrgenommen. Dabei ist sie eklatant: Diktatoren treten von sich aus zurück. Autokraten werden vom Volk massiv unter Druck gesetzt. Die alte, fast magische Angst vor der Macht scheint verflogen zu sein. Seit Monaten marschieren Hunderttausende für Demokratisierung in den Städten Madagaskars und Kameruns, ohne daß wir wie damals bei der DDR mitfiebern.

In mindestens zehn Staaten werden nationale Konferenzen entweder verlangt oder abgehalten, um politische Formen oppositioneller Regierungsbeteiligungen zu finden. Die "table ronde" ist bereits ein gängiger Begriff geworden, ebenso wie der von der "toten Stadt", wenn jede Woche einmal die Hauptstadt lahmgelegt wird, kein Geschäft und kein Markt offen bleiben, der Verkehr stillsteht und gestreikt wird. Diese Methode ging von Kongo aus, griff auf Kamerun über, wurde auf Madagaskar kopiert, in der Elfenbeinküste und in Togo ausprobiert.

Der neue Wind hat starre Fronten aufgeweicht. In Äthiopien wird ein unabhängiges Eritrea möglich, in Marokko kann König Hassan ein Referendum in der Westsahara nicht länger verhindern. In Südafrika ist ein ehrlicher, wenn auch harter Kampf um politische Beteiligung und Abbau der Apartheid im Gange. Während in Angola eine vorläufige Lösung gefunden ist, dauern die Friedensverhandlungen in Mozambik noch an...

Der Ex-Diktator der Kapverden, Aristides Pereira, sitzt Anfang August für eine Woche im Unterholz von Longo Mai in der Provence mit europäischen Bürgerrechtlern zusammen. Fast idyllisch. Doch dafür haben die Medien heute kein Gefühl mehr. Genau das aber forderten Pereira und andere afrikanische Politiker: "Geld ist nicht das Wichtigste. Zuerst brauchen wir euer Interesse, um zu wissen, daß wir noch zur Welt gehören... Zu Veränderungen im Innern braucht es Sympathien von außen."

Doch bei uns sieht und hört man/frau nichts von diesen wichtigen Prozessen und dem Ringen, um aus der Verzweiflung herauszukommen. Täglich gibt es auf dem Kontinent und den dazugehörenden Inseln mindestens ein bedeutsames Ereignis, das auch wir zur Kenntnis nehmen sollten. "Doch das Verschweigen", so der Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka Ende Juli, "ist die Ablösung des Rufmords... Du bist - wie an der Börse - einfach nicht mehr notiert..." Afrikanischen Menschen bleibt das Ver-Schweigen unverständlich. Soyinka: "Bloß noch Sensationen wie z.B. die Wiedergutmachung (afrikanische Reparationsforderungen an Europa, Red.), die ohnehin intellektueller Masochismus ist, irrelevantes Geplänkel für uns, werden in Europa zur Kenntnis genommen. Ihr im Westen wie wir in Afrika müssen mehr auf den Boden der Realität heruntersteigen."

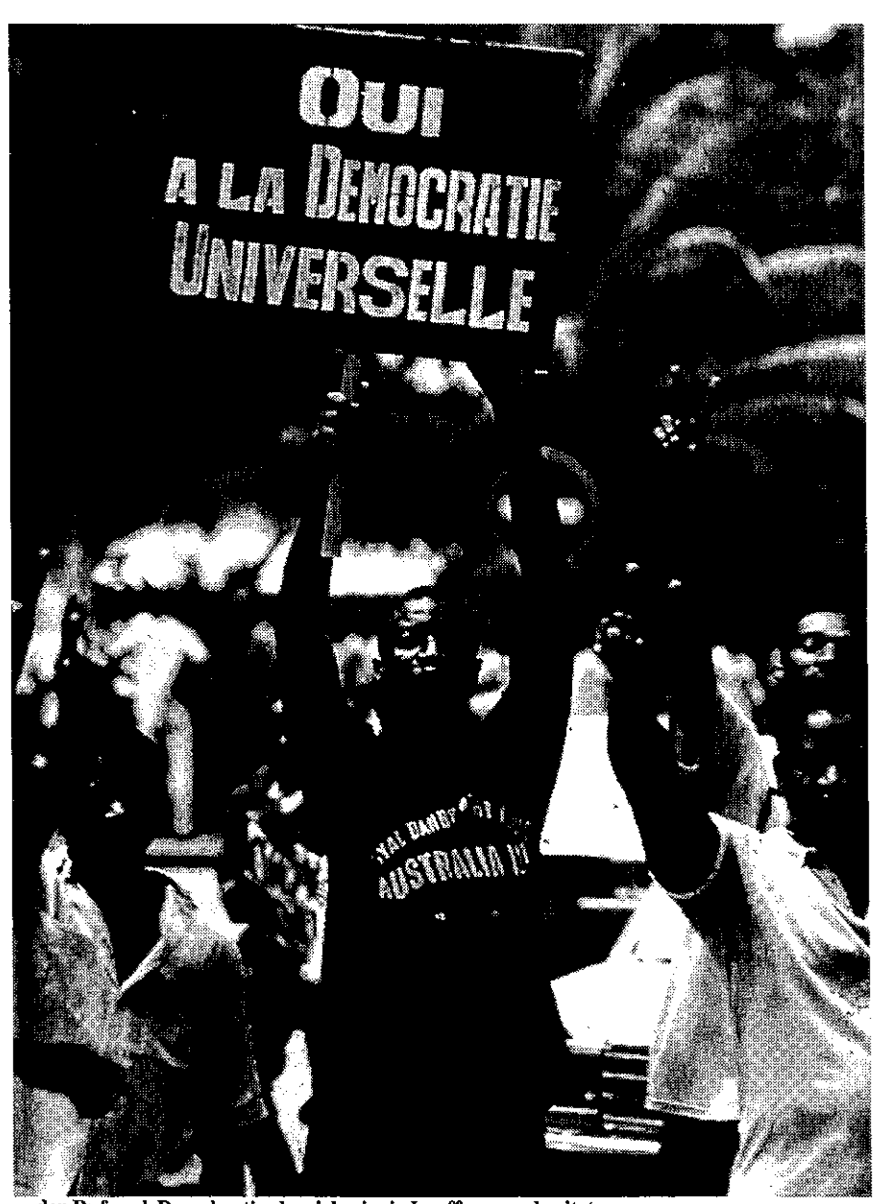
1991: Überall kommen Steine ins Rollen

So klein der Staat Sao Tome & Principe sein mag, seine Demokratisierung hat einen Flächenbrand ausgelöst. Selbst Pereira, der am 17. Februar friedlich abgewählt wurde, ist überzeugt, daß "es ein wichtiger Ausgangspunkt für den Rest des Kontinents" war.

Der Ausbruch des Volkszorns griff auf Benin über. Die Kirchen vermittelten und übernahmen aus der DDR die Idee von Treffen am runden Tisch. In dem Moment, als Diktator Mathieu Kérékou sich in die Runde setzte und dem Volk nicht mehr wie ein General gegenüberstand, war die Magie der Macht gebrochen. Er erlaubte Wahlen, wurde am 24. März abgewählt und respektierte den Volksentscheid. Der Weltbankbeamte Nicéphore Soglo wurde gewählt. Das Volk wollte keinen Ideologen mehr.

Das Lauffeuer griff auf die gesamte afrikanische Frankophonie über. Umbrüche sind möglich - das war die Botschaft von Kapverde und Benin. Ganz vehement wehte der Wind im Sahel. Dort war im Tschad Ende 1990 eine Marionettenregierung zusammengebrochen. Dieses Vorbild - zusammen mit den Signalen aus Benin - spornte die Menschen in Mali an. Seit Oktober 1990 hatten sie die Absetzung des Potentaten Moussa Traoré, früher ein Freund der DDR und lange auch der marxistischen Linken, gefordert. Da er nicht nachgab, wurde er am 26. März '91 blutig gestürzt. Doch Ruhe ist in Mali seither nicht eingekehrt: Demokratie kommt nicht über Nacht. Am 15. Juli ereignete sich ein neuer Putschversuch. Auch der neue Präsident Touré wird bloß ein "Übergang" bleiben.

In den Staaten Niger und Burkina Faso knistert es ganz schön im Gebälk. In Burkina gab Blaise Campaoré dem Druck nach und setzte sich am 11. Juni mit Oppositionsgruppen zusammen. Es kamen mehr, als er erwartet hatte. Um bestimmte Fraktionen auszuschließen, definierte er selbst, was Opposition ist. Ein Trick, mit dem er früher alle leicht ausmanövriert hätte. Der Druck ließ jedoch nicht nach, es brauchte ein neues Zuckerchen. Unglaublich: er entschuldigte sich für den "tragischen Unfall" von



... den Ruf nach Demokratie, der sich wie ein Lauffeuer verbreitet

(Foto: Demonstration in Abidjan)

Thomas Sankara (Sankara war bei einem Staatstreich am 15. Oktober 1987 von den Putschisten um Campaoré umgebracht worden, Red.).

Dieses Beispiel ist typisch für andere Staaten mit hartgesottenen Diktatoren und Autokraten, etwa für Gnassingbe Eyadema in Togo (19 Jahre an der Macht), Präsident Sassou Nguesso in Kongo, Präsident Paul Biya in Kamerun und natürlich dem härtesten aller Füchse, General Mobutbuto Sese Seko, der seit 27 Jahren seine Macht genießt. In all diesen Ländern herrscht seit Mai dieses Jahres politische Hektik bis hin zum Chaos. Das Volk läßt nicht mehr locker. Die Herrscher sind nervös und versuchen, sich mit viel Verschlagenheit zu retten. Theoretisiert wird kaum. Die Schlüsselbegriffe Opposition, Demokratie und Menschenrechte sind in aller Munde. Der Machtkampf kommt von der Straße, von ausgehungerten und ausgebluteten Menschen. Das Magazin "Jeune Afrique" bezeichnet diese Demokratisierungskampagne als nichts anderes als eine "Abstimmung mit dem knurrenden Magen" oder an anderer Stelle als eine Meinungsbefragung derer, die nichts mehr haben" - ein Bild der Verzweiflung.

Das Fieber greift auch auf die anglophonen Länder Afrikas über, doch hier ist den Volksanstrengungen bislang wenig Erfolg beschieden. Der larmoyante Kenneth Kaunda in Zambia rettet sich immer wieder mit seinen Tränen und den Truppen. Von Kamuzu Banda in Malawi heißt es zynisch, daß er "das Wunder vollbracht habe, um auf dieser Welt in die Ewigkeit einzugehen". In Kenia überlebt Präsident Daniel arap Moi nur mit Gewalt. Er weigert sich, auf die Opposition einzugehen. Politische Repression und wirtschaftliche Rezession haben ein ehemaliges Musterland (so nannte es der Westen) kaputtgemacht. Selbst in Zimbabwe blättert der Heiligenschein von Robert Mugabe. Symbolisch ist etwa, daß der Oppositionelle Ndabagindi Sithole aus seinem US-amerikanischen Exil heimkehrt.

Unter eine eigene Kategorie fallen die Länder Uganda, Tansania, Rwanda und Burundi. Vergangene Bürgerkriege oder eine beinahe totale Verelendung haben den Menschen den Glauben an die Politik genommen. Ihr Interesse liegt im bloßen Überleben. Politische Parteien im westlichen Sinn sind kaum vorstellbar, allenfalls regionale und lokale Interessengruppen. Ein Mehrparteiensystem könnte gar zur Auflösung des jetzt existierenden Nationalstaates führen.

Im anglophonen Westafrika schleppt sich der Demokratisierungsprozeß nur sehr mühsam dahin. In Ghana bemüht sich Jerry Rawlings um interne Reformen, dennoch besitzt er beim Großteil der Bevölkerung kaum noch Glaubwürdigkeit. Die Militärregierung in Nigeria will sich langsam selbst entlassen. Präsident und General Babangida hat zwei Parteien aus dem Ärmel geschüttelt, die eine etwas rechts, die andere ein bißchen links, nach dem US-Modell von demokratisch und republikanisch. Eigentlich glaubt niemand an einen Erfolg. Doch fairerweise muß gesagt werden, daß kaum tragbare Gegenvorschläge vorhanden sind. Aufgrund seiner Größe und Disparität ist dieses Land auch mit einem westlichen Demokratiemodell nicht zu regieren.

Die liberianische Tragödie ist noch immer nicht zu Ende. Gekämpft wird um Macht, aber nicht für Demokratie. Zusammen mit Sudan und Somalia zählt dieses Land momentan zu den politisch unglücklichsten.

Mauritius ist das einzige Beispiel einer seit längerem funktionierenden Demokratie. Auch Namibia könnte sich zu den Erfolgreichen zählen. Der Anfang verlief gut, für ein Urteil ist es jedoch zu früh. Senegal, Gambia und Botswana geben sich zwar als Mehrparteiensysteme aus,



Präsident Babangida (Nigeria) hat zwei Parteien aus dem Ärmel geschüttelt

de facto werden sie aber von einer Einheitspartei kontrolliert. Andere Parteien haben beim jetzigen System auch bei Wahlen keine Chance.

Zwei Klammern fallen

Zwei weltpolitische Vorgänge haben sich fundamental auf den schwarzen Kontinent ausgewirkt: das Ende des Kalten Krieges und die Anerkennung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Südafrika.
Die afrikanischen Staaten erlangten ihre Unabhängigkeit zur Zeit des Ost-West-Konflikts. Diese Vorgabe führte zu einem verlogenen Versteckspiel bzw. erlaubte ein Feilschen um Gunst im Stil von "Wenn du nicht hilfst, dann geh`ich zum andern!" Dreißig Jahre lang blieb also keine große Wahl. Die unabhängigen Staaten Schwarzafrikas waren (fast) nur frei, zwischen dem Blutspender aus dem Westen oder dem Osten zu wählen. Es war nicht Afrika, das keine Demokratie wollte, vielmehr verhinderte sie sowohl der Westen als auch der Osten.
Die erste Generation, die an der Macht war, lebte und profitierte vom Ost-West-Konflikt. Doch dies war ein Tanz nach einer fremden Geige. Eigene Prioritäten und erst recht eigene Bedürfnisse konnten nicht entwickelt werden. Es blieb ein ständiges Lavieren in einem engen Zwischenraum.
Mit dem Ende des Kalten Krieges ist für Afrika eine Lockerung und damit eine Chance eingetreten. Die Veränderung auf Weltebene ermöglicht Veränderungen auf dem Kontinent. Doch es fehlen denkerische Aufarbeitungen und Vertiefungen, es fehlen Erfahrungen. 30 Jahre lang wurde mit Slogans gegen den Westen oder gegen den Osten und mit dem Jammern über den Kolonialismus Pseudo-Politik gemacht. Eigentlich ermöglichte immer nur etwas Negatives eine Klammer der Einheit, die jedoch auch die Klammer der Einheitspartei und Diktatur war. Die Existenz eines weißen Staates in Südafrika spielte auf dem Parkett der afrikanischen Politik eine zentrale Rolle. Es gab eine verbale Anti-Apartheid-Haltung, die alle neuen Staaten gegenüber Südafrika verband, respektive bei ihrer übrigen Zerstrittenheit einte. Doch als im Februar 1990 die südafrikanische Regierung den ANC nach einem halben Jahrhundert Verbot als Partei und somit auch als Verhandlungspartner zuließ, löste sich diese Klammer aller Guten gegen den Bösen. Und als dann noch am 11. Februar das große Idol Nelson Mandela nach 27 Jahren Gefängnis freigelassen wurde, bemerkten mehrere Politiker hinter vorgehaltener Hand, daß dieses Zeichen der Freiheit für sie im Knast mehr gebracht habe als der reale Mensch in Freiheit. Schließlich halten die meisten Staatschefs selbst politische Gefangene. Nun folgte genau das, was diese Potentaten befürchtet hatten: das Volk verlangte dasselbe, nämlich deren Freilassung.
Symptomatisch war die Rolle Südafrikas als Sündenbock bei der gesamten Politik der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU). Selbst der jüngsten Konferenz (3.-6. Juni) gab das Südafrikathema die Klammer, nahm die meiste Zeit weg und alle taten sich schwer, von alten Klischees wegzukommen. Über die gegenwärtigen Umbruchprobleme wurde nicht diskutiert, denn zuviele unter den anwesenden Staatschefs stehen vor dem Fall. Biya, Eyadema und Rawlings verließen die Konferenz vorzeitig, weil zuhause das Volk rebellierte. Neu war jedoch, daß zum ersten Mal nur noch zwei Teilnehmer in Uniform kamen, nämlich Rawlings und Babangida.

Wirtschaft statt Kultur

Die seit 1957 entstandenen Nationalstaaten Afrikas stehen wieder am Anfang. Fragen kommen auf, ob die in der Kolonialzeit künstlich zusammengewürfelten Gebilde als Nationen im Geist des 19. Jahrhunderts noch eine Überlebensmöglichkeit haben. In Ibadan argumentierte ein Mitarbeiter der Universität so: "Die Worte Nation und Nationalismus kommen vom lateinischen Wort geboren werden. Und woraus sind sie geboren? Die europäische Geschichte zeigt: aus dem Krieg und der Kriegslogik. Der afrikanische Ursprungsort der Nation ist der Kolonialismus. Die Nation war ein Mittel, um ihn zu überwinden. Doch ein Endziel kann sie nicht sein... Nationalismus ist eine Reaktion und daher nicht kreativ. Nationalismus bedeutet die Überhöhung eines Gefühls und ist an sich nicht politisch, sondern demagogisch." Vielleicht sollte mehr nach einem föderativen Staatsgebilde und nicht weiter nach einer verordneten Nationalstaatlichkeit gesucht werden.
Die verhängnisvolle Einheit ist am Ende. Der Politologie-Professor Ali Mazrui (10 Jahre an der Makerere Universität in Uganda und 15 Jahre an der Michigan Universität in den USA) wagte Anfang Juli in Nigeria eine Analyse der "afrikanischen Krankheit" und meinte, daß die Politik sich zu sehr an "kultureller Ideologie" (z.B ethnischer oder rassischer Identität, religiöser Zugehörigkeit, afrikanischem Nationalismus) orientiert und dabei nie auf Wirtschaft aufgebaut habe. "Afrika muß sich mehr an wirtschaftlichen statt an kulturellen Leitideen orientieren." Er verweist auf die Tatsache, daß aus Schwarzafrika einige brilliante Beamte und Funktionäre stammen, die in multilateralen Organisationen der UN oder der Weltbank, aber auch in Entwicklungsbanken mit viel Erfolg arbeiten. Vielleicht können sie das, meint er, weil sie notwendigerweise den "Kulturraum" verlassen und sich wirtschaftlich orientieren mußten. "Afrikas Politiker haben auf kulturelle Signale geantwortet, nicht aber auf wirtschaftliche."
Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Adebayo Adedeji, der nach sechzehn Jahren als afrikanischer Exekutivsekretär der UN Wirtschaftskommission (UNEC) in Pension geht. Er stellt fest, daß nach seiner langen Erfahrung "afrikanische Politiker glaubten, ohne Wirtschaft Politik zu machen" und selbst Entwicklungspolitik sei stets nur ideologisch als "kolonialer Sühneakt" verstanden worden. Er als scharfer Kritiker der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gibt viel Schuld Afrikas Politikern oder Regierungen selbst: "Sie waren unfähig, die Interessen des Volkes wirtschaftlich zu vertreten. Es fehlte ihnen jegliche ökonomische Einsicht... Sie handelten meist emotional und ideologisch, jedoch kaum faktisch und schon gar nicht argumentativ."
Etwas von diesen Widersprüchen zwischen Kultur und Ökonomie kommt am besten in zwei Büchern aus Ghana zum Ausdruck. Der bekannte Dichter und heutige Diplomat Kofi Awoonor geht in seinem Buch *A Political History of Ghana* (Sedco Publ., Accra 1990) die Probleme kulturell und spirituell an. Er verteidigt Rawlings und ist skeptisch gegenüber "westlicher Demokratie". Er plädiert für die Wiedereinführung und Erneuerung der politischen Traditionen. Der 1951 geborene Ökonom Ebenezer Mireku geht viel realistischer an die Fragen heran. In seinem *Buch Which Way Ghana* (Asuo Peabo, Accra 1991) verteidigt er zwar ebenfalls das reiche kulturelle Erbe Ghanas, geißelt den westlichen Materialismus und einen unbrauchbaren rein quantitativen Entwicklungsbegriff, doch er fordert mehr Flexibilität, Variation der Tradition, Experimente mit der traditionellen Großfamilie in Wirtschaftsverbänden. Dabei muß jedoch mehr wirtschaftliche Freiheit des einzelnen gewährt werden. Voraussetzungen dafür sind Initiativen, die nicht dauernd von Verwandten zunichte gemacht werden können, Disziplin, ein Lernen von Planung und Management. Das Buch ist eine faszinierende Fundgrube und eine erste seriöse politökonomische Auseinandersetzung.
Auch in Nigeria gibt es in der reichhaltigen Presse neue Stimmen, die die eigenen Leute herausfordern. Zwei wichtige Stimmen sind der Schriftsteller, TV-Produzent, All-round- business-man Ken Saro-Wiwa und der Historiker und Journalist Naiwu Osahon, der zur zynischen Überzeugung gelangt: "We love being slaves", Afrikas Menschen haben sich derart ans Sklavendasein assilmiliert, daß sie keine Initiative entwickeln, Herren nachrennen, Götter in den Himmeln weit über ihnen verehren...
Die Reflexion politischenHandelns ist vielseitig. Ob sich daraus neue politische Formen entwickeln, bleibt noch abzuwarten.

Al Imfeld

Wirtschaftskrieg gegen einen Kontinent



Die Industriestaaten haben Schwarzafrika zum Rohstofflieferanten gemacht - doch die Rohstoffpreise sind auf das Niveau von 1932 gesunken

Afrika im Perestroika-Zeitalter: Die neue Generation, die nicht mehr unter den Kolonialherren, sondern unter den eigenen Herrschern ins Erwachsenenalter gekommen ist, pocht immer stärker auf die demokratischen Bürgerrechte, will das Joch der - wie sie sagt - modernen Monarchen Afrikas abschütteln. Doch die Startbedingungen der Demokratiebewegungen sind schlecht. Denn rapide fallende Rohstoffpreise, eine immer drückendere Schuldenlast und die Strukturanpassungsprogramme des IWF mit ihren unangemessenen Sanierungsauflagen bilden eine Hypothek, an der sie schwer trägt. Ihre Erfolgsaussichten sind daher äußerst zweifelhaft.

Gekürzte Fassung eines in der Ausgabe 1/1991 der Zeitschrift "Welternährung" (Deutsche Welthungerhilfe) erschienenen Artikels.

Schwarzafrika ist in eine neue Ära eingetreten: Ein nicht mehr umkehrbarer Prozeß in Richtung Demokratie hat begonnen. Doch es gibt für diese neue, junge Demokratie-Ära ein ganz entscheidendes existentielles Problem: Unter welchen außenwirtschaftlichen Bedingungen muß und soll diese zarte Pflanze der Demokratie heranwachsen?

Ich will mein Fazit - teilweise wenigstens - vorwegnehmen. Schwarzafrikas Demokratisierung sieht sich außenwirtschaftlichen Strangulationen gegenüber, schlimmer noch, die Demokratisierung ist unter außenwirtschaftlichen Kriegsbedingungen gestartet und soll unter diesen Kriegsbedingungen zum Erfolg führen - eine Perestroika-tödliche Konstellation. Warum ich von Kriegsbedingungen oder von einem Krieg, der von außen gegen Afrika geführt wird, spreche, werde ich begründen. Lassen Sie mich zunächst die drei großen außenwirtschaftlichen Strangulationen benennen: Da ist erstens der Rohstoffpreisverfall, zweitens die Überschuldung und da sind drittens die unangemessenen Sanierungsauflagen, verfügt von den westlichen Industriestaaten.

Ergebnis der Kolonialzeit war, daß Schwarzafrika zum Rohstoffproduzenten gemacht worden war und als Rohstofflieferant in den Weltmarkt eingekoppelt wurde. Daran hat sich nach der Unabhängigkeit nichts geändert: Schwarzafrikas Exporte bestehen auch heute noch zu 90 Prozent aus Rohstoffen, d.h. Schwarzafrika muß seine Entwicklung - soweit sie importabhängig ist - mit dem Verkauf von Rohstoffen finanzieren.

Nun sind die Rohstoffpreise seit Jahren in einem mehr oder minder kontinuierlichen Verfall; 1987 war der Tiefstand seit dem 2. Weltkrieg erreicht, vergleichbar mit dem Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1932.

Der Preisverfall hat den schwarzafrikanischen Staaten einen Einnahmeverlust von - sage und schreibe - 150 Milliarden US-Dollar beschert, und zwar bezogen auf den Zeitraum 1981-90. Das heißt: Wären die Rohstoffpreise während der Jahre 1981-90 auf dem Niveau von 1980 geblieben, dann hätte Schwarzafrika 150 Mrd. US-Dollar mehr verdient, als es tatsächlich verdient hat.

Zu diesem Einnahmeverlust ist festzustellen:

1. Die erhaltene Entwicklungshilfe (Kredite und Schenkungen) belief sich im

gleichen Zeitraum auf ca. 105 Mrd. Dollar, ist also weitaus geringer als der Einnahmeverlust.
2. Der Einnahmeverlust von 150 Mrd. Dollar ist auf der Basis des Rohstoffpreisniveaus von 1980 errechnet. Das 80er Preisniveau ist jedoch kein angemessenes gewesen. d.h. es enthielt keine sozial-gerechte Bezahlung der Produzenten. Würde man ein angemessenes Preisniveau als Berechnungsgrundlage wählen, dann schnellt der Einnahmeverlust auf 400-500 Milliarden Dollar; will sagen: In einem sozial-gerechten Weltwirtschaftssystem hätte Schwarzafrika während des vergangenen Jahrzehnts rund 500 Milliarden Dollar mehr erlöst.

Wirtschaftliche Strangulation durch Überschuldung

Schwarzafrikas Auslandsverschuldung beträgt gegenwärtig (1.1.1991) rund 160 Mrd. Dollar. Die Auslandsverschuldung ist während der letzten 20 Jahre auf das 20fache gestiegen, die Wirtschaftskraft jedoch ist gesunken. Besonders interessant und aufschlußreich ist die Tatsache, daß sich die Verschuldung seit dem Einsetzen des sogenannten westlichen Krisenmanagements (1982) abermals verdoppelt hat (von 73 Mrd. in 1982 auf jetzt rund 160 Mrd.) Die Bemühungen der westlichen Politik zur Entschärfung der Schuldenbombe haben also nichts bewirkt; im Gegenteil: Die Situation ist trotz Krisenmanagement noch schlimmer geworden. Nun ist zur Beurteilung einer Verschuldungssituation nicht ausschlaggebend, wie hoch die Außenstände sind, sondern allein entscheidend ist das Verhältnis von Verschuldung und Wirtschaftskraft.
Das Ergebnis: Schwarzafrika ist nicht bloß verschuldet, sondern in geradezu extremer Weise überschuldet. Das ist ein substantieller Unterschied: Überschuldung bedeutet, daß die real vorhandenen und die potentiell mobilisierbaren Wirtschaftskräfte nicht mehr ausreichen, die fälligen Zins- und Tilgungsleistungen aufzubringen. In einer solchen Situation hilft nur noch eines: Entschuldung! Besteht man statt dessen auf die Zahlung der anstehenden Summen, ruiniert man den Schuldner vollends. Das allerdings ist die Praxis: Schwarzafrikas Schuldendienstzahlungen lagen während der 80er Jahre weit über dem ökonomisch zu vertretenden Umfang (ca. 230 Prozent zu hoch).

Alle bisherigen Schuldenerlasse machen nach Weltbank-Angaben etwa 8 Prozent der Gesamtverschuldung aus. Ich kann nur darauf verweisen, daß das Verschuldungskapital eine Vielzahl weiterer Zahlen und Fakten präsentiert, die belegen, daß Schwarzafrikas Schuldensituation mit dem Begriff „katastrophal" nur unzureichend beschrieben ist. Eine Zahl aus diesem Zusammenhang will ich wenigstens nennen: Die westlichen Kreditgeber und die von ihnen kontrollierten internatioalen Institutionen haben während des Jahrzehnts zwischen 1980 und 1989 rund 47 Mrd. Dollar an Zinsen aus den sogenannten schwarzafrikanischen Hungerhäusern kassiert. Mit diesem Betrag hätte man 200.000 Dorfschulen und noch 200.000 Gesundheitsstationen bauen können.

Zuviel Geld zu schnell ausgegeben

Generell ist festzuhalten: Die Strukturanpassung ist während der vergangenen Jahre zur alles beherrschenden Doktrin im Nord-Süd-Verhältnis geworden. Außerdem: Die Strukturanpassung ist ausschließlich und allein ein Konzept der westlichen Industriestaaten und der von ihnen kontrollierten Institutionen Weltbank und IWF. Die Strukturanpassung ist ein sehr komplexes Bündel von wirtschaftlichen Sanierungs- und Reformmaßnahmen. Es geht hier nicht darum, die Maßnahmen im einzelnen zu bewerten, viele davon sind durchaus sinnvoll. Grundsätzlich jedoch ist folgendes zu kritisieren:
1. Ohne die sogenannte Verschuldungskrise hätte es die Strukturanpassung als Auflagenkonzept nicht gegeben. Das heißt: Die Strukturanpassung macht allein die verfehlte Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer für die vielfach eingetretenen Zahlungsunfähigkeiten verantwortlich. Sie will durch eine Fülle von Maßnahmen die Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland wiederherstellen beziehungsweise erhöhen. In Wirklichkeit ist jedoch in der Mehrzahl der Fälle zu viel Geld zu schnell ausgeliehen worden, will sagen: Die Geber haben falsch gehandelt.

2. Reformen in Schwarafrika müssen sein, ineffizientes Wirtschaften muß korrigiert werden, daran kann kein Zweifel bestehen. Doch es müssen andere Maßnahmen sein, als sie die Strukturanpassung vorschreibt.

3. Die Strukturanpassung beinhaltet drastische Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der staatlichen Ausgaben. Einige Beispiele:
- Allein in Ghana und Zaire mußten soviele Lehrer entlassen werden, daß davon 500.000 Schüler betroffen sind.
- Durch die Eingriffe auf dem Lohnsektor sanken die Realeinkommen in 12 Ländern um 50 Prozent: Verarmung und Hunger der betroffenen Familien ist die unmittelbare Folge.
- Die UNICEF hat dokumentiert, daß die Gesundheitsausgaben in den ärmsten Ländern um mindestens ein Viertel gesunken sind. Einsparungen in Schwarzafrika bedeuten vielfach, daß aus wenig nichts wird.

Die Folgen wirtschaftlicher Strangulation

Das gegenwärtige Rohstoffpreisniveau ist ein „Verarmungsniveau", die aktuellen Rohstoffpreise führen dazu, daß die Produzenten nur noch Hungerlöhne erhalten. Die gegenwärtigen Preise lassen die Menschenwürde der Produzenten völlig außer acht. Der Rohstoffmarkt wird von kapitalistischen Auswüchsen übelster Art bestimmt, die Preisgestaltung ist mit den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft unvereinbar. Ebenfalls unvereinbar mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist das Bestehen des Westens auf ökonomisch nicht mehr zumutbaren Zins- und Tilgungszahlungen. Die überhöhten Zahlungsbelastungen blockieren jeglichen Entwicklungsprozeß, zu hohe Geldabflüsse nach außen machen die bestehende Armut zur absoluten existentiellen Not. Die Sanierungsauflagen schließlich sind unangemessen; die Ökonomien der Empfängerländer und deren Bevölkerung sollen die verfehlte Kreditvergabepolitik von Gebern und Nehmern allein ausbaden.
Warum aber diese außenwirtschaftlichen Strangulationen als Krieg gegenüber Schwarzafrika bezeichnen?
Angaben des Weltkinderhilfswerkes UNICEF führen zu dem Ergebnis, daß an den Folgen des Rohstoffpreisverfalls, der Überschuldung und der unangemessenen Sanierungsauflagen 320.000 Kinder in Schwarzafrika gestorben sind; 320.000 Tote - und zwar allein im Jahr 1988 - gehen damit auf das Konto der Industriestaaten. Auf das 80er Jahrzehnt hochgerechnet sind es zwar nicht zehnmal soviele Opfer, aber doch weit über eine Million von unserer Politik verschuldete Tote. Somit ist auch klar, daß diese Politik insgesamt eine Menschenrechtsverletzung darstellt, die ganze Völker betrifft. Wenn eine Politik dazu führt, daß aufgrund eben dieser Politik und allein wegen dieser Politik Menschen sterben müssen, dann muß man von einer Kriegspolitik sprechen, in diesem unserem Fall also von einem Krieg der Industriestaaten gegen Schwarzafrika.
Um zum Anfang zurückzukommen: Schwarzafrikas Demokratisierung ist unter den denkbar ungünstigsten äußeren Bedingungen in Gang gekommen. Und da die westlichen Staaten nicht bereit sind, diese außenwirtschaftlichen Bedingungen substantiell zu verändern, spreche ich von einer äußeren Diktatur, der Schwarzafrikas angelaufene Demokratisierung ausgesetzt ist. Eigentlich bräuchte diese Demokratisierung - es geht ja nicht nur um Demokratisierung, sondern auch um Marktwirtschaft - einen von außen kommenden Marshallplan. Davon spricht jedoch niemand. Es wird diesen Marshallplan auf absehbare Zeit nicht geben, der Golfkrieg hat auch das letzte Fünkchen Hoffnung zunichte gemacht.

Walter Michler

Demokratie - ein Geschenk Europas?

Über die eurozentristische Sichtweise afrikanischer Demokratiebewegungen

Auch die Diskussion über Demokratisierung in Afrika wird von Europa aus bestimmt. Karim Traoré entlarvt diese selektive Wahrnehmung als Folge des "europäischen Überlegenheitskomplexes" und zeigt, daß neben internen Widersprüchen neokolonialistische Strukturen - seien sie ökonomischer oder ideologischer Art - auch heute noch Demokratisierungsprozesse in Afrika behindern.



Eine Grafik von Lefiti Tladi, Südafrika/Botswana

Seit gut zwei Jahren ist es in Europa beinahe unmöglich, ein politisches Thema zu behandeln, ohne irgendeinen Bezug zu den Veränderungen in Osteuropa herzustellen. Die Demokratisierungsprozesse in Afrika bilden dabei keine Ausnahme. Immer wieder ist zu hören bzw. zu lesen, daß die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie, die Afrika erschüttert, ihren Ursprung in Osteuropa hätte. Hier wären Vorsicht und etwas Bescheidenheit angebracht, denn solcher Eurozentrismus hat schon genug Unheil angerichtet. Er ist nicht nur blind, sondern als 'Nabelschau-Ideologie' auch einfältig und vereinfachend.

Es geht mir nicht darum, jede Beziehung zwischen den in Osteuropa und Afrika stattfindenden Kämpfen um mehr Demokratie zu bestreiten. Wir leben in einer Zeit der Massenkommunikation. Die Presseagenturen transportieren Meldungen über jeden Vorgang in der Welt bis in deren entlegenste Winkel. Außerdem ist alles, was die Welt heute beherrscht, entweder europäisch oder europäischen Ursprungs. Gerade die Außenpolitik Frankreichs der vergangenen dreizehn Monate liefert den Beweis dafür, daß auch dieses Land gerne die "Vaterschaft" für die Demokratisierung beanspruchen möchte. (Dieser Beitrag berücksichtigt daher vor allem die "lateinamerikanischen" Länder, siehe Kasten).

Ich will allerdings darauf hinweisen, daß eine bestimmte - eurozentristische - Deutungsweise den AfrikanerInnen jede Eigeninitiative abspricht. Das heißt, sie um den moralischen Preis ihres Kampfes, um ihren Verdienst ein weiteres Mal zu betrügen. Mensch denke an die inzwischen klassisch gewordene Erklärung der Unabhängigkeiten: sie sollen auf den (europäisch initierten) Zweiten Weltkrieg zurückzuführen sein. Ebenso werden die Unabhängigkeiten der portugiesischen Kolonien der Nelkenrevolution zugeschrieben. In beiden Fällen wird die interne afrikanische Dynamik entweder negiert oder verschwiegen.

Ruhe und Ordnung

Nach den "Entlassungen in die Unabhängigkeit" hätten die formalen Bedingungen eine demokratischere Zukunft erlauben können: überall in "Französisch Westafrika" fanden freie Wahlen statt. Aber kurze Zeit danach wurden all die Parteien gleichgeschaltet, die die Wahlen verloren hatten - mit Ausnahme der radikalsten, die in den Untergrund gingen bzw. in die Illegalität getrieben wurden. Die Gewinner und ihr opportunistisches Umfeld appellierten als Einheitspartei an alle, sich zusammenzuschließen, um die neue Nation gemeinsam aufzubauen. Begriffe wie Einheit, Nation und Eintracht bekamen einen starken ideologischen Gehalt. Es wurde viel von der afrikanischen Würde und der erlangten Freiheit gesprochen, aber gemeint war nicht mehr die panafrikanistische Idee à la Nkrumah, sondern mikronationalistische Vorstellungen, die auf die Absicherung autokratischer Machtinteressen hinausliefen. Der Deckmantel der Einheit rechtfertigte jede Repression gegen Andersdenkende. Intellektuelle und PolitikerInnen wurden verfolgt und ermordet, nur weil sie Bedenken anmeldeten oder verrieten, daß der nun herrschende nationalistische Diskurs wenig mit dem Antikolonialismus der 40er und 50er Jahre zu tun hatte, dessen Wortlaut er zwar teilweise reproduzierte, in der Praxis aber pervertierte.

Diese Opfer sind VorreiterInnen des heutigen Demokratisierungsprozesses. Afrika hat in dieser Hinsicht - nicht ohne Stolz - eine lange Kampftradition aufzuweisen. Nur blieb sie bislang in der westlichen Presse weitgehend unbeachtet. Dabei erfolgten Terrorisierung und Ermordung von Oppositionellen in Kamerun, Gabun, Togo oder der Zentralafrikanischen Republik mit dem Wissen von Frankreich und der EG. Europäische oder US-Regimes und Firmen interessierte eben nur die sog. Stabilität der Länder. D.h., sie unterstützten verbrecherische antidemokratische Staatsoberhäupter, die eine ungestörte Ausbeutung der (in unserem Fall afrikanischen) Ressourcen garantierten. Diese Länder kannten zwar keinen häufigen Wechsel, keine "Wahlen auf afrikanisch" - wie Staatsstreiche mittlerweile genannt werden - aber belegt das, daß tatsächlich immer Ruhe geherrscht hat?



Gemälde von H. B. Mruta, Tansania

Warum gelangten diese Informationen nicht in die Weltöffentlichkeit - pardon: in die europäische Öffentlichkeit? Zum einen wollte sie nichts davon wissen. Denn Linksliberale wie Rechte bedienten sich einer gefährlichen Theorie, die alles entschuldigte und überall Zurückhaltung gebot, nämlich der des Kulturrelativismus (siehe Kasten).

Afrikanischen Potentaten kam diese Nichteinmischung entgegen, ihre Pfründe blieben gesichert. Andererseits ging die Politik der Einmischung der Ex-Kolonialmächte fröhlich weiter. Das läßt sich an den zahlreichen französischen Interventionen im Shaba, in Zentralafrika und im Tschad belegen.

Außerdem mißt die europäische Öffentlichkeit mit zweierlei Maß. Die Einkerkerung des zentralafrikanischen Oppositionellen Abel Goumba zum Beispiel wurde von Mitterand geduldet, während er gleichzeitig Polen für die Festnahme von Walesa verurteilte. Mir ist keine europäische Zeitung bekannt, die diesen Widerspruch thematisierte.

Wie ernst es dem Westen mit der Demokratisierung afrikanischer Staaten noch vor kurzem war, dokumentiert eine Rede des rechten Lagers um F.S. Strauß und dem Franzosen Chirac, die im Kern besagte, daß afrikanische Regimes, solange sie nicht kommunistisch infiziert sind, schlimmstenfalls autoritär, nicht aber totalitär oder gar diktatorisch seien. Eine Variante dieser Idee äußerte Chirac letztes Jahr in Abidjan - als Tausende für die Einführung der Demokratie auf die Straßen gingen: "pluralistische parlamentarische Demokratie ist ein Luxus für Entwicklungsländer".

Die Knechte und ihre Untertanen

Während die erste regierende Generation gewählt wurde, besteht die zweite ausschließlich aus Militärs, die sich schon ab Mitte der 60er Jahre an die Macht putschten. Bei aller Verteufelung des Westens muß klargestellt werden, daß die meisten solcher Regimes herbeigewünscht wurden, und zwar aus demselben Grund wie die Gleichschaltung der Parteien kurz nach den Unabhängigkeiten: mensch glaubte - mit einer etwas männlich geprägten Machtvorstellung -, eine starke Führung zu brauchen, die die 'nationalen' Interessen besser vertreten würde. Die Armee verkörperte am eindrucksvollsten die ersehnten Werte von Disziplin und Patriotismus. Dabei wurde nicht in Erwägung gezogen, daß diese Soldaten politisch noch einfallsloser und 'regierungstechnisch' noch brutaler als ihre Vorgänger sein könnten. In der Tat perfektionierten die Militärs (Bokassa, Idi Amin und Mobuto) sowohl die Repression als auch den Persönlichkeitskult.

Außerdem gelang es diesen Regimes, der jüngeren Generation ein Nationalgefühl einzuimpfen, das in krassem Widerspruch zu den Idealen des Panafrikanismus steht. Hierzu hat die Entstehung 'nationaler' Universitäten nicht unwesentlich beigetragen. Es wurde früh erkannt, daß Hochschulen im Ausland, die man nicht unter Kontrolle hat, Brutstätten des Widerstands sind. Ironischerweise rächen sich heute aber gerade die gezähmten Menschen mit 'verstaatlichtem Bewußtsein' (Jean Ziegler), die die nationalen Universitäten durchlaufen haben. Sie sind Produkte einer unkreativen Erziehungs- und Bildungspolitik, die

im Grunde genommen eine Fortsetzung des kolonialen Systems darstellt.

Während das koloniale Bildungssystem aber elitär und selektiv war, produzieren die heutigen Protonationen kostenintensiv eine akademische Überbevölkerung. Junge (Hoch-) SchulabsolventInnen, denen ein Schlaraffenland qua (europäischer) Bildung versprochen wurde, müssen sich um ihr ganzes Leben betrogen fühlen, da sie keine Jobs bekommen. Die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) zwingen die meisten Staaten seit fünf bis zehn Jahren zum Einstellungsstop im Verwaltungssektor. Fügt mensch die ebenfalls IWF-initiierten Massenentlassungen hinzu, wird verständlich, daß immer mehr Leute sich ein Herz fassen und auf die Straßen gehen, um ihre Rechte einzufordern.

Dieser Widerstand ist ein vornehmlich städtisches Phänomen. Dabei hätten Bäuerinnen und Bauern ebenfalls jeden Grund, ihre Unzufriedenheit zu bekunden. Die meisten Entwicklungsprogramme der einzelnen Staaten seit der Unabhängigkeit wurden in ihrem Namen konzipiert, aber fast alle wurden auf technische und Innovationsprobleme reduziert, so daß die prinzipielle Frage der kolonial geprägten Agrarpolitik ungelöst fortbesteht. Zudem waren Landreformen und die Ideologie der "Rückkehr zum Boden" Vorwände für die Herrschenden, Bäuerinnen und Bauern zu enteignen, um moderne Plantagen anzulegen. Als Folge dieser Politik ist trotz Dürre erhöhte Produktivität im Bereich der cash crops zu verzeichnen, während das Volk verhungert, zumal die Preise dieser Exportgüter unaufhörlich fallen.

Es wäre aber ungerecht und falsch zu glauben, daß die ländliche Bevölkerung sich nicht wehrt. Ihr Kampf ist nur nicht so sensationell wie Demonstrationszüge. Meistens leistet sie passiven Widerstand, indem sie beispielsweise falsche Angaben bei staatlich verordneten Erhebungen macht oder den vom Staat organisierten Mobilisierungsveranstaltungen fernbleibt. Manche Kampfformen sind jedoch regelrechte Sabotageakte: Obwohl der Preis des Kakaos jeden Tag tiefer fällt, bestraft die kamerunische Regierung jeden Bauer, der "vorsätzlich" auf Lebensmittelproduktion umstellen möchte. Einziger Ausweg ist dann die Inszenierung von Plantagenbränden, die alles zerstören.

Aber vor allem der Mangel an Artikulationsmöglichkeiten macht aus der ländlichen Bevölkerung eine vermeintlich stille Masse. In der Regel konzentrieren sich die Medien entweder in staatlichen oder städtischen Händen. Darüberhinaus erfolgen die Informationen vorwiegend in einer nichtafrikanischen Sprache. Allein deswegen können beispielsweise fremdsprachige Zeitungen kaum Sprachrohr der ländlichen Bevölkerung sein, die sie übrigens nicht einmal kaufen könnte. Es entsteht damit ein Teufelskreis, der zur geistigen und materiellen Verelendung beiträgt, zumal ein Verlernen althergebrachter Diskussionskultur durch das alles beherrschende Nationalradio und die ständigen Massenmobilisierungsveranstaltungen längst eingesetzt hat.

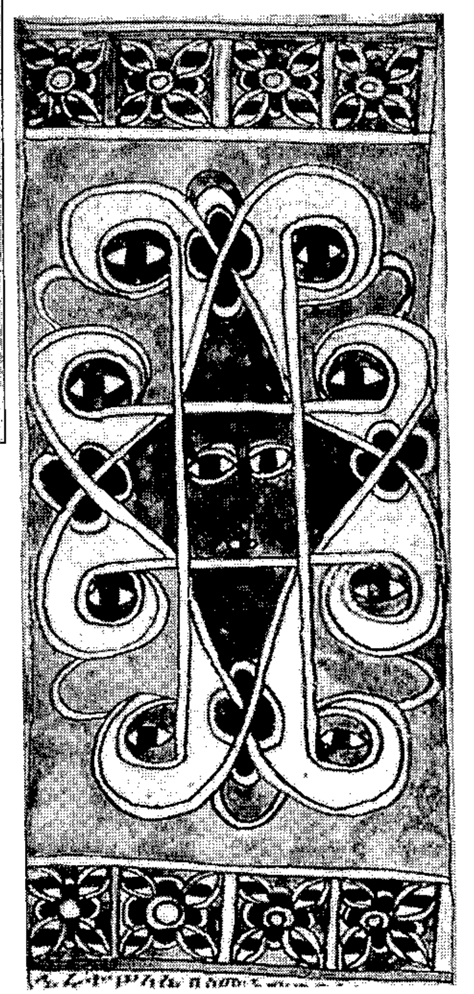
Demokratie, eine Chance?

Das Neue an den jetzigen Unruhen in Afrika ist, daß sie nicht mehr totgeschwiegen werden können, weil sie die Mehrheit der städtischen Bevölkerungen erfassen. Frühere Protestbewegung waren für die Regierungen in Afrika eher zu verkraften, weil die Zahl ihrer Anhänger und ihre Ziele überschaubar blieben, so daß entweder ihren Forderungen entsprochen werden konnte oder sie einfach unterdrückt wurden.

Ferner erfolgen die Aufstände heute in einem neuen weltpolitischen Kontext, der selbst die zynischsten europäischen Meister aus Paris, London und Washington zu einer dezenten Zurückhaltung ermahnt - was nicht gelegentliche Einschüchterungen ausschließt, wie das Auftreten der französischen Truppen während der letzten Unruhen in Gabun. Ein Mitterand würde jeden Rest an Glaubwürdigkeit einbüßen, wenn er den Mut des rumänischen Volks feiern und seine Fremdenlegion in Abidjan oder Bamako einsetzen würde. Er hat begriffen, daß die protestierenden AfrikanerInnen diesmal die besseren Karten besitzen. Zum einen können sie auf die Erfahrung der lange geschundenen patriotischen Intellektuellen zählen. Zum anderen dient ihnen Osteuropa als Mutquelle und Garant dafür, daß mit der abgedroschenen und abstrakten Rede über die Universalität der Menschenrechte nicht mehr offenkundig und ohne Konsequenzen Schindluder getrie-

Frankophonie und Lateinafrika

Der Ausdruck "Latein" für Lateinamerika findet seine Entsprechung auch in einigen Regionen in Afrika. Bei dem Begriff "Lateinafrika" handelt es sich im wesentlichen um ehemalige französiche Kolonien bzw. Mandate, die (immer noch) französisch als Amtssprache haben und deswegen von Frankreich offiziell als "bevorzugte Partnerländer" bezeichnet werden. Der Kreis um die "lateinafrikanischen" Länder erweiterte sich zunächst um die früheren belgischen und später um die portugiesischen Kolonien. Frankreich spielt dabei eine besondere Rolle. Was nicht mittels seiner wirtschaftlichen Potenz zustande kommt, gleicht es mit seiner "Kolonisierung des Geistes" aus. So ließ Frankreich in den 70er Jahren Afrikaner unter Führung von Bourguiba aus Tunesien und Senghor aus Senegal eine "Schicksalsgemeinschaft" namens Frankophonie gründen, die alle französischsprachigen Länder erfassen sollte. Damit wurde die Realität vergewaltigt. Denn daß ein Land wie Senegal Französisch als Amtssprache hat, wurde damit begründet, daß Senegal französischsprachig ist, obwohl bestenfalls nur 20% der SenegalesInnen einigermaßen diese Sprache beherrschen. Dank der Frankophonie und in ihrem Namen (Frankreich hat ein Ministerium für Frankophonie) kontrolliert Frankreich den größten Teil der afrikanischen geistigen und materiellen Reichtümer. Seitdem England, die USA, die BRD und Japan aufgrund der jeweiligen wirtschaftlichen Kraft in Afrika auf dem Vormarsch sind, zeigt sich Frankreich besonders freigiebig jenen Ländern gegenüber, die die angelsächsische und die "gelbe" Gefahr einzudämmen helfen. Utopisches Ziel Frankreichs ist, angeblich das friedlich zu vollbringen, was Spanien und Portugal per Völkermord zumindest in der Bezeichnung geschafft haben: die Lateinisierung eines Teilkontinents. Es versteht sich, daß die heute geläufige Bezeichnung "Lateinamerika" eine Beleidigung für die ersten BewohnerInnen dieses Erdteils ist.



Anonym. Detail einer Zauberrolle, Tigris

ben werden kann. Vor diesem Hintergrund versteht sich dann, daß Mitterand seine Protegierten in seiner Rede in La Baule (Juni 1990)zu mehr Demokratie ermahnte und in Kauf nahm, daß manche Knechte den Aufstand gegen den Herrn wagten - nämlich Traoré von Mali und Eyadéma von Togo.

Trotz dieser auf den ersten Blick positiven Umständen scheint die demokratische Zukunft der afrikanischen Länder düster zu sein. Wer vorwiegend aus Hungersnot auf die Straßen geht, handelt vielleicht eher aus einer "Am-Wohlstand-Teilhaben- Mentalität" heraus. Das führt nicht unbedingt zu einer globalen politischen Veränderung, einem demokratischen Umbruch.



Skulptur von Samwel Wanjau, Kenia

Ohne alle arbeitslosen (Hoch-)SchulabsolventInnen diffamieren zu wollen, ist langfristig keine Solidarität von einer Gruppe zu erwarten, deren Namen unterstreicht, daß ihre Beherrschung des lateinischen Alphabets sie zu einem besseren Leben prädestiniert: in Benin nennen sie nämlich ihre Organisation "ABCD" (Association Béninoise des Chômeurs Diplômés = Beninische Vereinigung der Arbeitslosen Diplomierten).

Kulturrelativismus

Kulturrelativismus bezeichnet zunächst ganz allgemein eine Haltung, die universelle, für alle Gesellschaften gültige Werte negiert. Er tritt in zwei Spielarten auf : in einer linken und rechten Variante. Beide Varianten greifen meistens einzelne Werte einer gegebenen Kultur heraus und nehmen sie zum Anlaß zu einer kulturrelativistischen Äußerung. Kultur wird nicht in der Gesamtheit ihrer Werte in den Blick genommen.

Der linksliberale Kulturrelativismus versucht in einer scheinbaren Loslösung von der eurozentristischen Sichtweise alles der europäischen Kultur Fremde zu verstehen und zu rechtfertigen. Er ist entstanden als Konsequenz des jahrhundertelangen europäischen Überlegenheitskomplexes. Aufgrund falscher Schuldgefühle bringen Kulturrelativisten nicht den Mut auf, die Würde einzelner Menschen antastende Werte einer fremden Kultur zu kritisieren, weil sie befürchten, die KulturträgerInnen anzugreifen. Insofern ist diese Haltung gefährlich.

Der rechte Kulturrelativismus verneint einfach, daß alle Menschen etwas gemeinsam haben. Daher gibt er sich gelegentlich tolerant, aber im Grunde genommen ist er entweder heuchlerisch oder paternalistisch, denn er basiert auf der evolutionistischen Theorie, die impliziert, daß Menschen aus der sogenannten Dritten Welt auf einer tieferen Entwicklungsstufe stehen. Seine ehrlichere Form ist der offene Rassismus, wie es die südafrikanischen Bantustan belegen. Der intolerante Kulturrelativismus ähnelt dem althergebrachten Überlegenheitskomplex darin, daß er besserwisserisch ist und vom Einzelnen ausgeht, um das Ganze unwiderruflich zum Tode zu verurteilen.

Diese von mir unterstellten Mentalitäten und Zielrichtungen könnten die Modernisierungstheorie und damit auch die Vorbild-Rolle Europas wieder beleben, zumal Westeuropa zur Zeit den Triumph des Kapitalismus als den der Demokratie feiert.

Aber schwerere Hypotheken für die Demokratie scheint ihre Fremdfinanzierung zu sein: Nationalkonferenzen und Wahlkampagnen werden vom Ausland bzw. von internationalen Konzernen finanziert, deren Selbstlosigkeit mehr als fragwürdig ist. Burkina Faso ließ im Juli 1991 seine Volksabstimmung durch Frankreich, Kanada und die EG finanzieren. Eine berühmte japanische Autofirma soll logistische Hilfestellungen geleistet haben. Die ehemalige Volksrepublik Kongo leerte die Staatskasse, um ihre Nationalkonferenz abzuhalten. Ziel der ersten Reise des aus dieser Konferenz hervorgegangenen Premierministers war der Elysée-Palast, wo Mitterand dringend gebeten wurde, Geld locker zu machen, um die Gehaltsempfänger bezahlen zu können.

Ferner, solange die verschiedenen Demokratiebewegungen nur imitativ und nie zwischenstaatlich koordinierend operieren, werden sie eines Tages in ihren Mikronationen ersticken. Wie am Anfang der 50er Jahre bietet sich Afrika wieder die Chance an, größere politische Einheiten zu bilden. Um dies zu realisieren, wäre eine radikale Reform der Erziehungssysteme und -sprachen nötig, um eine Partizipation aller an demokratischen Umgestaltungsprozessen zu gewährleisten.

Bis dahin bleibt zu hoffen, daß auch im schlimmsten Fall wenigstens die Presse ihre wiedererlangte Freiheit bewahrt und pflegt, damit politische Morde und schamlose Vetternwirtschaft nicht mehr im Dunklen bleiben.

Karim Traoré



Liberale Demokratie - ein Ausweg aus der Krise?

Viele Theoretiker sehen im Mangel an Demokratie eine entscheidende Ursache für die umfassende wirtschaftliche und soziale Krise in Afrika. Protagonisten der liberalen Demokratie wie auch radikale Demokraten und radikale Linke stimmen in diesem Ergebnis weitgehend überein. Gero Erdmann geht in seinem Artikel über diese Diskussion hinaus und beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit liberale Demokratie eine "Partizipation von unten", d.h. auch die ländliche Bevölkerung, einschließt.

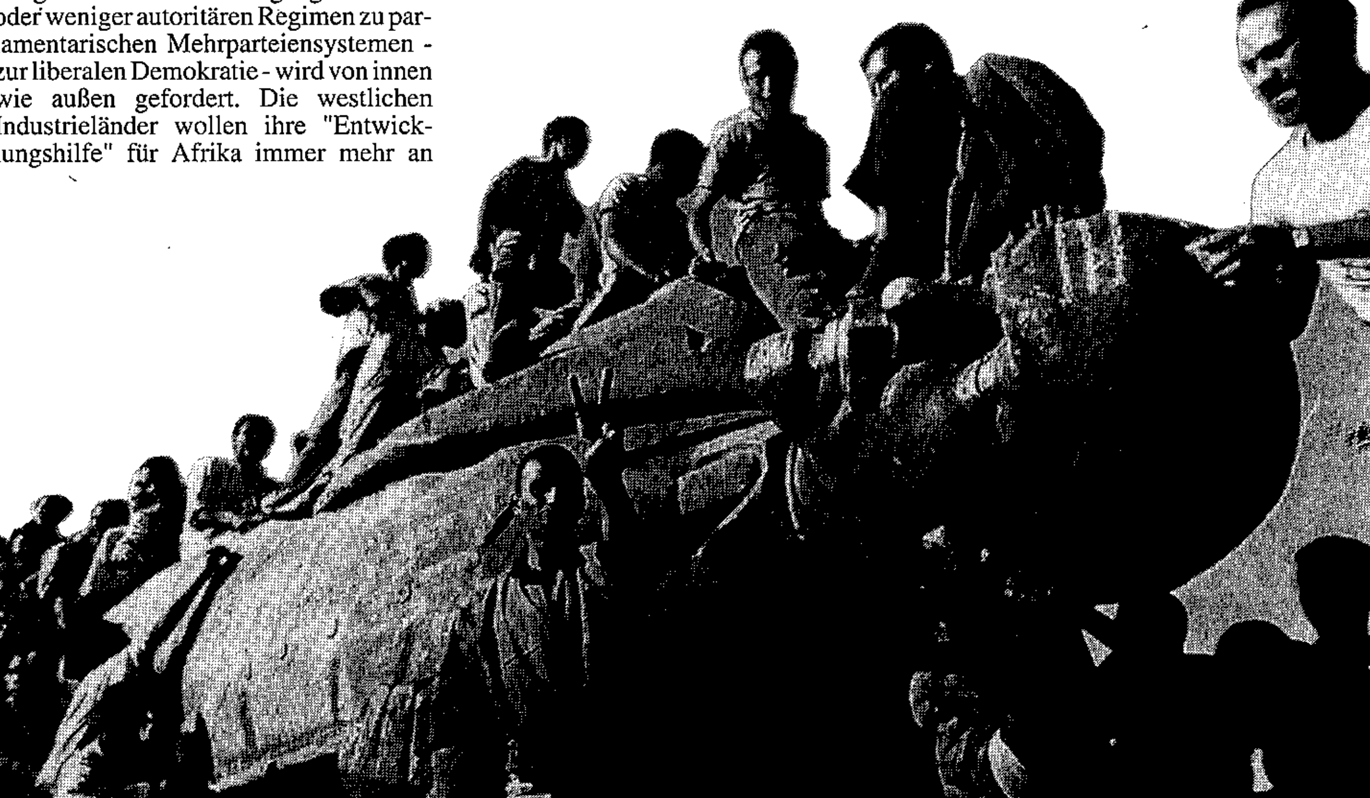
Die Demokratie scheint - nach Lateinamerika, Asien und Osteuropa - nun auch für Afrika auf der politischen Tagesordnung zu stehen. Der Übergang von mehr oder weniger autoritären Regimen zu parlamentarischen Mehrparteiensystemen - zur liberalen Demokratie - wird von innen wie außen gefordert. Die westlichen Industrieländer wollen ihre "Entwicklungshilfe" für Afrika immer mehr an Forderungen nach einer politischen Demokratisierung knüpfen[1]. Dabei fügt sich diese politische Konditionalisierung strategisch in die wirtschaftliche Konditionalisierung von Weltbank und IWF, die für ihre Finanzzusagen eine wirtschaftliche Liberalisierung fordern: Marktwirtschaft ergänzt durch ein (liberales) Mehrparteiensystem. Damit scheint für die Gesellschaften Afrikas und ihre maroden und abhängigen Ökonomien die Fremdbestimmung von außen allumfassend zu werden. Verloren ist auch der letzte Anschein von staatlicher Souveränität und Selbstbestimmung.

Liberale Demokratie und Entwicklung

Die politisch-akademische Auseinandersetzung um den Mangel an Demokratie in Afrika kennzeichnete auch einen grundsätzlichen Gesinnungswandel im Verhältnis von Demokratie und Entwicklung. Er schlägt sich partiell auch in den von außen kommenden Demokratisierungsforderungen nieder. In den 60er und 70er Jahren war Demokratie für Modernisierungstheoretiker und Entwicklungspolitiker, wie auch für ihre linke Kritik, kaum ein ernsthaftes Thema, das Priorität gehabt hätte. Ökonomische Theorien und wirtschaftliche Entwicklung hatten Vorrang - bis hin zur theoretischen Rechtfertigung von "Entwicklungsdiktaturen" oder der Glorifizierung der Macht, die aus "revolutionären" Gewehrläufen kommt[2]. Soweit Partizipation eine Rolle spielte, erschöpfte sie sich zumeist in sozialer und wirtschaftlicher Beteiligung. Im Vordergrund standen andere Dinge: bei den Liberalen wirtschaftliches Wachstum, Effizienz, politische Ordnung und Stabilität, bei den Radikale: soziale Gerechtigkeit und soziale Wohlfahrt, eine nichtkapitalistische nationale Entwicklung unter Abkoppelung vom Weltmarkt. Die Frage nach der Demokratie und ihrer jeweiligen Form war in die Zukunft verlegt. Die Opportunitäten der Ost-West-Konfrontation machten sie zudem für die praktische Politik weitgehend irrelvant.

Ohne Bourgeoisie keine Demokratie?

Die Einigkeit, die zwischen Radikalen und Liberalen nun bei der Analyse von Entwicklungsproblemen und Demokratie in Afrika besteht, herrscht im Prinzip auch bei der Frage nach den Möglichkeiten der liberalen Demokratie - sprich:



Lenin muß auch aus Addis Abeba abreisen

eines Mehrparteiensystems nach westlichem Mustern[3]: Die afrikanischen Gesellschaften sind noch nicht "reif" für eine liberale Demokratie; ihnen fehlen dazu die gesellschaftlichen Voraussetzungen. Radikale wie Liberale geben den gleichen Grund an: Der Kapitalismus ist in Afrika nicht hinreichend entfaltet, so daß eine ordentliche Bourgeoisie als sozialer und politischer Träger für eine liberale Demokratie fehlt. Eine autonome bürgerliche Gesellschaft, die "civil society" gegenüber dem Staat, ist kaum vorhanden.

Die Liberalen geben der allumfassenden Staatlichkeit in Afrika die Schuld dafür. Sie ist zum Instrument der Klassenformation geworden und hat die Entstehung einer selbständigen Bourgeoisie und mit ihr eine autonome bürgerliche Gesellschaft verhindert. Die radikale Linke teilt die These von der scheinbar übermächtigen Staatlichkeit und der deformierten Klassenbildung. Sie geht aber einen Schritt weiter, indem sie für die ungleiche, abhängige Entwicklung der afrikanischen Staaten die periphere Integration in den Weltmarkt verantwortlich macht[4].

Bei aller fundamentalen Kritik an der (formalen) liberalen Demokratie sind indessen viele Radikale dazu übergegangen, für die liberale Demokratie einzutreten [5]; ihre Begründung lautet: Zivile und politische Freiheitsrechte sind nicht einfach "bourgeois" und dienen nicht allein der Bourgeoisie. Liberale Demokratie gewährleistet erst den Freiraum für freie politische Assoziation. Die "Massen" können in sozialen Auseinandersetzungen Erfahrungen sammeln, und es kann Aufklärung betrieben werden zur Entfaltung von (sozialistischen) Alternativen.

Obgleich weder die liberale noch die radikale Analyse im Kern gegenwärtig reale wirtschaftliche und soziale Grundlagen für eine liberale Demokratie sehen, wird von beiden Seiten eine Demokratisierung gefordert. Die Perspektiven sind jedoch völlig verschieden. Liberale Wissenschaftler wie Entwicklungspolitiker sehen in der mit der wirtschaftlichen Liberalisierung im Zuge der IWF-Strukturanpassung verknüpften Entstaatlichung nun die Chance für die langsame Entfaltung einer Bourgeoisie und "civil society" [6]. Die radikale Linke hingegen formulierte ihre Hoffnungen zumeist nur in erstarrten Formeln einer "nationalen Demokratie der Massen. Sie setzt auf wachsende "Volkskämpfe" in breiten politischen und sozialen Allianzen der "Volksmassen", teils unter Einbeziehung der "nationalen" Bourgeoisie. Angesichts des Scheiterns der sozialistisch orientierten Entwicklungsmodelle und des Zusammenbruchs des "Realsozialismus" in Osteuropa sehen sich andere Radikale zugleich vor die Neuauflage alter, scheinbar längst beantworteter Fragen gestellt, oder sie ergehen sich, nicht zu Unrecht, in polemischer Selbstbezichtigung einer elitären "kompradorenhaften" Existenz.[7]

Liberalismus - kein Garant für wirtschaftliche Entwicklung

Ein weiteres Problem liegt darin, daß die Protagonisten der liberalen Demokratie dieselbe keineswegs als Garanten für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung anbieten können. Vergleiche der wirtschaftlichen "Entwicklungsbilanzen" von Ein- und Mehrparteiensystemen in Afrika vermochten kein eindeutiges Ergebnis zugunsten letzterer vorzuweisen - darunter auch ein vom US-Kongreß finanziertes Forschungsprojekt. Abgesehen von der immanenten Problematik solcher Vergleiche ließ sich nur feststellen: Es scheint eine Tendenz zu geben, daß Mehrparteiensysteme in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung etwas erfolgreicher waren [8]. Auf Seiten der Radikalen gibt es zudem einige, die, wenn auch nicht ohne Widerspruch in den eigenen Reihen diese These noch deutlicher vertreten: In Einparteiensystemen, die eine breitere Partizipation und öffentliche Rechenschaft gewährten, seien höhere Wachstumsraten und eine effiktivere Akkumulation möglich gewesen, als in autoritären Nicht-Parteiensystemen und Militärdiktaturen. Positiv zitiert wurden dabei die bekannten Beispiele Malawi, Kenya und Elfenbeinküste [9].

Wie dem auch sei, aufgrund dieser Analysen scheint klar zu sein: Es gibt aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung keine Rechtfertigung für ein autoritäres Regime oder gegen eine liberale Demokratie. Die Suspendierung ziviler und politischer Rechte hat keinen wirtschaftlichen Vorteil erbracht.

Zweierlei bleibt an dieser Debatte und den Analysen bemerkenswert. Zum einen werden die Probleme eines liberalen Entwicklungssystems kaum noch thematisiert - etwa, daß sie sich bisher keineswegs dadurch ausgezeichnet haben, soziale Probleme zu lösen und die Grundbedürfnisse der armen Mehrheit zu befriedigen. Umgekehrt können auch die ehemaligen sozialen Errungenschaften nach dem Zusammenbruch von einigen Einparteienstaaten wie etwa Tanzania aufgrund ihres finanziellen Bankrotts kaum noch positiv zitiert werden. Zjm anderen deutet jener "Systemvergleich" an, daß mehr oder minder breite Partizipationsmöglichkeiten oder "halb-demokratische" Mehrparteiensysteme möglicherweise nur wenig an den strukturellen Bedingungen der marginalisierten Ökonomien Afrikas zu ändern vermögen.

Demokratisierung: Die Hegemonie der urbanen Klassen

Wie einst die Unabhängigkeitsbewegung wird auch die Demokratisierungsbewegung aktiv überwiegend nur von der städtischen Minderheit getragen (von Intellektuellen, Studenten, Gewerkschaftern, kleinen und größeren Handels- und Gewerbetreibenden), die das proletarische und subproletarische Milleu als ihr Fußvolk mobilisieren kann, das jeden Grund zu "Hungerrevolten" hat. All dies sind, mit Ausnahme der subproletarischen Schichten aus den städtischen Slums, keineswegs die Ärmsten - im Gegenteil. Bei allen wirtschaftlichen Problemen gehören sie, verglichen mit der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, noch immer zu den relativ Privilegierten. Die städtischen Mittelschichten im privaten, staatlichen und halbstaatlichen Bereich hatten zusammen mit jener antikolonialen Elite, die sich nach der Unabhängigkeit zur "Staatsklasse" emanzipierte, seither die nationale Politik bestimmt.

Entgegen aller anderslautenden Proklamationen: Die bäuerliche Bevölkerung war bisher immer nur Objekt, nie Subjekt der Politik. Sie hatte über die staatliche Abschöpfungspolitik die Extravaganzen der "Staatsklasse" und die Alimentierung der politisch relevanten urbanen Bevölkerung über subventionierte "Brotpreise" zu tragen. Ironischerweise waren es nicht selten die IWF-Strukturanpassungsprogramme, die zum einen für die Bauern höhere (staatliche) Preise durchsetzten (auch wenn diese, teilweise durch den Verfall von Weltmarktpreisen, wieder revidiert wurden) Zum anderen lösten sie durch die Streichung von Subventionen und den Personalabbau im Staatsapparat mit die städtischen Proteste gegen die Einparteienregime und Ein-Mann-Despotien aus [10]. Bei allen Protesten geht es offenkundig auch um die Verteidigung von "Privilegien", wie auch die Massenproteste und "Hungerrevolten" nicht notwendig bedeuten, daß von den "Massen" tiefgreifend und anhaltend demokratische Ziele verfolgt werden.

Der lange Atem der "Politikerklasse"

Indes, bisher haben die Demokratiebewegungen kaum irgendwo eine "demokratische Revolution" erreicht. Von Ausnahmen abgesehen blieben die amtierenden Staatschefs und Regierungen im Amt und haben im allgemeinen nur Mehrparteien-Zugeständnisse gemacht oder versprochen. Offensichtlich können sie zumeist den Demokratisierungsprozeß "von oben" kontrollieren. Dies gilt sowohl für ehemals sozialistisch orientierte Staaten, wie Angola und Mosambik, als auch für westlich orientierte, wie Zaire und Gabun. In letzteren haben sich beispielsweise die Staatschefs ihre eigene "Opposition" organisiert oder durch eine geschickte staatliche Parteienfinanzierung für eine ohnmächtige Zersplitterung der Opposition gesorgt. Die Kontrolle über Staatsapparat und Staatsfinanzen scheint auch in der Elfenbeinküste den klaren Wahlsieg des alten Präsidenten gegen einen Oppositionskandidaten ermöglicht zu haben. Nach Angaben der Opposition wurde dieser nur durch massi-

ve Wahlmanipulationen möglich. Desgleichen stand auch die alte Regierungspartei Omar Bongos in Gabun nach mehreren zunächst chaotischen Wahlversuchen als Sieger fest. Das Wahlverhalten der ländlichen Bevölkerung scheint dabei ungeklärt. Es mag jedoch nicht zuletzt wegen des breit geknüpften Klientelnetzes zugunsten des alten Staatschefs und seiner Partei ausgefallen sein [11].

Mit der von oben kontrollierten Demokratisierung werden die alten personellen Politik- und Machtverhältnisse und die sie tragenden Gruppierungen, Schichten und Klassen kaum entscheidend gewandelt. Der lange Atem der "Politikerklasse" zeigte sich bei den Demokratieversuchen in Nigeria und im Sudan jeweils nach der Beseitigung der Militärregime. Die größten und einflußreichsten Gruppierungen und Parteien blieben über 20 bis 30 Jahre hin im wesentlichen die gleichen. Dabei spielen auch ethnische und tradierte religiöse Identifikationen eine entscheidende Rolle.

Ein ähnliches Phänomen wird bei der sich im Rahmen der Wirtschaftsliberalisierung vollziehenden partiellen Entstaatlichung deutlich. In den ehemals sozialistisch orientierten Staaten, die nur in relativ geringem Maße eine private Akkumulation erlaubten, erfolgt nun im Zuge der Deregulierung jener Prozeß der privaten Akkumulation aus privilegierten Staats- und Parteiämtern heraus, der für die westlich und "marktwirtschaftlich" orientierten "Staatsklassen" längst charakteristisch ist.



Wahlkönig der Asante Hene - Ghana 1979, aus: Afrika - Texte, Dokumente, Bilder, Wuppertal 1979

Nachtwächterstaat nicht in Sicht

So unübersehbar die Deregulierung der Wirtschaft bereits ist und so weit breite Bereiche der (Schatten-) Wirtschaft ohnehin kaum kontrolliert waren - die Entstehung eines "Nachtwächterstaates" ist auf absehbare Zeit kaum vorstellbar. Nach mehr als einem halben Jahrhundert langen Erfahrungen mit einer staatlich regulierten Ökonomie, in der entscheidende Bereiche (Exportsektor u.a.) seit frühester Kolonialzeit von Vermarktungsbehörden kontrolliert wurden, ist diese Erbschaft nicht kurzfristig abzustreifen. Zu viele etablierte wirtschaftliche und politische Interessen sind zudem mit diesem System verknüpft. Trotz aller Wirtschaftsliberalisierung sind staatliche Preisfestsetzungen und -kontrollen, die staatliche Steuerung der Export- und Nahrungsmittelvermarktung keineswegs verschwunden und an ihrer Stelle reine Marktwirtschaften etabliert worden - auch nicht in Ökonomien, die seit Jahren unter der IWF-Kuratel stehen.

Aufgrund der weiterhin existierenden, wenn auch reduzierten staatlichen Regulierung wird der bisherige Habitus einer durch den Staat vermittelten Akkumulation weiter bestehen. Denn gerade in den sogenannten marktwirtschaftlich orientierten Ökonomien fungierte das politische und administrative Amt als Instrument der privaten und halbprivaten Akkumulation. Es gibt kaum einen Grund anzunehmen, daß die privaten Interventionen der Staatsklasse angesichts geringerer Ressourcen und wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei verminderter Staatlichkeit zurückgehen würden. Denn die politische Konkurrenz und die damit verbundenen Unwägbarkeiten des politischen Erfolges lassen eher noch stärkere Manipulationen der verbliebenen staatlichen Instrumente und Ressourcen erwarten - nicht zuletzt auch, um die Wählerbasis weiterhin klientel organisieren zu können.

Die klientele Politik ist dabei nicht das Ergebnis einer scheinbar allgegenwärtigen Staatlichkeit oder der Herrschaft einer Partei, deren Koruption und Mißwirtschaft durch die Kontrollen eines Mehrparteiensystems einfach beseitigt werden könnten. Sie ist unter anderem Ausdruck einer allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Instabilität, die durch die Demokratisierung zunächst kaum geringer werden wird. In diesem Rahmen besteht zudem die Gefahr, daß in der Konkurrenz um die staatlichen Mittel partikulare Interessen - tribale, ethnische und religiöse Unterschiede - aktiviert und politisch instrumentalisiert werden.

Ferner ist kaum zu sehen, daß sich durch die Demokratisierung und den staatlichen Rückzug aus der landwirtschaftlichen Vermarktung das Verhältnis von "Staats-

klasse" und bäuerlicher Bevölkerung Entscheidendes verändern wird. Die Politik- und Verwaltungselite, gleich welcher politischen Orientierung, zeichnete sich (wie auch die europäischen Experten) zumeist durch eine paternalistisch- autoritäre Attitüde gegenüber den "rückständigen Bauern" aus. In ihren bürokratisch-technokratischen Methoden der Agrarentwicklungspolitik sind Konzepte der Weltbank von marxistisch-leninistischen oder afrikanisch-sozialistischen oft nicht zu unterscheiden, auch wenn die wirtschaftspolitischen Ziele verschieden sind. Zum Zwecke der Modernisierung wurde auch vor agrarpolitischen Zwangsmaßnahmen wie zu Kolonialzeiten nicht halt gemacht[12]. Diese Haltung und Methoden sind neben niedrigen Produzentenpreisen und dem fehlenden Angebot von Alltagsgütern - für die überall zu beobachtende wirtschaftlich dissoziative Defensivstrategie der subsistenzorientierten Landbevölkerung gegenüber dem Staat und den offiziellen "Märkten" verantwortlich. Damit wurde zudem die politische Passivität der Bauern verstärkt.

Ländliche "Mittelklasse" und Demokratie

Im Rahmen der Demokratisierung stellt sich die Frage, wie die ländliche Bevölkerungsmehrheit in die Bewegung einbezogen werden kann. Vor allem, wenn damit auch eine Entwicklungspolitik erreicht werden soll, die deren Bedürfnisse einschließt und dem Anspruch von demokratischer Partizipation von unten gerecht werden soll. Dies berührt das Problem von Demokratie und "bäuerlicher Gesellschaft". Nicht nur in Afrika sind selbständige (subsistenzorientierte) Bauern historisch nur selten im Zusammenhang mit Demokratiebewegungen in maßgeblicher Weise in Erscheinung getreten[13].
Ungeachtet aller politischen und administrativen Kontrollbemühungen der Einheitsparteien und der scheinbar allgegenwärtigen Staatlichkeit war auf dem Lande ein relativer gesellschaftlicher Freiraum verblieben. Das Scheitern des größten Teils der vielfältigen agrartechnologischen und -wirtschaftlichen Transformationsbemühungen des Staates gegenüber der substistenzorientierten bäuerlichen Wirtschaft ist nur ein Ausdruck davon. In diesem "Freiraum" ist in den unterschiedlichsten Formen ein Partizipationspotential gegeben, das sich in vielen lokalen, formaldemokratisch formierten Institutionen und Organen - Dorf- und Distrikträte, Genossenschaften, Selbsthilfe- und Religionsorganisationen etc. - relativ autonom behaupten konnte. Auch wenn diese Organe oft staatlich eingerichtet, gefördert oder beaufsichtigt sind, so ist es doch ein Feld, das sich einer effektiven staatlichen Kontrolle entzieht.
Diese "lokale Szene" ist seit Kolonialzeiten die politische Domäne der ländlichen "Mittelklasse"[14]. Repräsentanten aus ihrer Reihe werden zumeist in die Führungsgremien all dieser Institutionen und Organisationen demokratisch gewählt und beherrschen häufig durch vielfältige Ämterakkumulation die lokale Politik. Sie spielen zugleich eine politische "Mittlerrolle" zwischen bäuerlicher Bevölkerung und "Staatsklasse", mit der sie oft klientelpolitisch verbunden sind.

Die Macht der lokalen Repräsentanten

Diese Lokalpolitiker aus der ländlichen "Mittelklasse" repräsentieren nicht nur die lokalen Kommunen gegenüber dem Staat und konkurrieren um seine Zuwendungen, sie formulieren auch die lokale Politik für die Bauern. So werden in aller Regel auch Selbsthilfeorganisationen nicht von den Bauern, sondern durch Angehörige der "Mittelklasse" für die Bauern organisiert. Dabei verfolgen die Lokalpolitiker selbstverständlich ihre eigenen privaten Interessen - sei es teilweise gegen die Bauern oder sei es mit ihnen gegen die staatliche Politik. Ohnmächtig zwar in der nationalen Politik sind sie doch zumeist in der Lage, die politischen und wirtschaftlichen Ziele von Staat und Partei im lokalen Bereich zu steuern oder zu pervertieren.
Betroffen sind davon auch die lokalen Repräsentanten und Kader von Einheitsparteien - selbst dort, wo die Organisation der Massenpartei über die "Kampfzeit" hinaus bis hinunter in die Dörfer aufrecht erhalten werden konnten. Die lokalen Parteivertreter werden zumeist auch aus den Reihen der politisch aktiven "Mittelklasse" lokal gewählt. Sie sind eher Vertreter der Lokalpolitik als Repräsentanten der Parteizentrale. Daher ist deren Politik weitgehend ineffiktiv, von lokalen Politikinteressen gefärbt. Ideologie ist größtenteils nur in abstrakten Schlagworten präsent, die nicht selten noch bewußt "verdreht" oder nach Belieben interpretiert werden. Sind die Repräsentanten nicht gewählt, so müssen sie dennoch mit den lokalen Honoratioren zusammenarbeiten, um überhaupt dauerhaft etwas erreichen zu können. Dies alles ist nicht nur ein Problem der beschränkten Kommunikationsmittel auf dem Lande, sondern auch eines der unterschiedlichsten Interessen, die in den Massenparteien, soweit sie als solche noch bestehen, zusammengefaßt sind.
Der Grund für die dominante Position der ländlichen Mittelklasse liegt in der klientelen Einbindung der Bauern. Dabei handelt es sich häufig nicht um stabile Klientelbeziehungen, die auf unmittelbarer wirtschaftlicher Abhängigkeit der Bauern beruhen (etwa Kredit u. Bodenrechte). Sie sind aus der Perspektive der Bauern vielmehr eine soziale und politische Sicherungsstrategie, die von der "Mittelklasse" für ihre Interessen und ihren Vorteil ausgenutzt wird. Die Pluralität der formal demokratisch konkurrierenden Klientelgruppen in den lokalen Organisationen hat dabei kaum den gemeinhin von Konkurrenz und Pluralität erwarteten Kontroll- und Stabilitätseffekt wie auch keine höhere wirtschaftliche Effizienz.

Klienteldemokratische Verhältnisse

Inhalt der "Lokalpolitik" sind zumeist weniger politisch-ideologische Gegensätze, sondern eine kommunale Konkurrenz um elementare staatliche Zuwendungen oder um die Verwendung der lokalen Ressourcen. Da die Lokalpolitiker oft mehr oder weniger demokratisch gewählt werden, sind sie, um ihre Wählerschaft zu erhalten oder sie erst zu organisieren, gezwungen, irgend etwas Erkennbares für die Bauern - oder besser: ihre Klientel unter den Bauern - zu leisten. Zumindest müssen sie irgendeine wirtschaftliche oder soziale "Leistung" vorweisen, die ihrer Klientel in der Gemeinde als nützlich erscheint.

Die Existenz vieler formal demokratischer Institutionen im lokalen Bereich hat allenfalls zu "klientel-demokratischen" Verhältnissen geführt. Auf Seiten der Bauern, die etwa in Kenia und Tanzania teils über mehr als 50 Jahre mit Genossenschaften vertraut sind und diese sozial und politisch integriert haben, hat diese Erfahrung kaum zu einem aktiven partizipativen Bewußtsein geführt. Vielmehr überwiegt ein passives Selbstverständnis mit einer hierarchischen Fixierung. Als im Zuge der Liberalisierung in Tanzania Mitte der 80er Jahre anstelle der staatlich organisierten Vermarktung wieder die alten Vermarktungsgenossenschaften eingeführt wurden, stießen diese auf breite Zustimmung bis hinein in die Staatsverwaltung. Vor allem von lokalen Repräsentanten der Bauern wurden sie als "demokratische Bauernorganisation" begrüßt. Doch blieb die Beteiligung der Bauern an den lokalen Mitgliederversammlungen und Vorstandswahlen, verschwindend gering [15].

Ähnliches war auch jüngst in Senegal zu beobachten, das im Gegensatz zu Tanzania über ein "halb-demokratisches" Mehrparteiensystem verfügt und wo der finanzielle und administrative Rückzug des Staates in der Landwirtschaft noch weiter fortgeschritten ist. Dieser Rückzug ermöglichte zwar die Gründung autonomer Bauernverbände, doch blieben diese politisch ohnmächtig und perspektivlos. Die Bauern verhielten sich größtenteils passiv und zugleich fordernd wie einst gegenüber dem Staat. Die äußerlich basisdemokratischen Strukturen der Bauernorganisationen wurden dabei von "neo-traditionalen" Entscheidungsprozessen durchdrungen und von privilegierten "Bauernführern" kontrolliert [16] (die vermutlich der ländlichen " Mittelklasse" zuzurechnen sind). Offenbar gab es auch keine Partei, die sich dezidiert der Interessen der Bauern angenommen hätte.

Wenig Hoffnung für die ländliche Bevölkerung

So gibt es zunächst kaum Anlaß anzunehmen oder zu hoffen, daß sich durch die bloße Existenz mehrerer Parteien an diesen sozialen und politischen Verhältnissen für die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung auf absehbare Zeit etwas verändern könnte. Die wirtschaftliche Liberalisierung wird unter den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen auch die lokalen Auseinandersetzungen um die verfügbaren Ressourcen verschärfen. Daher wird sie zunächst kaum dazu beitragen, daß die lokalen Organisationen weniger von klienteler Verteilungspolitik betroffen und politisch und wirtschaftlich effizienter werden, als dies bisher der Fall war.

Angesichts all dieser Erfahrungen ist kaum zu erwarten, daß die gegenwärtige "Demokratisierungswelle" - soweit sie Bestand haben wird - auf absehbare Zeit zu mehr als "halb-demokratischen" Systemen führen wird, die von "klientel-demokratische Verhältnissen geprägt sein werden. Nicht zuletzt auch aufgrund der weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten wird sich darin die Lage der Landbevölkerung - etwa durch einen größeren partizipatorischen Freiraum - kaum entscheidend verbessern können. Wie jede Politik auf dem Lande ist die Demokratisierung mit der zentralen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rolle der ländlichen "Mittelklasse" konfrontiert. Genauso ist jede Intervention von "außen" zugunsten der substistenzorientierten bäuerlichen Bevölkerung vor der Frage gestellt, wie unter diesen Verhältnissen eine sinnvolle Intervention möglich ist, die eine andere Entwicklung unter demokratisch-partizipativen Bedingungen einleiten will. Die Absicht der Intervention trägt zumeist das wohlmeinende oder eingebildete Wissen eines Besseren in sich - und damit den Keim zu "patriarchalischer" Politik.

Gero Erdmann

Bei dem Text handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Artikels aus dem "Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung", W & E Arbeitsmaterial Nr. 3/90.

Anmerkungen:

1) Vgl. Waller, P.P., Hilfe durch Einmischung?; in: Entwicklung + Zusammenarbeit, 10, 1990; auch BMZ-Minister Jürgen Warnke und Uwe Holtz (SPD), Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Ausschusses, vgl. IPS Third World Economic and Financial Weekly Review, Sept. 10, 1990; Sept. 17, 1990.

2) Elsenhans, H., Der periphere Staat: Zum Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 16, 1985, S. 135-156; Rüland, J./Werz, N., Von der "Entwicklungsdiktatur" zu den Diktaturen ohne Entwicklung; in: PVS, Sonderh. 16, 1985; S. 211-233; Shivji, J.G., Fallstricke der Demokratiedebatte, in: W&E, SD 5/1990, S. 3

3) Vgl. den Überblick bei Beckman, B., Whose Democracy? Bourgeois versus Popular Democracy; in: Review of African Political Economy, 45/46, 1989, S. 84-97

4) Dabei ist für einen Teil der radikalen Linken eine liberale Demokratie unter den Bedingungen eines peripheren Kapitalismus grundsätzlich nicht möglich, weil die damit verknüpfte wirtschaftliche Liberalisierung die Abhängigkeit und den peripheren Charakter der Ökonomie noch verstärkt und deshalb erst gar keine Grundlage für die Entstehung einer anständigen (nationalen) Bourgeoisie gegeben ist; Amin, S. Preface: The State and the Questions of Development; in: Nyong'o, P.A., a.a.O., S. 5ff.

5) Beckmann, B., a.a., S. 94f.; vgl. auch oben.

6) Diamond, L. (a), Introduction: Roots of Failure, Seeds of Hope; In: Diamond/Lin/Lipset, a.a.O., S. 25f.; Waller, P.P., a.a.O.

7) Turck, B., Westminster-Demokratie in Afrika? in: W & E, SD 5 /1990, S. 2; Shivji, J.G., a.a. 0., S. 4. Zur Verwirklichung der "nationalen Demokratie der Massen" sei eine ebensolche Revolution notwendig, die, im Extremfall, eine radikale Veränderung der Produktionsverhältnisse voraussetzt. Für die Frage nach dem "revolutionären Subjekt" gibt es nur den alten vagen Hinweis auf die "Volksmassen", Madami, M., Contradictory Class Perspectives on the Question of Democracy: the Case of Uganda; in: Nyong'o, P.A., a. a. O., S. 93 f.; Nyong'o P.A., Political Instability and the Prospects for Democracy in Africa; in: Africa Development, 13, 1, 1988

8) Diamond, L. (a), a. a. O., S. 15 f; Sandbrook, R., Liberal Democracy in Africa: A Socialist-Revisionist Perspektive, in: Canadian Journal for African Studies, 22,2, 1988, S. 242 f.

9) Vgl. Nyong'o, P.A., a. a. O., 1988; ders., Democracy and Political Instability. A Rejoinder to the Comments made by Dr. Thandika Mkandawire; in: Africa Development, 13, 3, 1988; Mkandawire, T., Comments on Democracy and Political Instability; in: Africa Development, 13, 3, 1988

10) Nach kurzem demokratischen Zwischenspiel waren noch in den 80er Jahren Militärinterventionen wieder begrüßt worden (Nigeria). So ist z.B. in Kenia unverkennbar - ohne damit die berechtigten Demokratisierungsforderungen desavouieren zu wollen, die ohnehin seit langem schon aus dem politischen Exil erhoben werden-, daß die Mehrparteienforderungen des Sommers hauptsächlich von Ex-Regierungsmitgliedern aus den Reihen der Kikuyu formuliert wurden, die auch überwiegend ihre Anhänger unter den Kikuyu zu den Demonstrationen organisieren konnten. Die einst einflußreiche Kikuyu-Bourgeoisie ist nach Kenyattas Tod von Moi sukzessive aus vielen politisch wichtigen und wirtschaftlichen einträglichen Staats- und Wirtschaftsämtern verdrängt worden.

11) SZ, 26./30.31.10.1990; vgl. auch oben S. 4f, die ländliche Unterstützung des Einparteienregimes in Kenia sowie in Tanzania und Namibia.

12) So etwa die Ujamaa-Dorfansiedlung in Tanzania, die von der Weltbank lange vor ihrer Verwirklichung konzipiert war oder die von Weltbank und Kollektivierungsstrategen propagierten "Blockfarmen" mit "genossenschaftlichen" Zentralbetrieben oder den Staatsfarmen; vgl. auch zu den Agrarkonzepten der nigerianischen Linken nach UDSSR-Vorbild; Beckmann, Peasants and Democratic Struggles in Nigeria; in: African Political Review, 41, 1988, S. 30-32

13) Militärisch geführte Befreiungsbewegungen haben ihre eigene Logik, die die (zumeist jüngeren) Bauern zwar einschließt, deren Führung aber in anderen Händen liegt und die um des Erfolges willen eine hierarchische, autoritäre Struktur verlangt - mit den bekannten Konsequenzen für die Zeit nach der Befreiung. Ähnliches gilt indessen auch für die ehemaligen friedlichen Antikolonialbewegungen; vgl. z.B. Life, J., A Modern History of Tanganyika. London 1979, S. 443, 524, 559 ff., 571

14) Die ländliche "Mittelklasse" sind: bäuerliche Unternehmer (auch gerne in Anlehnung an die russische Revolutionszeit "Kulaken" genannt), mittlere und größere Bauern zumeist mit einem zusätzlichen nicht-landwirtschaftlichen Einkommen als Angestellte und Beamte oder mit kleinen und größeren Gewerbe- und Handelsunternehmen; dies schließt oft auch "traditionelle" Honoratioren ein, die sich zumeist auch als "moderne" ländliche Unternehmer und Politiker betätigen und nicht zuletzt deswegen bis heute über sozialen und politischen Einfluß verfügen.

15) Erdmann, G., Jenseits des Mythos - Genossenschaften zwischen "Mittelklasse" und Staatsverwaltung. Tanzania und Kenia; (in Vorbereitung).

16) Lachenmann, G., Bauernbewegung in Senegal: gesellschaftliche Kraft in dem Prozeß des Rückzugs des Staates und der Strukturanpassung?; (Arbeitspapier), 14. Europäischer Kongreß für ländliche Soziologie, Gießen 16.-20. Juli 1990.



Trockenzeit für Diktatoren

Ein erster Besuch im demokratischen Kongo

Im Juni dieses Jahres ging im Kongo eine mehrmonatige Nationalkonferenz zu Ende. Als Ergebnis präsentierte der neue Premierminister Milongo eine Übergangsregierung, die bis zu den Wahlen im Juni 1992 die Regierungsgeschäfte übernimmt. Norbert Stamm war während dieser Umbruchsituation im Kongo und schildert seine Eindrücke.

"Was für schöne Farben!" ruft einer vor mir. Wir stehen dicht an dicht vor einem Café in Brazzaville und beobachten gespannt, wie im Fernsehen die rote Fahne verschwindet und die neue, alte Grün-Gelb-Rote aufsteigt. Seit diesem Montag, dem 10. Juni 1991, hat die Republik Kongo nicht nur die Flagge, sondern auch Namen und Hymne aus den Anfangsjahren der Unabhängigkeit wieder. Ein sozialistisches Experiment, 1963 begonnen und die letzten 22 Jahre unter Führung einer Einheitspartei, ist beendet.

Abgewirtschaftet hat der Plan schon länger. Lagen 1982 die Einkünfte Kongos noch über den Ausgaben, so hatte sich bis 1988 auf den zwei Millionen Einwohnern die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Afrikas angesammelt. Der Staat ist bankrott. Die Monatsgehälter für Mai sind erst ab dem 13. Juni ausgezahlt worden, und nur dank eines Vorschusses der halbstaatlichen Erdölgesellschaft Elf Congo. Seit Jahren steigt die Arbeitslosigkeit, und kein Ende ist abzusehen. Statt Verbesserungen im Sozialbereich gibt es laufend Verschlechterungen. Und das, obwohl das Land durch seine Erdölvorkommen eines der relativ reichen Länder Afrikas ist. Verdient haben daran nur ein paar wenige in- und ausländische Personen. Doch angeprangert werden durfte das bisher nicht.

Erst die Nationalkonferenz, an der fast 1200 VertreterInnen der gesellschaftlich wichtigen Institutionen und Gruppen teilnahmen, schuf Raum für öffentliche Kritik. Über hundert Tage lang, vom 25.2. bis 10.6.91, debattierten und untersuchten die Delegierten unzählige Einzelheiten der bisherigen Mißwirtschaft. Was dabei ans Licht kam, läßt kein Zurück, kein Weitermachen wie bisher mehr zu. Als "kollektive Psychoanalyse" beschrieb denn auch der Konferenzvorsitzende, Erzbischof Nkombo, das Geschehen.

Nun sind die Erwartungen an die Demokratie ebenso groß wie die erlittenen Enttäuschungen. In einer einjährigen Übergangszeit sollen die Grundlagen für eine neue Politik gelegt werden: neue Verfassung, Mehrparteiensystem und vor allem Wirtschaftsreformen.

Grundlage der demokratischen Bewegung im Kongo ist die Oppositionsarbeit, die teils im Land, teils vom Exil aus jahrzehntelang betrieben worden ist. Unter äußerst schwierigen Bedingungen arbeiteten diese kleinen Gruppen: konspirativ, abgeschnitten im eigenen Land oder im Ausland, unter polizeilicher Überwachung, ständig der Bedrohung durch Gefängnis, Folter und Ermordung ausgesetzt.

Bernard Kolelas etwa, Vorsitzender der MCDDI ('mouvement congolais pour la démocratie et le développement intégral'), saß mehrmals mit Todesurteil im Gefängnis. Dort mußte er fürchten, jeden Augenblick abgeholt und wie andere hingerichtet zu werden. 'Amnesty international' nahm sich seines Falles an. Im Land gilt er manchen als "kleiner Mandela". Schon seit der Unabhängigkeit 1961 in der Politik aktiv, mußte er mehrmals fliehen, kehrte aber jedes Mal wieder aus dem Exil zurück. So wie er gehören fast alle Vorsitzenden der neuen Parteien zur Generation der Unabhängigkeit. Seine Partei, die MCDDI, gehört zu den entschiedenen Befürwortern eines sofortigen Machtwechsels. Neben seiner Generation sind es die 40 bis 50jährigen, die als Berater entscheidend Politik gestalten - unabhängige Köpfe wie der Schriftsteller Sony Labou Tansi, Rechtsanwalt Mbemba u.a.

Die Oppositionsbewegung besteht bisher aus vielen Einzelpersönlichkeiten mit recht unterschiedlichen politischen Plänen. Einig sind sie sich im Ziel "Mehrparteiensystem". Als im Herbst 1990 schließlich die staatlichen Gewerkschaften Kongos, die CSC (Confédération Syndicale Congolaise), diese Kritik aufgegriffen haben und ihr Vorsitzender J.-Michel Bokamba Yangouma aus der Einheitspartei austrat, war der Druck auf das Regime so groß, daß es das Ventil der geforderten Konferenz öffnen mußte.

Daß die wachsende Opposition zum Zuge kommen konnte, verdankt sie auch den Umwälzungen in Osteuropa. Als dort die scheingewählten Machthalter vom Sockel gestürzt wurden, schaute auch das afrikanische Fernsehpublikum aufmerksam zu. Die eigenen Herrscher erschienen nicht mehr als unbesiegbar. Gleichzeitig waren diese selbst durch das rasche Ende ihrer Vorbilder und Freunde verunsichert. Ceaucescu war den Kongolesen als gern gesehener Gast von Kongos Präsident, General Denis Sassou Nguesso, in Erinnerung. Mehrmals hat Sassou Nguesso versucht, seinen Generalstab zur gewaltsamen Auflösung der Nationalkonferenz zu bewegen, jedoch vergeblich - ein letztes Mal noch Anfang Juni.

Diese Zurückhaltung seitens der Militärs ist entscheidend für den Erfolg demokratischer Reformen. Auch bei den Soldaten haben die Fernsehbilder aus Rumänien Wirkung hinterlassen, die damals um die Welt gingen: eine Armee auf Seiten der Bevölkerung, die dafür mit Brot und Sympathie bedankt wurde.

Vor allem aber erscheint dieser jüngeren Generation von Militärs das Wagnis einer erneuten Machtübernahme unattraktiv: ohne erfolgversprechendes politisches Konzept, ohne Unterstützung durch Bruderländer, angesichts der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer Bevölkerung, die nicht mehr alles hinnimmt. Stattdessen präsentieren sich die Militärs lieber als neutrale Stimmenzähler bei der Stichwahl des Übergangspremierministers.

Der neuen Generation von Militärs er-



Präsident Sassou Nguesso hatte sich geweigert, die Nationalkonferenz zu eröffnen

scheint es klüger, andere arbeiten zu lassen und ihre starke Position außerhalb der Tagespolitik zu behalten. Generalstabschef Mokoko trat denn auch nicht als Verteidigungsminister in die Vielparteienregierung ein, die am 22.6. die Amtsgeschäfte aufnahm. Er zog es vor, Chef der Truppen zu bleiben. Ob als Garant oder Gefahr für die Demokratie, muß sich zeigen. Doch die bisher geübte Zurückhaltung läßt hoffen.

Die Arbeit der 'Souveränen Nationalkonferenz' war beeindruckend: dreieinhalb Monate, von Februar bis Juni 1991, Tag für Tag, mit Ausnahme einiger Sonntage, waren knapp 1200 Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen im Kongreßpalast versammelt. Die Parteien stellten je 8 Abgeordnete, die Gewerkschaften entsandten 20 Delegierte, Militär und 'Sicherheit' 19, die Regierung alle ihre Minister. Die Kirchen waren vertreten, zahlreiche Berufsverbände, die Studenten usw. Was einzelne bemängelten, war das Fehlen von Vertretern der im Land lebenden Ausländer. Weibliche Vertreterinnen gab es nur sehr wenige.

Den Vorsitz führte mit Ernesto Nkombo ein katholischer Bischof, wie schon in Benin. Dies mag verwundern, ist aber verständlich angesichts des großen Ansehens, das die Kirche weit über ihre Gläubigen hinaus genießt, weil sie Distanz zum Regime hielt.

Erzwungen worden war die 'conférence nationale' durch die Streikdrohungen des staatlichen Gewerkschaftsbundes seit Herbst letzten Jahres. Beim ersten Zusammentreten hatte sich Präsident Sassou Nguesso geweigert, die Konferenz zu eröffnen. Doch die Delegierten begannen unbeirrt ihre Bewertung der bisherigen Politik. Sie setzten Untersuchungskommissionen ein, u.a. zu den 3000 politischen Morden seit 1963 und zu den unrechtmäßig erworbenen Besitztümern ('biens mal acquis'). Sie erklärten sich für souverän und erarbeiteten eine vorläufige Verfassung, die dem Präsidenten nur noch repräsentative Aufgaben überläßt. Statt seiner wählten sie einen Übergangspremier, André Milongo, und ein Übergangsparlament, den Conseil Supérieur de la République, mit 153 Abgeordneten und Erzbischof Nkombo als Vorsitzendem.

Vielleicht nur vor dem Hintergrund der afrikanischen Gesprächskultur ist solch ein gigantisches, produktives Reden möglich. Dieses dreimonatige Palaver ist die bisher größte Leistung der neuen Demokratiebewegung in West- und Zentralafrika: sich die Zeit zu nehmen, alles zu besprechen. Stimmen in der Konferenz oder in ausländischen Zeitschriften haben recht, wenn sie kritisieren, daß einige Intrigen und Lügen nicht aufgedeckt worden sind. Auch hat es unnötige Verzögerungen gegeben, und viel dringende Arbeit ist während der Zeit liegengeblieben. Am Schluß, bei der Stichwahl um den Premierministerposten, haben sogar Anhänger des Verlierers, Paul Lissouba, versucht, eine Mehrheit zu erkaufen - vergeblich. 20.000 bis 30.000 Francs CFA, umgerechnet 120 bis 180 DM, soll dabei die Stimme gekostet haben. Doch gibt das Gesamtergebnis der Nationalkonferenz dem zeitraubenden Debattieren recht: der Machtwechsel geschah ohne Gewaltanwendung.

Ein großer Teil der Öffentlichkeit verfolgte über die Monate hinweg die Enthüllungen am Radio oder am Fernseher. Die Bürozeiten waren verkürzt, das Arbeiten lahmgelegt. Was blieb anderes übrig, um auf dem Laufenden zu sein? Nur Radio und Fernsehen boten mit Direktübertragungen und Zusammenfassungen eine Informationsgrundlage, auch für die zahllosen privaten Gespräche, die fast alle irgendwann auf das Thema Demokratie kamen.

Die Zeitungsberichterstattung hingegen war Fehlanzeige. Die beiden Parteizeitungen erschienen nur selten, weil sie mit der eigenen Vergangenheit beschäftigt waren. Der geduldeten und zensierten "Semaine africaine", einer von der katholischen Kirche seit 1952 herausgegebenen Wochenzeitschrift, fehlte das Papier. Und dies aus eigentlich erfreulichem Grund: ein ganzes Dutzend neuer Zeitschriften ist während der Konferenz aus dem Boden geschossen. Meist einer Par-

tei nahestehend, von jungen Redakteuren gemacht, bieten sie Ergänzungen zur bisher üblichen einseitigen Geschichtsschreibung und jede Menge Enthüllungen von Finanzskandalen. Doch diese jungen, bisher oft nur in zwei oder drei Nummern erschienenen Zeitungen sind sehr subjektiv, sehr punktuell und erscheinen unregelmäßig. Und sie sind, dies ist vielleicht ihr größtes Handicap, schlicht und ergreifend zu teuer mit 300 F CFA (1,80 DM), bei einem monatlichen Durchschnittssalär von etwa 400 DM. In den nächsten Monaten wird sich da einiges einpendeln. Der ersehnten "vierten Gewalt" kommt eine wichtige Rolle beim Aufbau demokratischer Strukturen zu: Kontrolle der Regierenden, Diskussionsforum für andere Meinungen, Information der Öffentlichkeit, bei der Vorbereitung auf all die bevorstehenden Wahlen.

Wie könnte es weitergehen? Das Abstimmungsverhalten bei der alles entscheidenden Wahl des Premierministers zeigt ein großes innenpolitisches Gefahrenfeld: ethnische bzw. regionale Egoismen. Mit 453 zu 419 Stimmen fiel die Entscheidung nur knapp zugunsten des Reformers André Milongo aus. Die Konferenz hatte, troz der vorangegangenen Diskussion, nach regionalen Kriterien abgestimmt, grob gesagt: die Verteter der nördlichen Regionen (und das im Süden an der Grenze zu Gabun gelegenen Niaris) gegen die der Regionen südlich von Brazzaville. Diese Einteilung verläuft entlang ethnischer Identitäten, der beiden großen Sprachgruppen Kikongo und Lingala, den offiziellen Nationalsprachen Kongos.

Die Ausrichtung der Politik auf den wissenschaftlichen Sozialismus seit 1963 - die Bilder der drei bärtigen Bleichgesichter stehen noch in den Straßen - war von Politikern betrieben worden, die allesamt aus dem Norden stammten. Die besetzten auch andere wichtige Posten mit Leuten aus ihrer Heimat. Die Opposition ist dementsprechend stärker vom Süden getragen, dem Teil, in dem der größte Teil der kongolesischen Bevölkerung wohnt.

Und André Milongo, der jetzt für ein Jahr gewählte Premierminister, kommt von dort: vom "Pool", der Gegend südlich Brazzavilles. Lange Jahre war er im Exil, verdingte sich als Finanzfachmann bei der Weltbank (BIRD). Dort hat er mit Nicephore Soglo, Benins neuem Präsidenten, zusammengearbeitet. Milongo war der Kandidat, auf den sich die wichtigsten Oppositionsgruppen geeinigt hatten. Sein Gegner im fünften und letzten Wahlgang, Paul Lissouba, ist ebenfalls aus dem Süden. Bis 1969 Premierminister und an politischen Verfolgungen beteiligt, geriet er 1973 selber ins Schußfeld der Kritik und ging außer Landes. Jetzt jedoch wurde er von den alten Machthabern, Staatspräsident Sassou Nguesso, und auch vom Präsidenten des Nachbarlandes Gabun, Omar Bongo, unterstützt. Der Norden und die Heimatregion Lissoubas, der Niari, stimmten für ihn.

Von den Intellektuellen der Opposition ist dieses regionale Denken während der Konferenz unterschätzt worden, sie hielten es für Vergangenheit. Doch alle Gespräche mit Leuten in den Straßen Brazzavilles bestätigten das Gegenteil. In den südlichen Stadtteilen war der Zorn auf 'die aus dem Norden' groß, und in den nördlichen die Angst vor der Übermacht 'derer aus dem Süden'.

'Unité dans la diversité', Einheit bei gleichzeitigem Verschiedenbleiben, lautet das Lösungskonzept der Mitglieder der Nationalkonferenz. Um dies politisch umzusetzen, wollen sie im neuen Grundgesetz föderale Strukturen verankern. Wie diese aussehen sollen, weiß jetzt noch niemand.

Nach dem Sieg Milongos am 8.6. blieb der Jubel unter seinen Anhängern verhalten. Erleichterung überwog. Denn bei einem Sieg Lissoubas und der alten Kräfte hätte es massive Proteste gegeben. Milongos wenige Worte am Wahlabend waren ein Appell an die nationale Einheit: "Ich will nicht der Gefangene eines Klans sein." Zwei Wochen nach seiner Wahl konnte er ein Übergangskabinett präsentieren. Dem ersten Eindruck nach waren Fachkenntnis und regionaler Proporz ausschlaggebend bei der Ministerwahl.

Bei der Amtsübernahme erlebten die Neuen böse Überraschungen: ihre Büros waren leergeräumt bis auf die Wände. Die alten Machthaber haben nicht aufgegeben. Mit seiner Schlußansprache zur Nationalkonferenz hat Präsident Sassou Nguesso seinen Wahlkampf für die im Juni 1992 vorgeschriebenen Präsidentschaftswahlen begonnen. In der Pose des Landesvaters verlieh er allen Delegierten eine Urkunde für ihre Arbeit, die er von Anfang bis Ende boykottiert hatte und bis zuletzt zu unterbinden versuchte. Jetzt indessen erklärte er sich bereit, die Beschlüsse anzuerkennen und umzusetzen - jetzt, da er keine direkte Macht mehr besitzt. Geschickt bog er die gegen ihn erhobenen und bewiesenen Anschuldigungen, von persönlicher Bereicherung bis zur Beteiligung an der Ermordung des Präsidenten Marien Ngouabi 1977, um: plötzlich war er es, der seinen Anklägern großmütig deren 'Beleidigungen seiner Person' verzieh. Der Noch-Präsident schöpft Hoffnung. Vorerst hat er nun zwei Monate Urlaub genommen und sich mit 600 Mann Präsidentengarde in seine Heimatregion zurückgezogen. Dort wird er sich seine Strategie zurechtlegen lassen und versuchen, aus den schwierigen Startbedingungen der Übergangsregierung Kapital zu schlagen.

Dies dürfte nicht allzu schwer sein. Denn der Bankrott des Staates läßt die ersehnten und versprochenen schnellen Verbesserungen im Gesundheits-, Sozial- und Schulsystem nicht zu. Und der Umbau der Planwirtschaft wird wahrscheinlich zusätzlich viele Beamte arbeitslos machen, jedenfalls nach aktueller deutscher Erfahrung. Die vielen neuen Parteien formieren sich erst und müssen sich untereinander mühsam zusammenraufen zu existenzfähigen Größen. Viel Zeit ist nicht: schon Anfang nächsten Jahres stehen die ersten Wahlen an - zuerst in den Kommunen, dann in den neun Regionen, im Juni das Parlament und der Präsident.

Vom Programm der Übergangsregierung Milongo zeichnen sich bisher nur grob die Arbeitsfelder samt der Schwierigkeiten ab: Wiederaufwertung der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens, um die Nahrungsmittelimporte zu reduzieren - in einem Land, in dem über 50 % aller Einwohner in den beiden größten Städten leben und das damit eine der höchsten Verstädterungsraten Afrikas aufweist. Verstärkte Exporte, auch 'Integration in den Weltmarkt' genannt - doch was hat Kongo zu bieten außer Erdöl und immer weniger Tropenholz? Weitere Programmpunkte: Aufbau des Tourismus - eine teuflische Chimäre. Und Abbau der Militärkosten durch Verringerung der Soldaten, durch Umwandlung der Berufsarmee in eine aus Wehrpflichtigen und schließlich den Aufbau gemeinsamer Sicherheitsstrukturen mit den Nachbarstaaten - dies gegen die Militärs, die immer noch Mächtigen im Land.

Anfragen nach Umschuldung und stärkerer finanzieller Hilfe richten sich an die reichen Industrieländer Europas. Hilfe zu verweigern, müßte für deutsche Politiker schwierig sein, sind doch 'Menschenrechte' und 'Demokratie' auf dem Wege der Verwirklichung. Seit Anfang des Jahres kann eine Sektion von 'ai' in Kongo arbeiten.

Größter Wunsch sind jede Menge ganz normaler Beziehungen im Kleinen: So wünschen sich die neuen Parteien Kontakte zu hiesigen Gruppierungen. Und die bräuchten keine Angst zu haben, sie würden die Afrikaner damit etwa bevormunden. Kongos erfolgreiche Demokraten entscheiden schon selber, was sie tun wollen. Gegenseitige Besuche von Berufsorganisationen, Gewerkschaften, Schriftstellerverbänden, Jugendgruppen und Schulklassen... werden gewünscht, um eine Menge kleiner Verbesserungen zu finden. Die Städtepartnerschaft zwischen Brazzaville und Dresden, noch aus vergangenen sozialistischen Zeiten, könnte reaktiviert werden für regionale Nord-Süd-Arbeit.

Eins stimmt hoffnungsvoll: Die neuen Regierungen Afrikas können ganz anders auftreten auf der weltpolitischen Bühne. Der Norden wird größere Schwierigkeiten haben, ihre Forderungen abzulehnen.

Es war so einfach und bequem, mit berechenbaren Diktatoren Geschäfte zu machen und ihre Länder ansonsten außen vor zu lassen. Die Zeiten sind vorbei. Gute Nachrichten aus Afrika. Für diesmal aus Kongo.

Norbert Stamm

Nach wie vor wird der sogenannte Tribalismus zur Erklärung politischer Konflikte in Afrika und damit verbunden als Hemmnis für Demokratie herangezogen. Katrin Eickenberg stellt in ihrem Artikel die These auf, daß nicht die ethnischen Spannungen Demokratisierungsprozesse behindern. Vielmehr führt die politische und ökonomische Benachteiligung von Minderheiten dazu, daß diese sich als ethnische Gruppe gegen einen Herrschaftsapparat wehren.

Mythos Tribalismus

Ethnisierung politischer Konflikte

Ethnische Konflikte sind nicht auf Afrika, nicht einmal auf die sogenannte Dritte Welt beschränkt. Sie entfalten sich in Einpartei- wie in Mehrparteiensystemen, in (Pseudo-)Demokratien wie in Diktaturen, in Industriegesellschaften wie in agrarischen Entwicklungsgesellschaften.
Zentrales Thema der sozialwissenschaftlichen Studien, die in den 60er Jahren den Begriff "ethnischer Konflikt" populär machten, waren die ethnischen und Rassenkonflikte in den Großstädten der USA. Ethnische Konflikte gibt es z.B. in Belgien (Flamen - Wallonen), in Spanien (Baskenland), in Frankreich (Korsika; afrikanische und arabische Immigranten), in Kanada (Inuit, Indianer, Franko-Kanadier) und in Indien (Kaschmir, Punjab).

Für afrikanische Staaten sind ethnische Konflikte nicht mehr und nicht weniger charakteristisch als für andere Staaten mit einer ethnisch heterogenen Bevölkerung - und dies trifft, entgegen der rhetorischen Gleichsetzung von Staat und Nation[1], auf die Mehrzahl der gegenwärtig existierenden Staaten zu. Eine Besonderheit ist allerdings, daß neben der Behauptung, dies sei "afrikanische Demokratie", das wichtigste Argument für die Errichtung von Einparteiensystemen deren vorgebliche Integrationswirkung war: Ethnische Identität und nationale Einheit stünden im Gegensatz zueinander, Parteienpluralismus führe dazu, daß jede Ethnie eine eigene Partei gründe und Parteien demzufolge nur ethnische Partikularinteressen vertreten würden[2].
So stellt sich im Zusammenhang mit den von Demokratiebewegungen erhobenen Forderungen nach Parteienpluralismus die Frage, ob dieses Argument stichhaltig ist. Steht die Heterogenität der Bevölkerung der Demokratisierung entgegen, oder ist gerade die Demokratisierung der zentralistischen, autoritären und repressiven politischen Systeme der Weg, das Konfliktpotential ethnischer Unterschiede zu entschärfen?

Die Erscheinungsformen von ethnischer Identität (Ethnizität) sind vielfältig. Ebenso vielfältig sind die Konflikte, in denen ethnische Identität in der einen oder anderen Weise eine Rolle spielt - das Spektrum reicht vom Postengeschacher in der Staatsbürokratie über lokale Unruhen bis hin zu bewaffneten Befreiungskämpfen und Unabhängigkeitsbestrebungen. Bei genauerer Betrachtung wird allerdings deutlich, daß Mobilisierung aufgrund ethnischer Loyalität nicht Ursache, sondern Begleiterscheinung gesellschaftlicher Konflikte ist. Zudem sind die Gemeinsamkeiten, auf die dabei rekurriert wird, höchst unterschiedlicher Art. Was also sind ethnische Gruppen (Ethnien), welche Merkmale unterscheiden sie von anderen sozialen Gruppen? Welchen Stellenwert hat ethnische Identität relativ zu anderen möglichen Identitäten, steht sie im Gegensatz zu nationaler Identität und wenn ja, warum?

Ethnie, Staat und Nation

Ethnische Gruppen sind Gemeinschaften, deren Mitglieder sich aufgrund bestimmter gemeinsamer Merkmale wie Sprache, Kultur, Religion, Siedlungsgebiet, Herkunft oder Abstammung miteinander verbunden fühlen und sich durch diese Merkmale von anderen gleichartigen Gruppen abgrenzen oder ausgegrenzt werden. Ethnizität bezeichnet das subjektive Gefühl der Zugehörigkeit zur ethnischen Gemeinschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder. Sie beinhaltet die normative Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe und zu Loyalität gegenüber der Gemeinschaft, zum Eintreten für kollektive Interessen. Ethnische Identität ist askriptiv - einer ethnischen Gruppe tritt man nicht bei, man wird in sie hineingeboren.
Diese als "primordiale Bindung" bezeichnete Eigenschaft ist die eine Seite ethnischer Identität; sie kommt in erster Linie in Konfliktsituationen zum Tragen, und zwar vor allem in solchen Konflikten, in denen es um kulturelle Autonomie, um die Bewahrung der kollektiven Identität oder gar um das Überleben der Gemeinschaft geht (oder zu gehen scheint). Wenn ein Konflikt soweit eskaliert ist, kann die übergreifende nationale Identität selbst da zerbrechen, wo sie eine Grundlage in realen Gemeinsamkeiten hatte. Die Somalis sind z.B. eine Sprach- und Kulturnation, die im Bürgerkrieg in Clans und Clanfamilien zerfallen ist, bis hin zur Unabhängigkeitserklärung Nordsomalias durch die Issaq-Clanfamilie[3].
Die andere, für Afrika weit charakteristischere Seite ethnischer Identität ist ihr situationsgebundener Charakter. Sie ist typischerweise eben nicht zwingend, sondern überschneidet sich mit anderen Identitäten. Je nach Situation und Interesse tritt die ethnische Zugehörigkeit oder die zu einer anderen sozialen Gruppe in den Vordergrund. Besonders in Großstädten, wo Zuwanderer unterschiedlicher Herkunft und Ortsansässige aufeinandertreffen, sind die Grenzen zwischen ethnischen Gruppen fließend, die Grundlagen der Solidarisierung und Mobilisierung veränderlich.
Ethnische und nationale Identität stehen nicht zwangsläufig im Widerspruch zu-

einander, sie können durchaus ein Kontinuum bilden. Der klassische Nationenbegriff, wie er im 19. Jhd. in Europa geprägt wurde, definiert die Nation (oder das Volk) als historisch gewachsene Sprach- und Kulturgemeinschaft, deren angemessene politische Organisationsform der souveräne Staat sei. Diesem Idealtyp des Nationalstaates entsprechen afrikanische Staaten nicht. Sie sind künstliche Gebilde, deren territoriale Gestalt durch die koloniale Grenzziehung, also fremdbestimmt, zustandekam.

Keine nationale Einheit ohne Mitspracherechte

Weit mehr als die Künstlichkeit der Staatsgrenzen, die ethnische Gruppen teils zusammenzwangen, teils trennten, erschwert eine andere Eigenschaft afrikanischer Staaten die Herausbildung eine die ethnische Verschiedenheit überbrückenden nationalen Identität. Die Dekolonisation beinhaltete keine politische Revolution, sondern einen Machtwechsel: Der Staat blieb zentralistisch, autoritär und repressiv, ein Herrschaftsapparat, dessen Kontrolle der Machtsicherung und der Selbstbereicherung diente.

"Wenn der Tribalismus (=Ethnizität) heute ein Hindernis für die Schaffung der nationalen Einheit ist, dann deshalb, weil die Etablierung der politischen Institutionen der Nation unter völliger Mißachtung der bestehenden afrikanischen Institutionen stattfand", schreibt der Zairer Sando Wang-You[4]. Ob der Rückgriff auf "afrikanische Institutionen", die ja schließlich die Jahrhunderte des Sklavenhandels, die Kolonialzeit und die letzten Jahrzehnte seit der Dekolonisation nicht unverändert überdauert haben, geeignet wäre, den BürgerInnen politische Partizipation zu gewährleisten, mag fraglich erscheinen. Die Kriege und militanten Konflikte in Afrika zeigen jedenfalls, daß sich nationale Einheit in multiethnischen Staaten nicht erzwingen läßt, sondern nur durch Mitspracherechte der Einzelnen - sowie der Ethnien, die die Vertretung von Partikularinteressen in den gesamtstaatlichen Institutionen ermöglichen - aufgebaut werden kann.

Ethnische Konflikte und Demokratisierung

Ethnische, genauer gesagt ethnisch geprägte oder "akzentuierte"[5] Konflikte sind solche, in denen die Unterscheidung von Freund und Feind anhand ethnischer (sprachlicher, kultureller, religiöser...) Unterschiede erfolgt. Tatsächlich ergibt sich diese ethnische Prägung oft erst im Verlauf des Konflikts. Ethnische Gruppen treten nicht unbedingt von vornherein als Konfliktparteien in Erscheinung. Sie werden zu Konfliktparteien gemacht, z.B. indem Regimegegner als Vertreter von ethnischen Partikularinteressen diskreditiert und Angehörige dieser ethnischen Gruppe Opfer staatlicher Repression werden - was schließlich zur Solidarisierung auf ethnischer Basis führt. Im Extremfall läßt sich auf diese Weise eine regionale oder ethnische Autonomie- oder Sezessionsbewegung provozieren. Umgekehrt kann eine oppositionelle Gruppe, die Reformen oder auch nur Machtbeteiligung oder einen Machtwechsel anstrebt, sich als Vertretung ethnischer oder regionaler Interessen darstellen und unter Ausnutzung realer Probleme (ökonomische Krisen, ein regionales Entwicklungsgefälle usw.) Anhänger mobilisieren. Ethnisch geprägte Konflikte müssen aber nicht zwangsläufig zu militanter oder gewaltsamer Austragung eskalieren; meist tun sie es nicht.

In Kamerun dagegen scheint das Biya-Regime den Versuch zu machen, den politischen Konflikt, in dem es um Systemreformen geht, zu "ethnisieren". Wenn Biya-Anhänger aus seiner Volksgruppe (Beti) speziell gegen oppositionelle Studenten vorgehen, die aus dem anglophonen Landesteil stammen oder der Volksgruppe der Bamileke angehören [6], kann das Regime - wenn ihm Zeit bleibt, diese Strategie fortzuführen - einen ethnisch-regionalen Konflikt produzieren.

Die als "Stammeskämpfe" apostrophierten Kämpfe zwischen Zulu und Xhosa in Südafrika sind, wie sich inzwischen herausgestellt hat, vom südafrikanischen Geheimdienst mitinszeniert worden. Damit sollten Inkatha und ANC gegeneinander ausgespielt werden. Unter Ausnutzung der durch die Apartheid-Politik verursachten Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen und der aus materiellem Elend und der ständigen Mißachtung der Menschenwürde erwachsenen Gewaltbereitschaft ist hier ein ethnisch geprägter Konflikt produziert worden. Dieser scheint inzwischen der Kontrolle seiner Initiatoren entglitten zu sein.

Als ethnischer Konflikt stellte sich der Mitte 1990 aufgebrochene Konflikt zwischen den Tuareg und der malischen Regierung dar. Die auf Mali, Niger, Algerien und Libyen verteilten Tuareg sind ein Volk von Händlern und Viehzüchternomaden, dessen Lebensgrundlage durch Dürren, die Ausweitung der Wüsten nach Süden und die Ablösung des Karawanenhandels durch Lastwagen gefährdet ist. In Mali sind sie eine marginalisierte, kaum in den Staat integrierte Minderheit, deren Lebensweise von der seßhaften bäuerlichen und städtischen Bevölkerung abgelehnt wird. Diese kämpft ihrerseits um kulturelle Selbstbehauptung und ökonomische Existenz. Massive Repressionen (Militäreinsatz, Massaker) haben den Konflikt ausgelöst, der mit der Besetzung einer Distriktverwaltung begann, um die Herausgabe von Nahrungsmittelhilfe zu erzwingen.


Vom Geheimdienst mitinszeniert: Kämpfe zwischen Zulu und Xhosa in Südafrika

Seit Anfang dieses Jahres haben mehrmals Verhandlungen stattgefunden. Die seit dem Sturz des Präsidenten Traoré Ende März amtierende Übergangsregierung hat im Juli eine Amnestie ausgesprochen und die Tuareg zur Beteiligung am Demokratisierungsprozeß aufgefordert. Lösbar dürfte der Konflikt aber ohne die Behebung seiner Ursachen - ökonomische Verelendung der Tuareg, fehlende Mitsprachemöglichkeiten in der Administration ihrer Wohngebiete und ihr Beharren auf Erhaltung ihrer eigenen Kultur und Lebenweise - kaum sein. (siehe auch blätter des iz3w Nr. 169, November 1990)

Als Musterbeispiel eines ethnischen Konflikts wird oft die 1972 bis zum Völkermord eskalierte Auseinandersetzung zwischen der herrschenden Minderheit der Tutsi und der von der politischen Macht weitgehend ausgeschlossenen Mehrheit der Hutu in Burundi gesehen.

Die ethnische Schichtung in Burundi geht

schon auf die vorkoloniale Zeit zurück. Der jetzige Präsident Buyoya leitete einen Reformprozeß ein, durch den die kollektive Diskriminierung der Hutu schrittweise aufgehoben werden soll. In der letzten Zeit stellte das Regime auch die Einführung eines Mehrparteiensystems zur Diskussion.

Im Nachbarstaat Ruanda wurde die Herrschaft der Tutsi während der Dekolonisation unter heftigen Kämpfen beendet. Seit der Unabhängigkeit sind die Tutsi eine diskriminierte Minderheit, der wie den Hutu in Burundi der Zugang zu Machtpositionen versperrt ist. Im Oktober 1990 haben ruandische Flüchtlinge von Uganda aus einen bewaffneten Kampf gegen das Regime begonnen. Die überwiegend aus Tutsi bestehende "Ruandische Volksfront" findet wenig Resonanz in der Bevölkerung (ca. 90% Hutu), da ihr nachgesagt wird, sie wolle die Tutsi-Herrschaft restaurieren. Der Krieg hat aber offenbar den vom Regime eingeleiteten Reformprozeß beschleunigt, in dem ein Mehrparteiensystem eingeführt wurde und die ethnische Diskriminierung zumindest offiziell aufgehoben werden soll.

Die Konstellation mit nur zwei Volksgruppen (wenn man von der Minderheit der Twa, in beiden Staaten etwa 1% der Bevölkerung, absieht) und deren institutionalisierte Ungleichheit ist allerdings atypisch für Afrika, so daß der Reformprozeß in Burundi nur bedingt ein Modell für andere Staaten sein kann.

Der Krieg in Liberia ist zwar mit einer Mobilisierung auf ethnischer Basis verbunden - die von Charles Taylor angeführte Nationale Patriotische Front Liberias rekrutiert sich überwiegend aus den Ethnien der Mono und Gio -, er ist aber im wesentlichen ein Machtkampf zwischen einzelnen politischen Führern. Taylor kontrolliert den größten Teil des Landes außer der Hauptstadt, wo sich mit Hilfe einer multilateralen Interventionsgruppe westafrikanischer Staaten eine Interimsregierung etabliert hat. Über die Machtübernahme hinausgehende politische Ziele oder Konzepte sind aber weder bei Taylor noch bei den Mitgliedern dieser Interimsregierung zu erkennen.

Föderalismus als Lösung?

Föderalismus als Strategie zur Beilegung ethnisch geprägter oder als ethnisch interpretierter Konflikte wird vor allem für das Horn von Afrika propagiert. Bisher hat nur Nigeria ein föderatives System; es hat einiges dazu beigetragen, den aus der britischen Kolonialzeit stammenden Gegensatz zwischen dem nördlichen und südlichen Landesteil zu entschärfen. Beide Teile waren bis kurz vor der Unabhängigkeit getrennt verwaltet worden, wobei intensive Missionierung und direkte Eingriffe der Kolonialmacht im Süden einen weit schnelleren soziokulturellen Wandel als im Norden hervorriefen. Eine Wiederbelebung der Sezessionsbestrebungen (zunächst im Norden, dann 1967 im Biafra-Krieg) dürfte durch die föderative Struktur wohl ausgeschlossen sein, aber ethnische und religiöse Konflikte bestehen weiterhin.

Die gescheiterte Föderation zwischen Äthiopien und Eritrea (1952-62) spricht weder für noch gegen föderative Strukturen - sie wurde vom damaligen Kaiser Haile Selassie, der sich nur unter Druck mit dieser Regelung einverstanden erklärt hatte, aufgehoben. Der Eritrea-Konflikt ist ohnehin ein Sonderfall, da er ähnlich wie der Westsahara-Konflikt ursächlich kein ethnischer, sondern ein Dekolonisationskonflikt ist. Ein Referendum über die staatliche Unabhängigkeit - wobei es sich in Eritrea nur noch um die Bestätigung der faktisch bereits gegebenen Unabhängigkeit handelt - ist in beiden Fällen der beste Weg zur Lösung des Konflikts. In Äthiopien setzt sich die Übergangsregierung für den Aufbau eines föderativen Systems ein, um die Nationalitätenkonflikte zu überwinden und zugleich eine Dezentralisierung zu erreichen. Da in der kurzen Zeit seit dem Sturz des Mengistu-Regimes noch keine konkreten Schritte erfolgt sind, kann hier nur auf einige Probleme hingewiesen werden, die sich vergleichbar auch in anderen Staaten stellen würden.

Die Kosten für den Unterhalt der regionalen oder Länderverwaltungen und Regierungen sind in einem Bundesstaat höher, die Kosten für ihren Aufbau kommen hinzu. Die Volksgruppen sind unterschiedlich groß - in Äthiopien stellen die Oromo etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung - und bilden oft keine geschlossene Siedlungsgemeinschaft. Regionen oder Bundesländer könnten nur so abgegrenzt werden, daß eine Gruppe die Mehrheit stellt, für die Minderheiten müßten Sonderregelungen gefunden werden. Verschieden große, unterschiedlich mit Ressourcen ausgestattete Regionen machen die Schaffung von Mechanismen des Ausgleichs und des Ressourcentransfers notwendig. Verzicht zugunsten benachteiligter Regionen oder Volksgruppen dürfte in afrikanischen Staaten nicht leichter durchzusetzen sein als z.B. in der BRD.

Föderalismus ist nicht gleichbedeutend mit Dezentralisierung und Partizipationsrechten und -möglichkeiten für alle Bürger/innen: Lokale Selbstverwaltung, Mitsprache über die Verwendung öffentlicher Mittel, Rechtssicherheit, Meinungs- und Pressefreiheit, Schutz der Menschenrechte und Respektierung kultureller Besonderheiten (soweit sie nicht gegen Grundrechte verstoßen), solche Elemente einer umfassenden Demokratisierung sind nicht an eine föderative Form gebunden. Ein föderatives System beinhaltet zwar eine Machtteilung zwischen den Regionen (Ländern, Bundesstaaten) und der Bundesregierung, mehr aber nicht. Militante Konflikte und Kriege sind, auch wenn sie auf ethnischer oder regionaler Basis ausgetragen werden, nicht Folge ethnischer Unterschiede, sondern Ausdruck undemokratischer Verhältnisse. In Staaten wie Somalia, dem Sudan oder Liberia ist nicht die ethnische Prägung der Konflikte das Haupthindernis für die Beendigung der Kriege, sondern die Fragmentierung der Kriegsführung in bewaffnete Banden und "Stammesmilizen" (Sudan), die massenhafte Entwurzelung durch die Kämpfe und die Militarisierung des täglichen Lebens. Ob ethnische Identitäten einer Demokratisierung im Wege stehen würden oder ob ein Modus gefunden werden kann, der individuelle Bürgerrechte wie ethnische Gruppenrechte absichert, wird sich erst erweisen, wenn andere elementare Voraussetzungen für eine Demokratisierung hergestellt sind, die Beendigung der Kämpfe und die Entwaffnung aller Verbände. Eine aufgesetzte föderative Struktur würde in diesen Staaten weder Frieden noch Demokratie schaffen.

Kathrin Eickenberg

Anmerkungen:

1. Die "Vereinten Nationen" sind eine zwischenstaatliche Organisation, "internationale" Beziehungen sind Beziehungen zwischen Regierungen, das "nationale" Interesse ist das eines Regimes oder bestenfalls das eines Staates

2. Der libysche Präsident Ghaddafi hat dieses Argument erst kürzlich wiederholt: "Je mehr Parteien es gibt, desto mehr Probleme und Krisen wird es geben" (FR 5.7.1991). Anders argumentiert der ugandische Präsident Museveni: Parteienpluralismus sei keine Garantie für politische Partizipation der Bevölkerung, die in Uganda durch die lokalen Selbstverwaltungskomitees gegeben sei (New African, Juli 1991, S. 14-15)

3. Das Somali National Movement hat im Mai die "Republik Somaliland" in den Grenzen der ehemaligen britischen Kolonie ausgerufen, die sich 1960 unmittelbar nach der Unabhängigkeit mit dem ehemals italienischen Somaliland vereinigt hatte; die Issaq waren seit Beginn des Krieges Anfang der 80er Jahre und besonders nach seiner Eskalation Mitte 1988 Opfer kollektiver Repressionen geworden, die Kriegsführung des Barre-Regimes traf in erster Linie die Zivilbevölkerung. Zum somalischen Bürgerkrieg vgl.: Maria Bongartz, Somalia im Bürgerkrieg, Ursachen und Perspektiven des innenpolitischen Konflikts, Hamburg 1991

4. In: Africa International Nr. 231, Oktober 1990, S. 14-15

5. Rainer Tetzlaff: Politisierte Ethnizität - eine unterschätzte Realität im nachkolonialen Afrika. In: Afrika Spektrum Heft 1/1991, S. 5-28

6. taz, 14.6.1991

7. Die Hauptelemente diese Reformen waren bisher: Beteiligung von Hutu an der Parteiführung und an der Regierung, Chancengleichheit für Hutu bei den Aufnahmeprüfungen für die Sekundarschule, Abschaffung der Eintragung der ethnischen Zugehörigkeit in den Ausweisen durch Volksentscheid und die Zulassung von zwei Menschenrechtsorganisationen.

Werden Diktatoren zu Demokraten?



Lome, Straßenszene 1991

Für Afrikas Diktatoren haben schlechte Zeichen begonnen. Nach jahrelanger, beinahe unbeschränkter Herrschaft der Militär- und Präsidialregime regt sich zunehmend Kritik und Widerstand. Im Gegensatz zu dem gewohnten Muster früherer afrikanischer Machtwechsel, verursacht durch Staatsstreiche oder Guerilla-Aktionen, findet die Revolution heute im Saale statt: Die Machthaber werden nicht mehr gewaltsam gestürzt, sondern von sog. Nationalkonferenzen, die aus selbsternannten oder spontan bestimmten Volksvertretern bestehen, zur Rechenschaft gezogen. Von diesen Konferenzen werden auch die Weichen für eine neue demokratische Zukunft gestellt und Neuwahlen vorbereitet. Aber nur einige der früheren Machthaber sahen sich bislang gezwungen, die Konsequenzen aus dem Bürgerprotest zu ziehen und zurückzutreten. In der Mehrheit versuchen sie eine schnelle politische Kehrtwendung und sprechen von demokratischen Reformen, Machtteilung und Machtkontrolle, so als hätten sie nie etwas mit Mißwirtschaft, Korruption und Repression in ihren Staaten zu tun gehabt. Doch unabhängig davon, ob der politische Sinneswandel der Mächtigen ehrlich gemeint ist oder der Absicherung der bestehenden Pfründe dienen soll, der demokratische Transitionsprozeß in Afrika hat eine erhebliche Schubkraft gewonnen und läßt sich nicht mehr zurückdrehen. Ob es schließlich zu dauerhaften Systemänderungen kommen wird, hängt einerseits von den sozio-ökonomischen Strukturen und dem Grad internationaler Intervention ab, andererseits aber auch von den Einstellungen und Verhaltensweisen der afrikanischen Machteliten, die um ihren gesellschaftspolitischen Einfluß und ihre ökonomischen Interessen bangen.

Die Frage nach den Zukunftschancen für die Demokratie in Afrika kann nicht ohne einen Rückblick auf die koloniale und vorkoloniale Zeit beantwortet werden. Auch wenn Verallgemeinerungen angesichts der heterogenen Geschichte und Politik der mehr als 40 schwarzafrikanischen Staaten problematisch sind, so kann doch festgehalten werden, daß die Mehrzahl der vorkolonialen Gesellschaften (vor allem in Westafrika, im Kongobecken und im südlichen Afrika) absolutistisch und autoritär regiert wurden.

An der Spitze standen Häuptlinge oder Monarchen, die ihre Herrschaft zumeist auf Familienclans oder kastenähnliche Oberschichten gründeten. Zugleich gab es segmentäre, d.h. nicht-hierarchische Gesellschaften, die zumindest in Friedenszeiten kollektive Regierungsformen kannten, z.B. einen Ältestenrat, der Entscheidungen weitgehend konsensual fällte. Es handelte sich allerdings meist um kleine, überschaubare Gesellschaften, deren besondere Struktur von den Kolonialmächten kaum registriert wurde. Immerhin gibt es noch heute die Institution der Dorfversammlung, auf der die Dorfältesten (Elders) gemeinsam über wichtige Gemeinschaftsprobleme beraten und für bestimmte Streitfälle zu Gericht sitzen. Dabei wird der Bevölkerung ein begrenztes Mitspracherecht eingeräumt und eine gewisse Transparenz gewährt.

Julius Nyerere hat diese auf Konsens abzielende Beratungsinstitution als Kernstück seiner Ujamaa-Philosophie (Familiengemeinsinn/gruppenbezogener Humanismus) gewählt: "They talk till they agree. That gives you the very essence of traditional African democracy."(1) (Freedom and Unity, S.104). Was Nyerere in einer Mystifizierung des traditionellen Willensbildungsprozesses verschweigt, ist die Tatsache, daß diese quasi-demokratische Tradition - vereinfacht "Palaverdemokratie" genannt - immer nur auf eine kleine privilegierte Minderheit beschränkt blieb. Es war eine Gerontokratie (Herrschaft der Alten), die nicht unbedingt im Interesse der Mehrheit agierte, sondern ihre eigenen Vorrechte verteidigte.

Europäische Kolonialerziehung als Demokratisierungsfaktor

Von den Kolonialregierungen ging zumindest in der Frühphase keinerlei demokratischer Einfluß aus, auch wenn die Metropolen wie England und Frankreich sich innenpolitisch durchaus demokratischen Traditionen verpflichtet fühlten. Die Kolonialpolitik zielte dagegen in erster Linie auf eine effektive Beherrschung und Verwaltung der riesigen, oft unzugänglichen Gebiete ab, die mit möglichst geringem Aufwand wirtschaftlich genutzt werden sollten. Dies war nur mit autoritären, oft sogar militärischen Mitteln zu erreichen. Die einheimische Bevölkerung wurde dabei als billige Arbeitskraft rekrutiert und unter Androhung harter Strafen zum absoluten Gehorsam, ja zur Unterwürfigkeit erzogen.

Die afrikanischen Eliten spielten in diesem Zusammenhang eine ambivalente Rolle. Nach anfänglichem Widerstand stellten sie sich weitgehend in den Dienst der kolonialen Herren. Dies geschah mit unterschiedlicher Akzentsetzung gemäß den kulturellen und politischen Traditionen der europäischen Eroberer: Die Briten hielten mit ihrer Politik des "indirect rule" (Lord Lugard) die lokalen Autoritäten immer an der langen Leine. Die Franzosen versuchten dagegen, die afrikanische Chefferie entsprechend ihrer zentralistischen Staatsvorstellungen weitgehend in das politische und kulturelle System der Metropole einzugliedern. Bei den Portugiesen und Belgiern trat schließlich die ungeschminkte despotische Domination und Ausbeutung am deutlichsten zutage.

Doch ungeachtet der unterschiedlichen kolonialpolitischen Ideologien erwies sich die langjährige Unterstützung der traditionellen Eliten als wichtiger herrschaftsstabilisierender Faktor. Zur afrikanischen Emanzipation und Entkolonisierung trug auch die europäischen Erziehung bei, an der jedoch zunächst nur eine Minderheit städtischer Afrikaner teilhaben konnte. Für diese kleine westlich gebildete und kulturell assimilierte Elite war nicht einzusehen, warum die als universal verkündeten Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für die Kolonien in Afrika nicht gelten sollten. So war es nicht verwunderlich, daß Männer wie Kwame Nkrumah (Ghana), Leopold Sédar Senghor (Senegal), Julius Nyerere (Tansania) oder Kenneth Kaunda (Sambia) zusammen mit anderen Nationalisten und Panafrikanisten der ersten Stunde ihre Forderungen nach Unabhängigkeit und Gleichberechtigung mit okzidentalen Gesellschaftsidealen rechtfertigten. Sie stützten sich auf die Werte der Französischen Revolution, die Philosophen der deutschen Aufklärung und Romantik sowie auf die Werke von Marx, Engels und Lenin. Ihre Vorstellungen wurden dabei in zunehmendem Maße von den sozialistischen und kommunistischen Parteien in den Metropolen unterstützt.

Die demokratischen Institutionen und Strukturen, die den Kolonialgesellschaften in den Jahren vor der Unabhängigkeit übergestülpt wurden, erwiesen sich als wenig effizient und stabil, so daß die meisten der neuen Staaten bald zu Scheindemokratien degenerierten. Unter einer dünnen demokratischen Außenhaut blieb nichts als ein durch und durch hierarchischer Regierungs- und Verwaltungsapparat zurück, wie er von den Kolonialbehörden eingeführt worden war. Nur die Personen wurden ausgetauscht: an die Stelle des allmächtigen Generalgouverneurs trat jetzt der neue Staatspräsident mit großen Exekutivvollmachten. Demokratische Institutionen wie Parteien und Verbände wurden in ihrem Einfluß zurückgestuft, das Parlament seiner Kontrollfunktionen mehr und mehr beraubt und die Opposition bei einer schrittweisen Entmachtung einer unabhängigen Justiz immer weiter ausgeschaltet. Der Umgang mit der Bevölkerung blieb ähnlich autoritär wie früher. Widerspruch und Unbotmäßigkeiten wurden mit gleichbleibend harten Strafen sanktioniert. An die bei der Unabhängigkeit gemachten Versprechungen für größere politische Freiheiten und mehr Wohlstand fühlte man sich nicht mehr gebunden. Lediglich der Erziehungssektor, auf den sich von Anfang an die meisten Hoffnungen für einen sozialen Aufstieg konzentriert hatten, wurde mit internationaler Hilfe verstärkt ausgebaut - ohne allerdings im Endeffekt das erwünschte Ziel, einen höheren Lebensstandard und sozio-ökonomische Partizipation für alle, zu gewährleisten.

Die neue Staatsklasse sorgte vielmehr für sich selbst und nutzte die politische Machtposition zur Erfüllung und Absicherung ihrer ökonomischen Interessen - sei es über direkte Steuerabschöpfung oder über indirekte Bereicherung durch Entwicklungshilfevorhaben. Sie stützte sich dabei auf die privilegierten städtischen Mittelklassen, auf Beamte und Gewerkschaften sowie die gut bezahlten Ordnungskräfte und Militärs. Die breite Masse der ländlichen Bevölkerung wurde dagegen weiterhin vernachlässigt. Kurz: Die neuen Herren waren schwarz, nicht weiß. Ansonsten hatte sich kaum etwas geändert.

"Ujamaa" und "authenticité" als Legitimation

Um den Abbau der demokratischen Kontrollmechanismen und die Machtkonzentration an der Spitze zu rechtfertigen, fanden die neuen Eliten bald eine sehr eingängige und zunächst weithin akzeptierte Legitimation: das Einparteiensystem. Vorbilder dafür lieferten die Volksrepubliken des Ostblocks mit ihren Einheitsparteien als einziger Kontrollinstanz des bestehenden Verwaltungsapparates. Als inhaltliche Rechtfertigung wurden mehrere Gründe vorgebracht: Erstens die notwendige Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte, um sich auf die vorrangigen wirtschaftlichen und politischen Ziele des nation-building zu konzentrieren und den inneren Verschleiß und Kräfteverzehr, den der politische Pluralismus mit sich bringen würde, zu verhindern; zweitens die Eindämmung der mit einem Mehrparteiensystem verbundenen Gefahr der gesellschaftlichen Zersplitterung und des Tribalismus, der die gerade mühsam gewonnene nationale Einheit gefährden könnte; drittens schließlich wird das Einparteiensystem durch den

geschichtsphilosophischen Rückgriff auf die eigene afrikanische Vergangenheit gerechtfertigt. So sei der Willensbildungsprozeß der "traditionellen" afrikanischen Gesellschaften auf der Basis des Konsensprinzips erfolgt (Nyerere) und eine institutionalisierte Opposition oder andere Kontrollmechanismen, wie sie in den liberalen Demokratien europäischen Ursprungs bestehen, "unafrikanisch".
So ernsthaft und engagiert solche Argumente auch vorgebracht wurden - die moralische Integrität eines Mannes wie Julius Nyerere wird hier in keiner Weise angezweifelt -, so problematisch war die tatsächliche gesellschaftspolitische Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte in fast allen afrikanischen Staaten. Es zeigte sich, daß die schrittweise Entmachtung demokratischer Institutionen und die Konzentration aller Kräfte nicht der beschleunigten Entwicklung dienten, sondern vielmehr zu einer unkontrollierten Ämterhäufung und zu einer skandalösen Selbstbereicherung einer kleinen Clique führten, gleichgültig ob dies im Namen des "Afrikanischen Sozialismus" oder der "authenticité africaine" (afrikanische Authentizität) geschah.
Die einzige Instanz, die über Jahre hinweg in Afrika in der Lage war, den Machtmißbrauch zu beenden und einen Herrschaftswechsel herbeizuführen, war das Militär. Doch von wenigen Ausnahmen abgesehen (Nigeria, Ghana) führte auch deren Eingreifen nicht zu einem Weniger, sondern zu einem Mehr an Repression und Korruption.

"Patriarchalische Klienteldemokratie"

Dennoch: Zu behaupten, daß die Einparteiensysteme Afrikas totalitäre Verhältnisse geschaffen und keinen Raum für demokratische Mitsprache gelassen hätten, wäre falsch. Auch wenn es keine freien Wahlen im westlich-liberalen Sinne gab, so wurden doch regelmäßig Abstimmungen mit hoher Wahlbeteiligung durchgeführt. Das Privateigentum und der freie Markt wurden nirgendwo völlig abgeschafft. Dadurch blieb eine Mittelklasse aus Handel- und Gewerbetreibenden, aber auch aus Großbauern und Unternehmern bestehen, die nicht gleichgeschaltet, wohl aber mehrheitlich in das System hineinkooptiert wurde.
Angesichts des sehr personalistischen Herrschaftsverständnisses ist diese Gruppe über verwandtschaftliche Bande, Parteizugehörigkeit und ökonomische Interessen in ein weitverzweigtes Klientelnetz der regierenden Staatsklasse eingebunden. Besonderes Merkmal der ländlichen Mittelschichten ist jedoch, daß sie sich zu Sprechern der weitgehend passiven bäuerlichen Bevölkerungen gemacht haben, indem sie auf lokaler Ebene in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen engagiert sind. Somit konkurrieren sie - auch durch lokale Wahlgänge legitimiert - in formal-demokratischer Weise miteinander, ohne daß das Gesamtsystem klientelistischer Beziehungen in Frage gestellt wird. Es ergibt sich ein Beziehungsmuster einer "patriarchalischen Klienteldemokratie", in dem es durchaus demokratischen Wettbewerb gibt, das jedoch die Aufrechterhaltung des gesamten staatsbürokratischen Herrschaftssystems nicht gefährdet (G. Erdmann).

Der Elitenkonsens ist brüchig geworden

Die achtziger Jahre werden gemeinhin als verlorenes Jahrzehnt bezeichnet. In Afrika war es mit besonders großen Wohlstandseinbußen und erheblichen Wachstumsverlusten verbunden. Gleichgültig, ob dieser Rückschritt auf internationale Einflüsse (Preisverfall, Verschuldung etc.) oder auf interne Versäumnisse (Mißwirtschaft, Korruption, Kapitalflucht) zurückzuführen ist, im Ergebnis ist der Kuchen, den es zu verteilen gibt, kleiner geworden.
So war es nicht verwunderlich, daß die Lehrer auf die Straße gingen, als die Gehälter nicht mehr gezahlt werden konnten und die Studenten demonstrierten, als ihre Stipendien gekürzt wurden.
Die "afrikanische Krise", die nicht mehr ohne weiteres auf die ohnehin schon Unterprivilegierten abgewälzt werden konnte, sondern auch die Renten und Renditen der Staatsklasse schmälerte, hat den Wandel eingeleitet. Nachdem sich die Systeme in eine wirtschaftliche und finanzielle Sackgasse manövriert haben und zahlungsunfähig wurden, sind sie zum Teil wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Dabei sind auch klientelistische Beziehungen - zumindest vorübergehend - in die Brüche gegangen. Ein verschärfter Verteilungskampf um die knappen Ressourcen hat eingesetzt.
Die neuen Eliten, die durch den Demokratisierungsprozeß in verantwortliche Positionen gehievt worden sind, stellen eine sehr bunte Mischung von Personen und Interessen dar. Es handelt sich um Oppositionelle, die jahre- und jahrzehntelang zum Schweigen verurteilt waren, im Gefängnis saßen oder im ausländischen Exil auf ihre Rückkehr warteten. Es sind Intellektuelle, Journalisten, Rechtsanwälte und vor allem Kirchenvertreter, die es in der Vergangenheit wiederholt gewagt hatten, Kritik zu üben und sich in eine Außenseiterposition zu versetzen. Darüber hinaus sind es aber auch diejenigen, die den Zusammenbruch des alten Systems zuerst zu spüren bekamen, die Staatsbeamten und die Vertreter städtischer Mittelschichten, deren Löhne und Gehälter eingefroren sind und die nun schlechter gestellt sind als zuvor. Sie sind es, die von veränderten politischen Verhältnissen und von einer Hinwendung zur Marktwirtschaft eine Besserung ihres Status quo erwarten. Insofern besteht durchaus die Gefahr, daß diejenigen, die vom alten System privilegiert waren, in "Wendehalsmanier" einen vordergründigen Sinneswandel durchmachen und unter Hinzuziehung einiger neuer, unbescholtener Führungsfiguren versuchen werden, mit einem Lippenbekenntnis zur



Palaver in Kamerun

Demokratie ihre Herrschafts- und Wohlstandspositionen zu erhalten. Allerdings sollte solcher Opportunismus nicht zu skeptisch beurteilt werden, denn nach allen Erfahrungen sind für die Sicherung des demokratischen Wandels die neu errichteten Strukturen und Institutionen mindestens genauso wichtig wie die Einstellung und Meinungen von Personen. Auch "Strukturen" können "Demokraten" schaffen.

Die ambivalente Rolle internationaler Organisationen

Dies gilt auch für den Einfluß internationaler Organisationen, insbesondere den IWF und die Weltbank, die indirekt die Demokratisierungstendenzen in Afrika beschleunigt haben. Die westlichen Geldgeber haben starken wirtschaftlichen und politischen Druck ausgeübt. Denn bei der Revision ihrer Hilfsmaßnahmen kamen sie zu dem Ergebnis, daß die unbefriedigenden Ergebnisse in erster Linie auf die ungünstigen Rahmenbedingungen (autoritäre Herrschaftsformen und Planwirtschaften) zurückzuführen sind. Entsprechend haben sie ihre Kredit- und Projektzusagen an harte Auflagen, sog. "strukturelle Anpassungsprogramme" und "politische Konditionalitäten" geknüpft.

Die dahinterstehenden Überzeugungen sind klar: Die maroden Wirtschaften Afrikas sollen durch wirtschaftliche Anpassungsprogramme, d.h. durch Währungsabwertung, staatliche Austeritätsvorschriften, Aufhebung von Subventionen für die städtische Bevölkerung und die Sanierung der exportorientierten Unternehmen und Plantagen, international wieder wettbewerbsfähig gemacht und in den Weltmarkt eingegliedert werden. Zu diesem Zweck müssen sich auch die Regime ändern, die nicht auf freien Wettbewerb und Rechtsstaatlichkeit, sondern auf Nepotismus, Korruption und parasitärer Abschöpfung gegründet sind.

Die gleichen Eliten, die früher ungeachtet ihrer politischen Orientierung anerkannt und gefördert wurden, auch wenn es sich um menschenverachtende Diktaturen handelte, werden jetzt unter neuem Vorzeichen fallengelassen bzw. unter erheblichen Demokratisierungsdruck gesetzt. Der Kern der Überlegung lautet: "Ohne Demokratie keine Entwicklung." Daraus folgt: "Ohne Demokratie keine Entwicklungshilfe." Da die großenteils hochverschuldeten afrikanischen Staaten dringend auf internationale Finanzmittel angewiesen sind, um den drohenden Staatsbankrott zu vermeiden, haben sie mehrheitlich keine andere Wahl, als sich den harten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu beugen.

Angesichts der drohenden Ausweglosigkeit werden die Konzepte "freier Markt" und "Demokratie" wie rettende Strohhalme ergriffen, ohne daß sich die Verantwortlichen dabei immer im klaren sind, welch tiefgreifende Veränderungen sie eingeleitet haben. Denn die verordneten Radikalkuren fordern Opfer. Sie gehen in erster Linie auf Kosten der städtischen Mittel- und Unterschichten, deren Lebenssituation sich z.B. durch Aufhebung der Preisbindung für Grundnahrungsmittel und durch den Wegfall anderer Subventionen empfindlich verschlechtert hat. In einigen Fällen ist es zu wilden Hungerrevolten gekommen, die entscheidend zum Systemwandel beigetragen haben.

Die "Geburtshelferdienste", die mit der Konditionierung von Krediten verbunden sind, können sich jedoch zugleich als tödliches Gift für die jungen Demokratien erweisen. Denn die neuen, demokratisch gewählten Führungspersonen müssen nun mit den harten Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme und der damit verbundenen Belastungen fertigwerden. Zwar können die demokratischen Regierungen zunächst auf einen Legitimations- und Vertrauensvorschuß hoffen, doch müssen sie eine doppelte Bewährungsprobe bestehen: Sie sind mit einem erhöhten Anspruchs- und Erwartungshorizont der Bevölkerung konfrontiert, insbesondere auch der Gruppen, die ihnen zur Macht verholfen haben. Wird es ihnen gelingen, dem wachsenden Problemdruck mit demokratischen Mitteln standzuhalten?

Zum anderen sind die harten wirtschaftlichen Auflagen der internationalen Finanzinstitutionen, an denen ihre autoritären Vorgänger gescheitert sind, zu erfüllen. Politische Schonfristen laufen oft schneller ab als wirtschaftliche Gesundungsphasen. Nur wenn es den neuen Eliten in Zukunft gelingt, die Wirtschaftsmisere rasch in Griff zu bekommen, haben sie eine Chance zum Überleben.

Hier setzt die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft ein, die in den letzten Jahren immer wieder mehr Markt und mehr Demokratie gefordert hat. Es wird zweifellos sehr viel massiverer und intensiverer Anstrengungen von internationaler Seite bedürfen als bisher - insbesondere in bezug auf eine vernünftige Schuldenregelung- um für die Demokratie eine nachhaltige Basis zu schaffen. Geschieht dies nicht, so besteht die Gefahr, daß die neugewonnene Freiheit der Bevölkerung und die demokratisch gewählten Führungspersonen bald wieder den Gewehrläufen der Militärs weichen müssen und das Karussell afrikanischer Diktaturen sich weiter dreht.

Heribert Weiland

Anmerkungen

(1) Sie reden, bis sie einen Konsens finden. Das ist der wirkliche Kern traditioneller afrikanischer Demokratie.

Literatur

Ansprenger, Franz, Politik im schwarzen Afrika. Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung, Köln 1961

Erdmann, Gero, Demokratie in Afrika. Bedingungen und Perspektiven, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung. Arbeitsmaterial Nr.3/90

Hoering, Uwe, Welche Demokratie? Politische Strukturanpassung in Afrika, in: epd-Entwicklungspolitik, 5/6/1991, S.21-24

Hofmeier, Rolf, Politische Konditionierung von Entwicklungshilfe in Afrika: Neue Form der Einmischung oder legitime Unterstützung von Demokratiebestrebungen?, in: Afrika Spectrum, 25(1990)2, S.169f.

Kappeler, Dietrich, Mehr Demokratie für Afrika?, in: NZZ, 9./10. Sept. 1990

Kößler, Reinhard / Henning Melber, Demokratisierungsbewegungen in Afrika. Das Ende der Einparteien-Herrschaft?, in: Dritte Welt, 22(1991)6, S.5-8

Kühne, Winrich, Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Die Notwendigkeit eines "neuen Realismus", in: Afrika Spectrum, (1990)2, S.139-166

Nyerere, Julius, Freedom and Unity, Dar es Salaam 1966

Tetzlaff, Rainer, Demokratisierung von Herrschaft und gesellschaftlicher Wandel in Afrika: Perspektiven der 90er Jahre, Bonn 1991

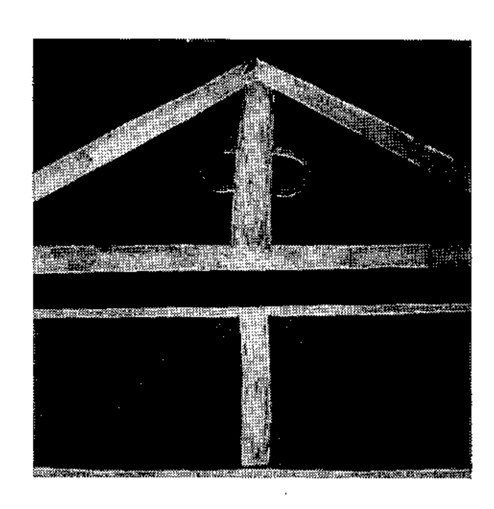
Weiland, Heribert, Democratic Spring in Africa? The end of the age of one-party states?, in: International Affairs Bulletin, 15(1991)2

World Bank, Sub-Saharan Africa: From crisis to sustainable growth, Washington D.C. 1989

In Afrika rebellieren Menschen sowohl gegen die "Befreiungsbewegungen an der Macht" als auch gegen kapitalistische oder diktatorische Regierungen. Damit ist der Linken die bequeme Argumentationslinie abhanden gekommen, daß es unter sozialistischen Vorzeichen doch erheblich gleicher und menschenfreundlicher zuginge. Henning Melber bemüht sich in seinem Artikel darum, fragmentarisch einige Gesichtspunkte aufzugreifen, die im Zuge der notwendigen Neubestimmung eines neuen Internationalismus diskutiert werden [1].

Solidarität mit wem oder was?

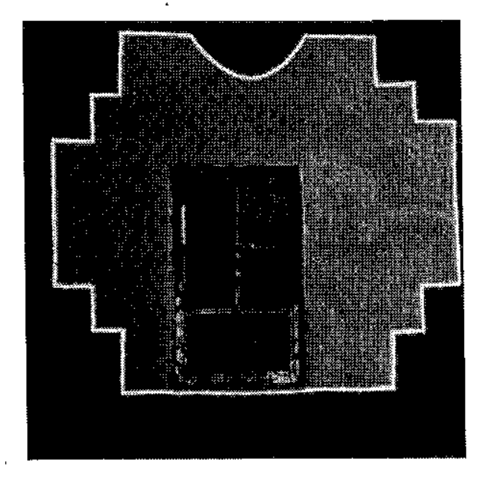
Winrich Kühne von der Stiftung Wissenschaft und Politik - beileibe keiner der sogenannten Experten, die zu leichtfertigen Übertreibungen neigen, sondern den seriösen Vertretern der Afrikanisten-Zunft zuzurechnen - wußte im Diskussionsverlauf des von der Anti-Apartheid-Bewegung und anderen Soli-Gruppen am 9./10. Juni 1990 in Köln veranstalteten "Südafrika-Ratschlags" eine aufschlußreiche Begebenheit von bemerkenswerter Aussagekraft zu schildern: Kurz zuvor hatte er im Gespräch einen Minister aus Mosambik erklären hören, daß die extreme Ausbeutung der Menschen in Afrika eine wirklich schlimme Sache sei.
Aber schlimmer noch für diese Menschen, so der Minister weiter, sei es, nicht mehr ausgebeutet zu werden... - Dies mag zynisch klingen (und auch sein), ist aber brutale Realität. Daran ändert auch die Kritik nichts, die ein Leserbrief in den "blättern des iz3w" (Nr. 173/Mai 1991) an der in meinem Artikel zur "Vergangenheitsbewältigung in Namibia" (Nr. 172/März 1991) wiedergegebenen Klage übt, daß es der SWAPO-Regierung seit der Unabhängigkeit noch nicht gelungen sei, die Mehrheit der über 40.000 aus dem Exil zurückgekehrten Flüchtlinge "in das System der Lohnabhängigkeit zu integrieren".
Unabhängig davon, ob es - wie der Leserbrief weiter behauptet - für die Arbeiterbewegung tatsächlich seit ihren Anfängen wichtiger gewesen ist, sich aus der "Lohnknechtschaft" zu befreien, als die formale politische Gleichberechtigung einer "Demokratie" zugestanden zu bekommen, ist es jedenfalls ein hauptsächliches Anliegen der zurückgekehrten Flüchtlinge in Namibia, eine - wie schlecht auch immer entlohnte - Arbeit im monetären Sektor zu erlangen. Der Leserbriefschreiber sollte diesen "returnees" mal klarmachen, daß dies nicht ihrem objektiven Klassenbewußtsein gemäß ist und sie sich gefälligst anderen gesellschaftspolitischen Zielen widmen sollten. Ich habe so meine Zweifel, ob dies tatsächlich weniger zynisch wäre als das Statement des Ministers aus Mosambik...



Dieses Eingangsbeispiel soll ein Dilemma verdeutlichen, mit dem wir in der Solidaritätsbewegung derzeit so schmerzhaft konfrontiert werden: Die gesellschaftlichen Emanzipationsziele und auch Utopien, die wir mit dem Internationalismus verbunden haben, sind uns aufgrund der Realitäten in den Ländern und Regionen unserer Wahl so ziemlich abhanden gekommen - und damit auch unser Identifikationsobjekt und die Projektionsfläche.
Angesichts der derzeitigen Konstellationen geht es bei den sozialen Bewegungen und Trägern staatlicher Macht, mit denen wir uns bislang mehr oder weniger stark solidarisierten, zumeist nur noch ums nackte Überleben und die blanke Selbstbehauptung mittels Anpassung an unverhüllter als je zuvor bestehende Zwänge. Der afrikanische Kontinent droht - von wenigen Regionen abgesehen - zum "Abschreibungsprojekt" zu werden. Nicht mehr die eigenständig angestrebte Abkoppelung vom Weltmarkt stellt sich als gewollte Herausforderung dar, sondern umgekehrt: die vom Weltmarkt und dessen gestaltenden Kräften zunehmend betriebene Abkoppelung weiter Teile des Kontinents steht auf der Tagesordnung.
Naive Klischees und die Ästhetisierung von Exotik bei einem so verdienten Alt-Internationalisten wie dem Genfer Soziologie-Professor und politisch streitbaren schweizerischen Parlamentarier Jean Ziegler führen uns angesichts dieser Realitäten nur noch in peinlicher Weise vor Augen, wie europäische Intellektuelle auf der Suche nach Sinngebung im vermeintlich und/oder real Fremden die Flucht aus der Wirklichkeit antreten und damit zugleich die politische Kapitulation vollziehen.
So beschreibt Ziegler jene Frauen, die er anläßlich eines Besuchs auf den Kapverden den täglichen Ertrag des entbehrungsreichen Fischfangs ihrer Männer nach Hause tragen sieht, als "eine lange, endlos sich schlängelnde Reihe brauner Körper, schlanker Hälse, schöner aber ausgezehrter Gesichter, umrahmt von schwarzem Haar" (2). Welch paradiesische Idylle. Sie zeichnete sich auch in Zieglers Glorifizierung und Mythologisierung des Widerstandskämpfers der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt ab, den er zum "Menschen neuen Seins, der das Kommen der befreiten Menschheit ankündigt", hochstilisiert (3). Nicht erst seit der öffentlichen Auseinandersetzung um die Menschenrechtsverletzungen in den Reihen nationaler Befreiungsbewegungen - wie z.B. der SWAPO, des ANC und der Frente Polisario - hätten wir es (und mit uns Jean Ziegler) eigentlich besser wissen müssen.
Die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem "Tiersmondismus" unter französischen Intellektuellen zu Beginn der 80er Jahre (4) konnte hierzulande aufgrund der mitunter überspitzten Polemik und Selbstkasteiung hinsichtlich des Sündenfalls vergangener Tage zwar allzu häufig und leichtfertig schon im Vorfeld als überzogen klassifiziert und pauschal ad acta gelegt werden. Trotzdem sollte "Das Schluchzen des weißen Mannes", das hier stellvertretend als wohl populärstes (wenn auch nicht unbedingt bestes) Werk dieser Gattung genannt werden soll, in den berechtigten Kritikpunkten nicht einfach ignoriert werden.
Es warnt vor einer allzu blindwütigen und eilfertigen Selbstverleugnung und der unkritischen Akzeptanz des "Anderen": "Das Feiern der Differenz als höchster Norm kann in keinem Fall einen Wertmaßstab liefern; hier wird dem Gedanken

Von der Gratwanderung der Linken zwischen Kulturrelativismus und Universalismus

einer menschlichen Gemeinschaft selbst ein Grab geschaufelt." (5) Andersherum argumentiert in gleicher Absicht ein anderer französischer Intellektueller, der zum Problem des Universalismus von in Europa entwickelten Normen und deren Frage der Übertragbarkeit bzw. Verallgemeinerung anmerkt:" ...wenn man den abendländischen Völkern die Segnungen der individuellen Unabhängigkeit vorbehält und dessen, was Tocqueville 'die Gleichheit der Bedingungen' nennt, befindet man sich auf dem falschen Weg..." (6)



Menschenrechte als Universalismus...

Wird dem Wesensgehalt der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948 in der Geschichte der Menschheit nachgespürt, kann anhand zahlreicher, verschiedenartigster literarischer Überlieferungen dokumentiert werden, daß bei aller Diversität von Kulturen und Ideologien doch ein gemeinsames Grundverständnis solcher Menschenrechte erkennbar bleibt (7).

Auch Jacques-Mariel-Nzouankeu, der an der Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Cheikh Anta Diop Universität in Dakar lehrt sowie Gründer und Leiter eines dortigen Studien- und Forschungszentrums zu pluralistischen Demokratien ist, wendet sich aus der Perspektive seines Kontinents vehement gegen jegliche Unterteilung prinzipieller Menschenrechte. So weist er eine vorgeblich afrikanische Konzeption als Form von implizitem Rassismus zur Legitimierung antidemokratischer Praktiken zurück. Menschenrechte enden nicht an Grenzen, sie sind unteilbar. Freiheit könne nicht für den Westen geeignet und in Afrika nicht anwendbar sein. Schließlich könne auch das Argument nicht gelten, daß bestimmte demokratische Werte fremder (i. S. von ausländischer) Herkunft seien.

Dieser Einwand verkörpere eine beträchtliche Portion Zynismus, solange damit nicht die Kritik an den importierten Sprachen, Hauptreligionen, Nahrungsmitteln oder den Konsum-, Gebrauchs- und Investitionsgütern einherginge. Einer solchen selektiven Wahrnehmung hält er entgegen: "Es gibt nicht so etwas wie weiße, schwarze, gelbe, östliche oder westliche Menschenrechte; es gibt universelle Rechte, die für menschliche Wesen und deren einzigartige wie universelle Charakteristiken gelten. ...Es ist im Namen der Universalität, daß es unseren Teil der Erde etwas angeht, wenn diese Rechte irgendwo anders verletzt werden. Ihre Anerkennung und Wahrung ist für Afrika eine dringliche Angelegenheit." (8)

Ähnlich hatte dies auch schon Ernest Mandel in seinen Überlegungen über "Freiheitsrechte und Sozialismus" angemahnt. Für ihn heißt die Antinomie nicht "Kollektivismus" versus "Individualismus". Vielmehr steht das "Recht auf Subjektivität als Privileg einer Minderheit" zur Disposition gegenüber dem Kampf des "Rechts auf Subjektivität aller". Der universelle Charakter der Menschenrechte darf ihm zufolge weder relativiert noch beschnitten werden: "Freiheitsrechte sind keine Kennzeichen spezifischer Kulturen. Sie sind Vorbedingung individueller Integrität aller Erdbewohner" (9).

In einer Rede anläßlich des bundesweiten Bildungskongresses "Der Nord-Süd-Konflikt - Bildungsauftrag für die Zukunft" am 29. September 1990 in der Universität Köln vertrat der Kameruner Erziehungswissenschaftler David Simo die Auffassung, daß die "Einheit des Menschen, des Menschengeschlechts....nicht nur biologisch, sondern auch psychisch" sei. "Wenn das so ist", schlußfolgerte er, "so muß auch ein Contract Social nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf planetarer Ebene möglich sein" (10). Eine der Arbeitsgruppen dieses Kongresses definierte denn auch die Einheit unserer Welt als Bezugsgröße und verknüpfte damit die Forderung, die bisherige Praxis von lokalem Denken bei gleichzeitigem globalen Handeln umzukehren in eine solche des globalen Denkens bei gleichzeitigem lokalen Handeln, um nicht mehr nationalkulturell, sondern menschheitsgeschichtlich orientiert vorzugehen (11).

... und Menschenrechte als Partikularismus

Die universell-menschengeschichtliche Auffassung allerdings darf individuellen bzw. gruppenspezifischen, kollektiven (Regional-) Identitäten den Respekt dennoch nicht a priori versagen. Gefordert ist vielmehr die Gratwanderung, die auch der relativistischen Sichtweise einen gebührenden Platz einräumt. - Das Problem liegt in der jeweiligen Entscheidung darüber, wo das "Recht auf Differenz" mit allgemeingültigen Werten von Menschenwürde und Gerechtigkeit kollidiert. Mit Karl Marxens Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie wäre hier an den kategorischen Imperativ zu erinnern, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (12).

Dabei bewegen sich kulturrelativistische und -universalistische Positionen nur in einem vermeintlichen Gegensatz zueinander, dessen Festschreibung eine unnötige Einengung bedeutet und die konstruktiven Seiten beider Konzepte im Versuch der Synthese nicht erschließt. Für eine solcherart orientierte ideologiebewußte Kulturdiskussion ist aber schon länger durch die Forderung nach dem "strategischen Pakt mit dem vermeintlichen Gegner" plädiert worden: "Kulturverstehende Theorie bedarf eines zumindest in der Tendenz universalistischen Maßstabs, der das Faktische seiner natürlichen Legitimität beraubt. Und: Utopische Theorie des Wegs zur Befreiung des Menschen bedarf eines interpretativen, in der Tendenz relativistischen Verfahrens zur Deutung kultureller Besonderheiten, das die Überhöhung einer Kultur zur 'besten aller Welten' zu erschüttern vermag."

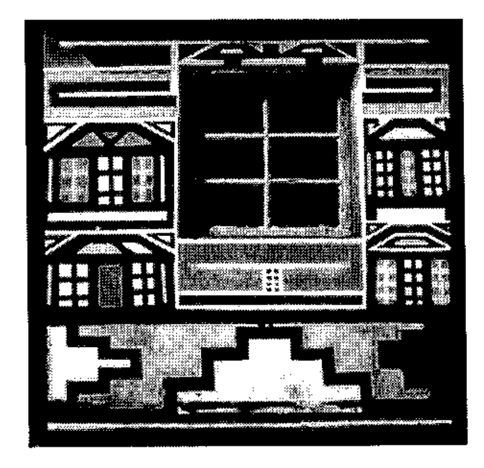
Die Sichtweise beider Ansätze ohne gegenseitigen Ausschließlichkeitsanspruch nutzbar zu machen, könnte so eine Möglichkeit bieten: "In gegenseitiger Fixierung können universalistische und relativistische Perspektiven wenig dazu beitragen, die Gefahr einer Erosion kultureller

Vielfalt in der 'Weltgesellschaft' zu erkennen und Änderungswissen zu produzieren. Als zwei Seiten humanistisch orientierter Kulturwissenschaft können sie Konzepte einer Entfaltung menschlicher Möglichkeiten formulieren, in denen sowohl der Widerstand gegen Veränderer als auch die Veränderung gegen Bewahrer ihren Platz haben." (13)
Allzu lange vernachlässigt bzw. auch z.T. bewußt ignoriert wurde innerhalb der Solidaritätsbewegung in diesem Kontext die politisch gewendete Frage nach der Bedeutung regional-kultureller und ethnischer Identitäten. Sie ignorierte das Spannungsfeld zwischen "modernem", zentralisiertem Staatsapparat einerseits und den kollektiven Partikularinteressen der Mehrheit einer Region andererseits - wie z.B. in Biafra, im Matabeleland, im Norden Somalias, dem Süden Sudans oder in Eritrea zu verfolgen - oder löste es durch vehemente Parteinahme für die eine oder die andere Seite nur recht vordergründig.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklungen der Gesellschaft am Kap, wo der ANC zwangsläufig mit seiner Einheitspolitik die Forderungen nach Gruppenrechten als Bemäntelung von Apartheid-Strukturen zurückweisen muß, drängt diese Frage in neuer Dringlichkeit auf die politische Tagesordnung auch der Solidaritätsbewegung hierzulande. Dabei geht es keinesfalls nur in verengter Sichtweise darum, ob "Inkatha" als eigenständige politische Organisation auf ethnisch-partikularer Grundlage ein Existenzrecht besitzt (das wäre nun wirklich zu einfach). Aber es geht in der Tat darum, ob es so etwas wie eine gruppenspezifische (Zulu-) Identität gibt (auch wenn sie nicht für alle "Zulus" gelten muß). Und ob auf Grundlage dieser Einsicht Ethnizität als eine soziale Kraft anerkannt wird, deren Dynamik in der jeweiligen Situation Rechnung getragen wird, ohne die gesellschaftlichen Prozesse darauf zu reduzieren.(14)

Herausforderung Inter-Nationalismus

Etienne Balibar hat darauf aufmerksam gemacht, daß im Prozeß der Ersetzung der alten Welt von Kolonialnationen und deren Manövrierfeldern die Form der restlichen Menschheit durch eine in formal gleichwertige Nationalstaaten organisierte neue Welt "die ständig sich verschiebende, nicht auf die Staatsgrenzen reduzierbare Trennungslinie zwischen zwei inkommensurabel erscheinenden Menschheiten" bestehen bleibt: "die des Elends und die des Konsums, die der Unterentwicklung und die der Überentwicklung". (15)
In diesem Prozeß zeichnen sich in der Ära nach der Blockkonfrontation signifikante Verschiebungen ab, die als Herausforderungen an eine Neubestimmung internationaler Solidarität zu verstehen sind. Erkennbar wird ein Paradigmenwechsel, der auf die Maxime gegenseitiger Einmischung abzielt und als "neuer Internationalismus" von Leopoldo Marmora und Dirk Messner unter explizitem Verweis auf die Menschenrechtsproblematik, die Ökologie- und die Schuldenkrise als notwendige Revision der nach ihrem Dafürhalten anachronistischen Konzepte nationaler Souveränität konzipiert wird. Sie fordern von der Erkenntnis geleitetes politisches Handeln, "daß es keine absoluten und ungeteilten Souveränitäten und auch keinen 'Hauptwiderspruch' mehr geben kann, sondern viele fragmentierte Konfrontationslinien" (16).
Auch Wolfgang Hein gelangt zu der Schlußfolgerung, daß sich die Idee einer nationalen Souveränität immer mehr auf ein formales Prinzip reduziert. Globale



Vergesellschaftungsprozesse, die ihm als Ausgangspunkt für einige Überlegungen hinsichtlich der Formen internationaler Konfliktregelung dienen, haben ihm zufolge bereits in ökonomischer wie technologischer, aber auch in kultureller und ideologischer Hinsicht nationale Souveränität zur Fiktion werden lassen.
Daraus leitet er einen Bedeutungszuwachs von Wertvorstellungen im transnationalen Zusammenhang ab, "die in einem System souveräner Nationalstaaten letztlich nicht gegen den Willen nationaler Regierungen durchsetzbar sind, allen voran das Konzept der Menschenrechte und in zunehmendem Maße - von der Idee der Menschenrechte nicht zu trennen, aber doch mit anderen Bezugspunkten formuliert - die Forderung nach der Erhaltung der Umwelt auch für künftige Generationen". Die Entwicklung eines weltweiten politischen Prozesses, "an dem nicht nur offizielle Vertreter nationaler Regierungen teilnehmen", ist für ihn hinsichtlich der Perspektiven entscheidend: "Allianzen über nationale Grenzen hinweg zur Erreichung bestimmter Ziele (Durchsetzung von Menschenrechten, Umverteilung, Friedenssicherung, Umwelterhaltung usw.) müssen sich verstärken; der politische Horizont muß über den nationalstaatlichen Rahmen als primären Bezugspunkt hinauswachsen." Daraus ergibt sich für ihn die Notwendigkeit einer Herausbildung von Formen internationaler Konfliktregelung "von unten" sowie damit einhergehend die Überwindung des Nationalstaats (17).
Für Michael Löwy gab es noch Ende der 80er Jahre keine Veranlassung, a priori die Möglichkeit der Errichtung einer supra-nationalen Organisation im Sinne einer sozialistischen Welt-Republik zu leugnen. Diese würde gemäß seiner Vision die Nation auf deren essentielle kulturelle Dimension zurückführen, wirtschaftlich und politisch hingegen die menschliche Gattung vereinigen. Die innerhalb eines solchen Rahmens entstehende universelle Kultur würde mit der reichen Vielfalt nationaler Kulturen friedlich koexistieren (18).
Von der Verwirklichung eines Wunschtraumes solchen Zuschnitts sind wir derzeit in der Stimmungslage nach dem zweiten Golfkrieg gewiß weit entfernt. Allenthalben mehren sich die Appelle nationalistisch-eurozentrisch entrückter Intellektueller, die von "Weltpolizei" oder "Treuhandschaft" mit "humanitären Eingreiftruppen" und ähnlichen westlich bestimmten globalen Ordnungsinstanzen faseln und dabei versteckte Großmachtgelüste und Herrenmenschenambitionen ausleben (19). Sie erinnern uns nachhaltig daran, daß es zum Grundverständnis internationaler Solidarität gehören muß, sich im eigenen Land zu engagieren. Es gilt also zuallererst, diesen Tendenzen eines pervertierten Universalismus imperialistischen Zuschnitts entschieden entgegenzutreten.

Henning Melber

Anmerkungen

1) Um Wiederholungen zu vermeiden, verzichtet Henning Melber - auch unter Inkaufnahme einiger argumentativer Unzulänglichkeiten - auf Rückgriffe in schon andernorts erschlossene "Zettelkästen" und die Nacherzählung damit verknüpfter eigener einschlägiger Überlegungen. Vgl. deshalb ergänzend insbesondere : Henning Melber, Zum subjektiven Faktor eines menschlichen Internationalismus: " Der Krieg formt seine Leute". In: Dritte Welt, 21. Jg., Nr. 19, September 1990, S. 22-25; Reinhart Kößler/Henning Melber, Universelle Werte und internationale Zivilgesellschaft. Brüchigkeit und Begründbarkeit internationaler Solidarität. In: Peripherie, 10.-Jg., Nr. 39/40, Dezember 1990, S. 82-99; Henning Melber, Krieg, Zivilität und Internationalismus. Eine Standortbestimmung. In. Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg., August 1991, S. 947-958.

2) Jean Ziegler, Der Sieg der Besiegten. Unterdrückung und kultureller Widerstand. Wuppertal: Hammer 1989, S. 41. Vgl. hierzu die pointierte Kritik in dem weiterführenden Essay von Rolf Eickelpasch. Die Rückkehr des edlen Wilden. Jean Zieglers Verabschiedung des Aufklärungsprojekts. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg., April 1990, S. 495-503. Wesentliche darin verwendete Gedanken finden sich auch schon bei Robert Spaemann, Universalismus oder Eurozentrismus. In: Merkur, 42 (1988), S. 706-712.

3) Jean Ziegler, Gegen die Ordnung der Welt. Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika, Wuppertal: Hammer 1985, S. 15

4) Vgl.: hierzu den Artikel von Claus Leggewie in der Frankfurter Rundschau vom 3. November 1984, dokumentiert in epd-entwicklungspolitik Nr. 22/1984.

5) Pascal Bruckner, Das Schluchzen des weißen Mannes. Europa und die Dritte Welt - eine Polemik. Berlin: Rotbuch 1984, S. 133.

6) Alain Finkielkraut, Die Niederlage des Denkens. Reinbek: Rowohlt 1989, S. 114. - Die eigentlich notwendige Kritik sowohl an Bruckners wie auch Finkielkrauts zutiefst eurozentrischer Gesamttendenz kann im Rahmen dieses Diskussionsbeitrages nicht geleistet werden. Sie dienen hier lediglich als "Steinbrüche" für die Verwendung illustrativer Zitate.

7) Vgl. hierzu die im Rahmen ihrer zweijährigen Tätigkeit als Direktorin der UNESCO-Philosophie-Abteilung von 1966 bis 1968 erstellte und jetzt auch in dt. Übersetzung vorliegende umfangreiche Textsammlung von Jeanne Hersch, Das Recht, ein Mensch zu sein. Leseproben aus aller Welt zum Thema Freiheit und Menschenrechte. Basel: Helbing & Lichtenhahn 1990.

8) Jacques-Mariel Nzouankeu, The African attitude to democracy. In: International Social Science Journal, no. 128, May 1991, S. 373-385 (hier: S. 377 und 383; Übers. H.M.). Siehe ausführlicher zur Demokratiebewegung in Ländern Afrikas die beiden Aufsätze von Reinhart Kößler/Henning Melber, Afrika vor der demokratischen Frage. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg., September 1990, S. 1052-1059; Demokratisierungsbewegungen in Afrika - Das Ende der Ein-Parteien-Herrschaft? In: Dritte Welt, 22. Jg., Nr. 6, Juni 1991, S. 5-8.

9) Ernest Mandel, Freiheitsrechte und Sozialismus. In: Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hg.). Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Marburg: SP-Verlag 1989, S. 235-241 (hier: S. 238 und 240).

10) David Simo, Die Nord-Süd-Problematik aus der Sicht des Südens. In: Der Nord-Süd-Konflikt: Dokumentation. Hg. vom World University Service. Wiesbaden. World University Service/Deutsches Komitee 1991, S. 52-63 (hier: S. 62).

11) Bericht AG IV. In: Ebenda, S. 195.

12) Alexander Hollerbach, Globale Perspektiven der Rechts- und Staatsentwicklung. In: Freiburger Universitätsblätter, 30. Jg., Heft 111, März 1991, S. 45

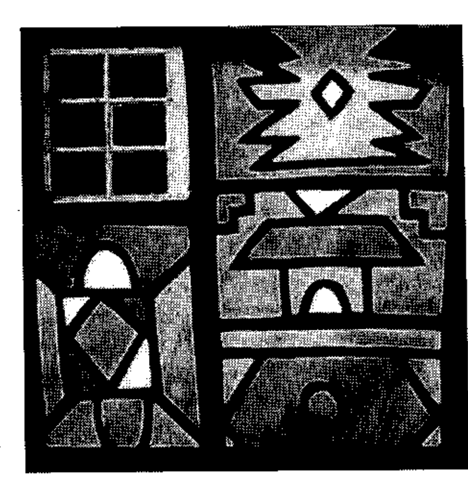
13) Traugott Schöfthaler, Kultur in der Zwickmühle. Zur Aktualität des Streits zwischen kulturrelativistischer und universalistischer Sozial-Wissenschaft. In: Das Argument, 25. Jg., Nr. 139, Mai/Juni 1983, S. 313-347 (hier: S. 343 und 345). Vgl. zum Spannungsfeld beider Ansätze insbesondere innerhalb der US-amerikanischen "human anthropology" auch Alison Dundes Renteln, International Human Rights. Universalism Versus Relativism. Newbury Park / London/New Dehli: Sage 1990 (Frontiers of Anthropology, vol. 6)

14) Vgl. hierzu Frederick Johnstone, Quebec, Apartheid Lithuania and Tibet: The Politics of group Rights. In: Telos, Nr. 85/1990, S. 56-62

15) Etienne Balibar, Rassismus und Nationalismus. In: Ders./Immanuel Wallerstein, Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg und Berlin: Argument 1990, S. 49-84 (hier: S. 63; Herv. i.O.)

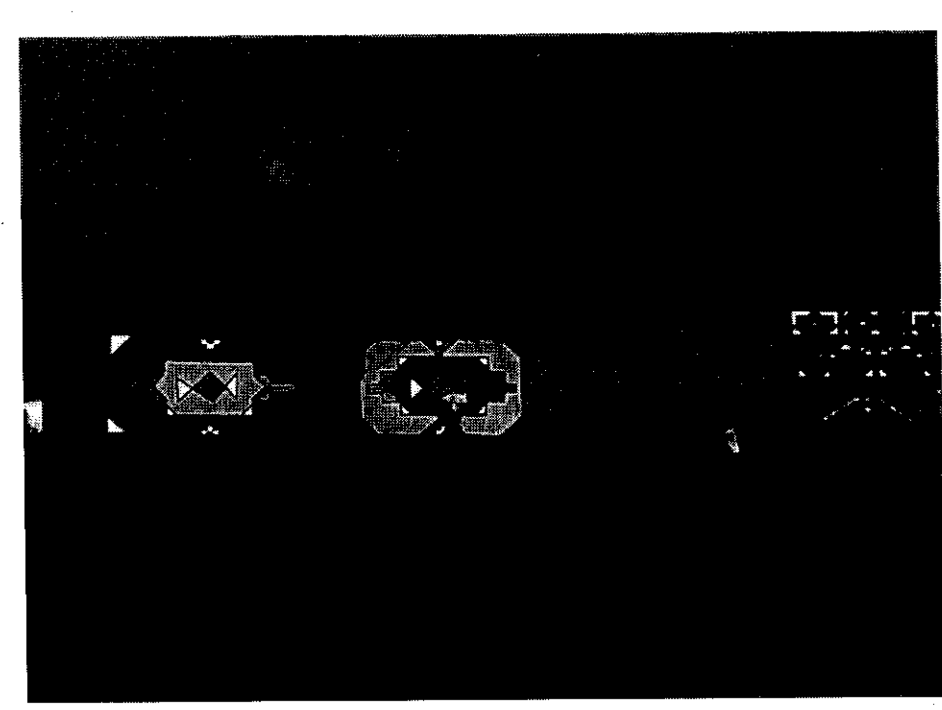
16) Leopoldo Marmora/Dirk Messner, Drei, zwei, eine Welt ... Plädoyer für einen neuen Internationalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg., Januar 1990, S. 88-100 (hier: S. 98 f.). Für die Autoren spielt die "Frauenfrage" keine einer besonderen Erwähnung für wert befundene Rolle. Vgl. deshalb hierzu: Carola Donner-Reichle/Ludgera Klemp (Hg.), Frauenwort für Menschenrechte. Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion. Saarbrücken: Breitenbach 1990.

17) Wolfgang Hein, Globale Vergesellschaftung, Nationalstaat und Formen internationaler Konfliktregelung. In: Peripherie, 11. Jg., Nr. 42, August 1991, S. 74-93 (hier: S. 85 f. und 87).



18) Michael Löwy, Fatherland or Mother Earth? Nationalism and Internationalism from a Socialist Perspective. In: Ralph Miliband/Lao Panitch/John Saville (Hg.), Socialist Register 1989. London: Marlain Press 1989, S. 212-227 (hier: S. 221).

19) Vgl. exemplarisch hierzu Udo Knapp, Politischer Druck und militärischer Nachdruck. Über die neue Weltfriedensverantwortung Deutschlands angesichts der Krise im Nahen Osten. In: die tageszeitung, 11. August 1990 (auch im taz-Golf-Journal, S. 55) sowie Ulrich Menzel, Die Hilfe hilft nicht, Treuhandschaft wäre ein Weg. In: Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1991.





»Ohne die afrikanische Literatur fehlte ein wichtiges Instrument, eine wichtige Stimme im internationalen Konzert.«
Doris Lessing, Süd-Afrika

25 Jahre Peter Hammer Verlag
Ein Jubiläumsprogramm

»Mögen die hier abgedruckten Briefe einen kleinen Beitrag dazu leisten, Krieg in den Köpfen unmöglich werden zu lassen.«
Willy Brandt, Deutschland



Aniceti Kitereza
Die Kinder der Regenmacher
Roman
322 Seiten, geb. DM 38,–
ISBN 3-87294-459-2

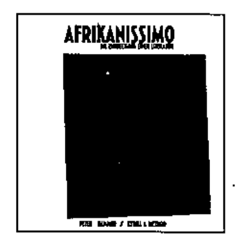
Ngugi wa Thiong'o
Matigari
Roman
192 Seiten, geb. DM 28,–
ISBN 3-87294-449-5

Giselher W. Hoffmann
Die Erstgeborenen
Roman
440 Seiten, geb. DM 46,–
ISBN 3-87294-450-9

Francis Bebey
Alle Menschen sind schwarz
Geschichten
180 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-87294-460-6

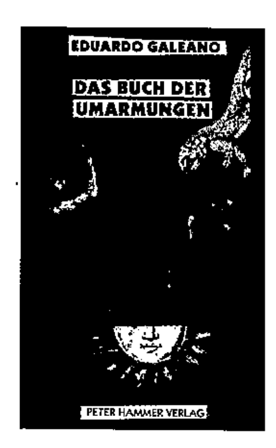
Ilija Trojanow/Peter Ripken (Hg)
Afrikanissimo
Ein heiter-sinnliches Lesebuch
ca. 280 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-87294-468-1

Ngugi wa Thiong'o
Verbrannte Blüten
Roman, 3. Auflage
420 Seiten, DM 26,80
ISBN 3-87294-167-4



Afrikanissimo
Eine Aktion der Verlage Peter Hammer und Kyrill & Method
Das Magazin ist **kostenlos.**
Postkarte genügt:

Peter Hammer Verlag
Postfach 20 04 15
5600 Wuppertal 2



Eduardo Galeano
Das Buch der Umarmungen
mit zahlreichen Grafiken
266 Seiten, geb. ca. DM 32,–
ISBN 3-87294-461-4

Rosa Montero
Zittern (Temblor)
Roman
ca. 280 Seiten, geb. ca. DM 36,–
ISBN 3-87294-462-2

Hübener/Karnofsky/Lozano (Hg)
Weissbuch Lateinamerika
- Eigenes und Fremdes -
200 Seiten, mit Fotos, DM 19,80
ISBN 3-87294-451-7

Alonso Salazar
Totgeboren in Medellin
Einf. von Werner Hörtner
168 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-87294-453-X

Regula Ronschler (Hg)
Ware Liebe
3. erw. Auflage
248 Seiten, DM 18,80
ISBN 3-87294-345-6

Ernesto Cardenal
Das Buch von der Liebe
Fotos von Conrad Contzen
72 Seiten, Großformat
mit Farbfotos, DM 28,80
ISBN 3-87294-458-4

Khalil Gibran
Lieder, die der Wind schrieb
Hg. Wolfgang Poeplau
Edition Eine neue Erde 9
60 Seiten, geb. DM 14,80
ISBN 3-87294-440-1

Gott geh in meinen Mokassins
Indianische Gebete
Hg. von Wolfgang Poeplau
Edition Eine neue Erde 10
60 Seiten, geb. DM 14,80
ISBN 3-87294-464-9



Petra Andreas-Siller
Kinder und Alltagsdrogen
Suchtprävention in Kindergarten und Grundschule
ca. 136 Seiten, ca. DM 19,80
ISBN 3-87294-465-7

Projektgruppe Mädchen- und Frauenarbeit (Hg)
Die unentdeckte Kraft
Gestaltungsansprüche von Mädchen und Frauen
ca. 168 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-87294-466-5

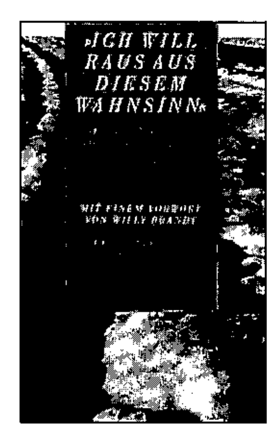
Marie Veit
Theologie muß von unten kommen
Ratschlag für Linke
Vorwort Dorothee Sölle
148 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-87294-454-1

U. August-Rothardt/D. Kinkelbur/ Hermann Schulz
Für eine Kultur der Gerechtigkeit
Positionen des christlich-sozialistischen Dialogs
Johannes Rau zum 60.
240 Seiten, DM 24,–
ISBN 3-87294-457-6

Horst Goldstein (Hg)
Der gekreuzigte Kontinent
500 Jahre Evangelisierung Lateinamerikas
ca. 136 Seiten, ca. DM 18,80
ISBN 3-87294-463-0

Kalender

Die Zärtlichkeit der Völker
13 Farbfotos
Mit Informationsteil
Format 45 x 48 cm
Versandkarton, DM 29,80
ISBN 3-87294-446-0



Hg. Ute Daniel u. a.
Ich will raus aus diesem Wahnsinn
Deutsche Briefe von der Ostfront 1941 - 1945
Mit einem Vorwort von Willy Brandt
320 Seiten, geb. DM 36,–
ISBN 3-87294-447-9

Dieter Bach (Hg)
Kriege enden nicht im Frieden
Ein Arbeitsbuch zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 und die Folgen
188 Seiten, Großformat, DM 19,80
ISBN 3-87294-444-4

Martin Schröter
Held oder Mörder
Bilanz eines Soldaten Adolf Hitlers
Vorwort Anatolij Frenkin (SU)
180 Seiten, DM 18,80
ISBN 3-87294-448-7

Heike Liebsch
Dresdner Stundenbuch
188 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-87294-453-3

Neue Kinderbücher

B. Veit/H.-O. Wiebus/F. Siegert
Arrang lebt im Regenwald
Mit Farbfotos
32 Seiten, geb. DM 24,80
ISBN 3-87294-456-8

Diana Pitcher
Erstermann und Erstefrau
Afrikanische Schöpfungsgeschichten
100 Seiten, geb. DM 16,80
ISBN 3-87294-452-5

Wolf Erlbruch
Leonard
32 Seiten, geb. DM 24,80
ISBN 3-87294-467-3

Literatur aus Zimbabwe

Drei Texte, die für sich sprechen

Mit den politischen Ereignissen rückt auch die zeitgenössische afrikanische Kunst ins Interesse der Weltöffentlichkeit. Im deutschsprachigen Raum wird der afrikanischen Literatur immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Norbert Stamm stellt in diesem Beitrag drei neuere Bücher zimbabwischer AutorInnen vor, die in den letzten Jahren auf deutsch erschienen sind.

Leise, unauffällig und sehr sprunghaft festigte sich mein Denken, ich begann Dinge in Frage zu stellen und widersetzte mich der Gehirnwäsche, bis ich so weit war, diese Geschichte niederzuschreiben. Es war ein langer und schmerzhafter Prozeß für mich... . ...die Geschichte, die ich hier erzählt habe, ist meine eigene Geschichte, die Geschichte von vier Frauen, die ich geliebt habe, und die Geschichte unserer Männer; es ist die Geschichte davon, wie alles begann."

So endet Tsitsi Dangarembgas 1988 erschienener Roman "Nervous Conditions", den es ab jetzt als "Preis der Freiheit" auch auf deutsch gibt, in der rororo-Reihe "neue frau". Er spielt in Zimbabwe, als es noch Rhodesien hieß, Anfang der 60er Jahre, weit vor der Unabhängigkeit von 1980. Die heranwachsende Tambudzai erzählt darin ihre Geschichte, ihre eigene und die der mit ihr lebenden Menschen. Sie, ihre Eltern und Geschwister sind vom Land. Die Familie ihrer Cousine Nyasha hat es, nach Ausbildungsjahren in England, bis zu einem Leben auf der Missionsschule gebracht. Onkel Babamukuru ist der ältere Bruder von Tambudzais Vater. Als Verwaltungsleiter der Schule unterstützt er die arme Familie seines Bruders. Eines der Kinder kann bei ihm wohnen und die weiterführende Schule besuchen. Nach dem Tod ihres Bruders bekommt Tambudzai endlich diese ersehnte Chance:

"Wie kann ich die Empfindungen beschreiben, die mich überfluteten, als Babamukuru das Auto anließ und ich neben ihm auf dem Vordersitz saß, an jenem Tag, als ich von zuhause fortging? ... An meinem Horizont erschien nur ich, mein Fortgehen, mein Abschied. Es gab keinen Raum für das, was ich zurückließ. Mein Vater, so freundlich, so oberflächlich umgänglich wie immer, war bedeutungslos. Meine Mutter, meine besorgte Mutter war nicht mehr als ein weiteres Stück Szenerie, das beibehalten, selbstverständlich beibehalten werden mußte, aber dennoch überflüssig war, ein Hindernis auf dem Weg hinaus... Als ich in Babamukurus Auto stieg, war ich ein Bauernmädchen. Man sah das auf den ersten Blick an meinem engen, verblichenen Kleid, das unschicklich meine reifenden Brüste betonte, und an meinen breitzehigen Füßen, an denen sich durch den täglichen Kontakt mit dem Boden bei jedem Wetter Schwielen gebildet hatten... Das war die Person, die ich zurückließ. Bei Babamukuru erwartete ich, ein anderes Schicksal vorzufinden, ein sauberes, gut gepflegtes, vornehmes Selbst, das zu Hause nicht hätte heranwachsen, nicht hätte überleben können. Bei Babamukuru würde ich Muße haben, ermutigt werden, mich mit Fragen zu beschäftigen, die das geistige Überleben, die Bewußtseinsbildung betrafen, nicht nur das reine Überleben des Körpers."

Nyasha und Tambudzai verstehen sich gut, auch wenn Tambudzai Schwierigkeiten hat, Nyashas rebellisches Verhalten gegenüber ihrem strengen Vater zu verstehen. Tambu lernt eifrig für die Schule. Nach der mittleren Reife erhält sie die Chance, in eine Eliteklosterschule katholischer Ordensschwestern aufgenommen zu werden, als eine von jährlich zwei Alibi-Afrikanerinnen. Nyasha, die etwas ältere, warnt sie davor. Sie selbst hatte sich geweigert, aus Angst vor völliger Entfremdung. Nyasha legt sich mit ihrem Vater an und verweigert das Essen:

" Ich werde nicht kriechen. O nein, ich nicht. Ich bin kein braves Mädchen. Ich (Tambudzai, A.d.V.) berührte sie, um sie zu trösten, doch das war der Auslöser. Ich werde nicht kriechen, ich werde nicht sterben, tobte sie und kauerte wie eine Katze da, zum Sprung bereit. Der Lärm rief Babamukuru und Maiguru (die Mutter Nyashas, A.d.V.) herbei. Sie konnten nichts tun, nur zusehen. Nyasha war außer sich vor Wut. Sie wütete, zerfetzte ihre Geschichtsbücher mit den Zähnen (Ihre Geschichte. Verdammte Lügner. Ihre verdammten Lügen), zerbrach Spiegel, ihre Tontöpfe, alles, was sie in die Hände bekam...".

Ihre Eltern suchten mit Nyasha einen Psychiater auf. Tambudzai kehrt über Weihnachten zu ihrer Familie zurück. Sie beginnt zu verstehen, daß irgendetwas falsch läuft. Ihre Mutter, eine einfache, abgearbeitete Bauersfrau, weiß das schon länger: es sei das Englischsein, sagt sie. Noch fährt Tambudzai voller Freude wieder zurück in die Klosterschule. Doch der Zweifel wächst: Sie beginnt, sich Fragen zu stellen. Schließlich schreibt sie diese Geschichte, die Geschichte ihrer Entfremdung. Sie hofft, sich so über ihre Entwicklung klarzuwerden.

Tsitsi Dangarembgas Roman ist dem Alter Tambudzais entsprechend einfach geschrieben, klar, direkt. Wie erzählt wird, und was erzählt wird, nimmt gefangen. Indem Tambudzai von sich berichtet und von den anderen Familienmitgliedern, erfahren wir viel, auch über den Alltag auf dem Land, auch über unterschiedliche Frauenrollen, auch über das Verhalten der Männer.

"Erhebt Euch, Knochen des Landes"

12 Jahre sind es her, daß in Zimbabwe Krieg herrschte: ein Befreiungskampf, der 20.000 Menschen das Leben kostete. Wer erinnert sich an all das Leiden? An den Schmerz der Mütter der meist noch sehr jungen Toten? Diesen Heldinnen, die von den nationalen Hymmnenschreibern nie erwähnt werden (so der Autor Chenjerai Hove in einem Interview), ist der 116-seitige Roman "Knochen" gewidmet, der 1989 mit dem Preis für das beste in Afrika erschienene Buch ausgezeichnet wurde.

"Knochen" (engl. "Bones", 1988) ist die Geschichte von Marita, einer Farmarbeiterin, die sich aufmacht, ihren Sohn zu suchen. Er war als Schuljunge zu den "Terroristen" gegangen, den Freiheitskämpfern. Seitdem hat sie nichts mehr von ihm gehört. Da es in der Stadt Listen mit den Namen der getöteten Kämpfer gibt, fährt Marita dorthin, um sich zu vergewissern, ob er lebt. Ihr Mann war dagegen, denn wie sollte er dem weißen Plantagenbesitzer das Weggehen einer guten Arbeitskraft erklären? Bei den Recherchen in der Stadt kommt Marita zu Tode. Aber ihr Mut, ihre Entschlossenheit wirken nach: auf Janifa, das Mädchen von der Farm, in das sich ihr Sohn verliebt hatte; auf die Frau, die Marita auf ihrer Fahrt im Bus kennenlernte; auf den Koch der Farm, der mit ihr schlafen wollte. Diese alle erinnern sich an Marita und erzählen in den Kapiteln ihre Erlebnisse mit ihr, und was sie von ihr lernten. Janifa:

"Marita, sie ist so, ein sanftes Feuer, das ständig brennt. Ich weiß nicht, was ich ohne sie machen werde auf dieser Farm. Weißt du, daß sie auch für mich arbeitet? Wenn der Baas-Junge (Vorarbeiter, A.d.V.) mir mein Stück Land zum Unkrautjäten gibt, erledigt sie schnell meinen kleinen Teil, ehe sie ihren Teil zu jäten beginnt. Kind, was machst du auf diesen Feldern, von denen du nie etwas lernen wirst? Du solltest in der Schule sein, damit du nicht in dem Grab landest, das deine Mutter und mich verschlucken wird... Du wurdest nicht geboren, um zu leiden, Kind."

Doch die sich an Marita erinnern, gehören wie sie zu den Ausgestoßenen. Janifa wird von ihrer Mutter für verrückt gehalten und ins Irrenhaus gesteckt...
Ausgelöst worden ist der Text durch eine wahre Begebenheit: durch die Frage einer Farmarbeiterin, 1981, zwei Jahre nach Ende des Krieges, an den Autor Hove, ob er nicht wisse, wie sie ihren Sohn finden könne. Er sei aus dem Krieg nicht zurückgekehrt. Die Sorge, daß das Schicksal dieser Frau heute vergessen werden könnte, ließ Hove schreiben.
Das Resultat ist ein Strom erzählter Erinnerungen. Teils ist er so dicht, daß er Leser und Leserin zwangsläufig mit sich reißt. Trotz der stellenweise etwas flüchtigen Übersetzung ist auch im Deutschen Hoves Sprache spürbar - poetisch, weise auf eine fremde Art.
Die Zeit des Befreiungskampfes prägt den Text nicht allein in den erzählten Ereignissen, sondern auch in der Ausdrucksweise. Es ist die Sprache der betroffenen Landbevölkerung, es sind die ihr vertrauten, teils traditionellen Bilder.
"...Erhebt euch, Knochen des Landes. Erhebt euch, Knochen der sterbenden Rinder. Erhebt euch, Knochen der Heuschrecken. Führt die Macht der vielen, übers Land verstreuten Knochen und kämpft, damit das Land der Vorfahren nicht entweiht wird von fremden Füßen und fremden Händen..."
Diese Passage des Textes ist einem Aufruf zum 1. Chimurenga (Befreiungskampf) von 1896 gegen die ersten rhodesischen Siedler entnommen. 70 Jahre später wurden diese Worte von der Guerilla der ZANU/ZAPU aufgegriffen, um ihren Kampf den Menschen in den Aktionsgebieten verständlich zu machen: das Land der Vorfahren zurückzuerobern. Ein Anliegen, das bis heute noch nicht erfüllt ist. Hove erinnert mit der Geschichte Maritas, einem machtlosen Opfer des Krieges, auch die heute Regierenden in Zimbabwe an die bisher verdrängten Seiten des Befreiungskampfes.

"Außenseiter ohne festen Wohnsitz"

Zimbabwe nach der Unabhängigkeit, 1982 oder 1983: "
...Schläge, Tischfußball, geborgtes Bier,
verstohlene Lust - so das höhnische Gewieher.
Pläne in zerfetzten Overalls
teilen zynisch Zigaretten im Cecil Square.
Der Zeit verstümmelte Bettler (Ernte
von Zufall, Unsinn oder Phrasen?) halten Wache
über der leeren feierlichen Tasse der Gewohnheit:
Ich blicke auf Haare, meine Haare sträuben sich:
Um Mitternacht
pissen finstere Skelette
am Straßenrand. Gegen
die glänzende Schwarzseite des Himmels,
den kaum sichtbaren Mond
und das übersättigte Gebrüll des lauernden Donners.
Ich schaue mich um nach den verschlossenen Häusern, den
schaurigen Neonreklamen, dem Auto, das vorbeirast
zu einem fernen unbekannten Heim, und ich lege mich nieder,
wieder in die Hibiskushecke, meine Zuflucht
vor Kälte, Wind und zäher Ahnung...."

Als Dambudzo Marechera dieses lange Gedicht Bajonett-Thron schreibt, ist er erst seit kurzem wieder zurück in Zimbabwe, nach acht Jahren Englandaufenthalt, und lebt ohne festen Wohnsitz im Harare.





"Ich wußte nicht, wohin ich ging. Es war mir egal. In einer Plastiktasche trug ich all meine Besitztümer auf dieser Welt. Eine Schreibmaschine, Schreibpapier, einen Füller, ein Reserveschreibband und sieben Exemplare meines letzten Romans, die ich auf der Straße und in den Bordellbars zu verkaufen versuchte. Ich fieberte nach einer Zigarette - aber auch die konnte sich zum Teufel scheren. Wahrscheinlich sah ich ausgebrannt aus, verrückt; die Leute gingen mir hastig aus dem Weg; ich erkannte die Stimmung, einmal in London hatte diese Stimmung der Hoffnungslosigkeit für fünf Jahre angehalten..." (Aus dem Tagebuch)
1974 war Marechera, zweiundzwanzigjährig, nach England gegangen, um mit einem Stipendium in Oxford weiterzustudieren, nachdem er in Rhodesien wegen politischer Proteste vom College geflogen war. In England schrieb er einen Bericht über seine Jugend in einem township bei Rusape, "The House of Hunger". Auf die von klein an erlebte Gewalt reagierte er hier mit der Gewalt der Wörter. Zusammen mit anderen Erzählungen, auch über seine Erfahrungen in Oxford, erschien dieser Bericht 1978 und erregte Aufsehen. Marechera bekam für "Haus des Hungers" den Guardian-Fiction-Preis. Die deutsche Buchausgabe ist, welch seltener Glücksfall, noch immer lieferbar.
"Die Haut der Zeit" (deutsch 1989), Marecheras drittes Buch, aus dem alle die hier aufgeführten Zitate stammen, ist eine Ansammlung von Texten: Gesellschaftsszenen, ein längerer Prosatext, Gedichte, Autobiographisches. In Zimbabwe erschien es 1984 und enthält Marecheras Erfahrungen im neuen-alten Zimbabwe nach der Revolution. Die Situation des Bildhauers Tony, die er in der Geschichte von Hartmesser jr. schildert, ist auch seine eigene. Buddy ist das alter ego Marecheras, wie er Schriftsteller:
"Buddy beobachtete Tony, wie er zur Platte tanzte. Da war noch ein ernster Fall. Tonys Plastik war für nicht aus dem Volk befunden worden. Er hatte überall in Europa unter einigen der besten modernen europäischen Bildhauer studiert. Sein Werk war ganz und gar kosmopolitisch, hatte nichts mit irgendeiner bestimmten Tradition zu tun. Nach der Revolution war er zurückgekehrt, nur um seine Skulpturen von Kritikern der Linken wie der Rechten angeprangert zu finden. Sein Werk, sagten sie, sei unverständlich. Es habe nichts zu tun mit den nationalen historischen Traditionen. Und die Touristen und Händler wollten natürlich nur echte Shona-Stücke kaufen. (...) Tony war pleite, er konnte nicht ausstellen, keiner kaufte seine Arbeiten. (...) Diese Shebeen (Kneipe ohne Lizenz, A.d.V.) war das Feldlazarett der kompromißlosen Künstler, die sich weigerten, von Hammer und Amboß der Spießer geformt zu werden. Und den Wahnsinn gleich um die Ecke..."
Aufgrund seines ausweglosen Glaubens ans Schreiben und seiner Verweigerung jeglicher Anpassung war Dambudzo Marechera überall Außenseiter - schon als Kind im township, als Schüler während des Rassistenregimes Ian Smith', als Student und später preisgekrönter Autor in England, als wohnsitzloser Schriftsteller in Harare.
"Ich würde nicht werden, was immer die Weißen und Schwarzen von mir erwarteten. Ich würde mein ganzes Ich einfach den Büchern und dem Schreiben von Büchern widmen." (Aus dem Tagebuch)
Seine Einstellung zum Leben romantisch zu finden, wäre zynisch: er starb dafür. Vielleicht ist es das Tragische, dieses verzweifelte Engagement, was fasziniert. Was bleibt, sind seine Texte mit ihrer harten klaren und doch metaphorisch überhöhten Sprache. Sie läßt die schockierende Realität erkennen und schafft beim Lesen Raum für Emotionen und Trauer und Wut. Gestorben ist Dambudzo Marechera am 18. August 1987 in Harare, an einer Lungenentzündung. Er war erst 35 Jahre alt.

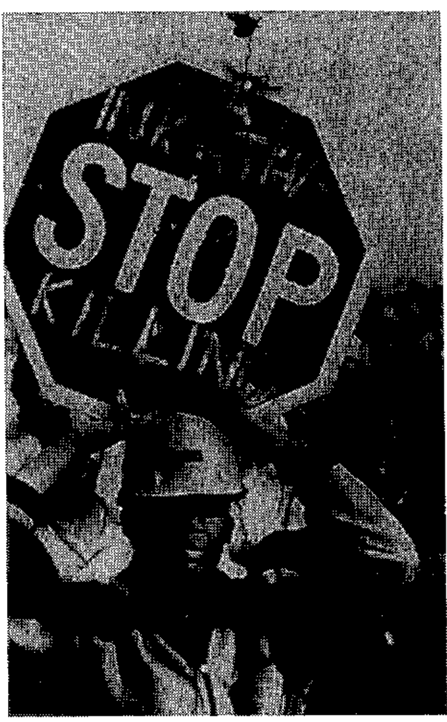
Norbert Stamm

Tsitsi Dangarembga, "Der Preis der Freiheit", rororo neue frau 12956, 1991, 12,80DM
Chenjerai Hove, "Knochen", Kyrill & Method, 1990, 25 DM
Dambudzo Marechera, "Die Haut der Zeit", Graphium Press, 1989,
Dambudzo Marechera, "Haus des Hungers", suhrkamp es 1062, 1981, 12 DM

CDU-Stiftung finanziert Inkatha aus Steuergeldern

Die CDU- nahe Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert seit Jahren die südafrikanische Bewegung Inkatha von Zulu-Chef Buthelezi in Millionenhöhe aus bundesdeutschen Steuergeldern. Allein in den Jahren 1983 bis einschließlich 1989 bewilligte das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) der christdemokratischen Parteistiftung runde 15 Millionen DM aus sogenannten entwicklungspolitischen Projektgeldern für deren direkte Zusammenarbeit mit der Zulu-Partei. Die für entwicklungspolitische Vorhaben zweckgebundenen Gelder wurden dabei mit Wissen des Ministeriums direkt für die Infrastruktur der politischen Organisation Inkatha verwendet, sowie für politische Initiativen ihres Chefs, des CDU-Verbündeten und häufigen BRD-Besuchers, Zulu-Häuptling Gathsa Buthelezi.

Laut Haushaltsunterlagen der Bundesregierung bewilligte das BMZ 1986 600.000 DM für das Projekt "Local Government beyond Apartheid" im Rahmen der 1980 vom Homelandchef gegründeten "Buthelezi-Kommission", die unter starkem Inkatha-Einfluß neue Verfassungsvorschläge für das Homeland Kwazulu erarbeitete. 1987 bewilligte das BMZ 675.000 DM zum Ankauf von Büroräumen für das Inkatha Research- und Informations-Center in Durban, wofür es 1988 nochmals einen Nachschlag von 50.000 DM gab. Laufende Finanzierung erhielt eine Anzahl von Inkatha-Projekten, die das BMZ unter den Stichworten "Förderung der nationalen politischen Bildungsarbeit sowie der Forschungsarbeit der schwarzafrikanischen Bewegung INKATHA" zusammenfaßt. Darunter fallen das mit der Nummer 8328007 ausgewiesene Projekt Inkatha II, das sich der "politischen Bildungsarbeit" an der Universität in Natal widmet, sowie das unter der Nr. 8328015 laufende Projekt Inkatha III, womit das Informations- und Dokumentationszentrum von Inkatha finanziert wird. Allein im Jahre 1989 bewilligte das BMZ für beide Projekte 4,6 Millionen DM. Seit 1986 ist ebenfalls das Inkatha Development Office mit der Projektnummer 8726002 in der Förderung enthalten, wofür das BMZ von 1986 bis einschließlich 1989 über 3 Millionen DM bewilligte. Die letzten drei Projekte wurde 1989 zusammen mit rund 6,6 Millionen DM bedacht. Für den Bewilligungszeitraum 1990 bis 1992 werden weitere 6,6 Millionen DM aus Mitteln des BMZ über die Konrad-Adenauer-Stiftung an Inkatha-Schlüsselprojekte fließen Dies sind Summen, die nachdrücklich auf die eindeutige Schwerpunktsetzung der Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Südafrikapolitik verweisen, und auf die Gutwilligkeit der Bundesregierung, diese politische Orientierung der Parteistiftung zu unterstützen.



Stoppt das Töten durch INKATHA und die Polizei

Nach den Enthüllungen der letzten Wochen über die nachweisbaren Verwicklungen von Inkatha-Mitgliedern in Massaker an Schwarzen in Südafrika, über die Zusammenarbeit zwischen Inkatha und Killern der südafrikanischen Sicherheitskräfte, sowie der Geheimfinanzierung der südafrikanischen Regierung an Inkatha, dürfte die seit langem besonders aus Solidaritäts- und Kirchenkreisen formulierte Kritik an der massiven Förderung von Inkatha durch die bundesdeutschen Christdemokraten nicht mehr so leicht vom Tisch zu fegen sein wie Jahre zuvor.

So hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung im November 1986 eine Unterlassungsklage gegen die Grünen im Bundestag erhoben, die zusammen mit Gruppen aus der Solidaritätsbewegung die Parteistiftung wegen ihrer Millionensubventionen an Inkatha öffentlich angegriffen hatten, da - so die Kritiker - Inkatha Schlägerbanden unterhalten würde, die für zahlreiche schwarze Opfer in der Provinz Natal verantwortlich seien. Anlaß der Auseinandersetzung war die Präsenz von Zulu-Chef Buthelezi auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 3.11.86 in Bonn zum Thema "Freiheit und Demokratie für die ganze Welt", die das BMZ mit 120.000 DM als entwicklungspolitische Maßnahme der Stiftung unterstützte.

In der Klageschrift vom 10.3.87 an das Landgericht Bonn leugnet die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur ihre direkte und indirekte Förderung von Inkatha, sondern bestreitet ebenfalls, "daß die Inkatha-Bewegung mit angeblichen Kampfgruppen zahlreiche gewalttätige Übergriffe und Morde verübt haben soll, die in die Verantwortung dieser Organisation und ihres Führers Buthelezi fallen." Jenseits der Wahrheit stimmte sie damit mit der Bundesregierung überein, die bereits im März 1986 auf eine Kleine Anfrage der Grünen die direkte Finanzierung der Parteistiftung an Inkatha bestätigt hatte, jedoch den gewaltfreien Charakter der Organisation unterstrich.

Diese Behauptung war auch schon damals falsch. Es bleibt abzuwarten, ob die CDU und die Bundesregierung nach den Ereignissen der letzten Wochen ihre verhängnisvolle Kooperation mit Inkatha aufrechterhalten werden.

Gaby Gottwald

Die europäisch - afrikanischen Beziehungen

Perspektiven für die neunziger Jahre

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die für Ende 1992 geplante Vollendung des Europäischen Binnenmarktes haben die internationalen Rahmenbedingungen für afrikanische Politik nachhaltig verändert. Afrikanische Politiker kritisieren ein zunehmend mit sich selbst beschäftigtes Europa und argwöhnen, daß sich die weltpolitische und -wirtschaftliche Marginalisierung unseres Nachbarkontinents auch in den neunziger Jahren fortsetzen könnte. Die afrikanischen Staaten haben in den siebziger und achtziger Jahren bedeutende Weltmarktanteile verloren, und das subsaharische Afrika ist - und bleibt auf absehbare Zeit - die ärmste Entwicklungsregion der Welt. Bis zum Jahr 2000 wird die Zahl der Armen, die südlich der Sahara leben, um 70 Millionen zunehmen. Ist die Furcht, die europäische Einigung vollziehe sich zu Lasten oder gar auf dem Rücken Afrikas, berechtigt? Eröffnet die europäische Integration den europäisch-afrikanischen Beziehungen nicht auch neue Chancen? Etwa durch eine stärker an Entwicklung und weniger an nationalstaatlichen Egoismen orientierte Südpolitik?

Afrikas Rohstoffe ...

GATT wichtiger als Binnenmarkt

Angesichts des strategischen Binnenmarktziels, die europäische Industrie durch erhöhte Binnenkonkurrenz und kostensparende Großserienfertigung für den Wettbewerb mit den USA, Japan und den Schwellenländern zu stärken, fürchten viele Entwicklungsländer handels- und entwicklungspolitische Nachteile bzw. Vorteilsverluste. Dabei variieren die Sorgen je nach Wirtschafts- und Produktionsstruktur, geographischer Lage und spezifischer EG-Anbindung. Viele afrikanische AKP-Länder, für die die Europäische Gemeinschaft ein wichtiger oder der wichtigste Absatz- und Bezugsmarkt ist[1], glauben, dem verschärften Wettbewerb zwischen den großen Handelsblöcken nicht gewachsen zu sein und die erforderlichen "Anpassungsleistungen" wegen ihrer strukturell begrenzten Exportflexibilität nicht erbringen zu können. Zu Recht?

Die Europäische Gemeinschaft, die in den vergangenen 15 Jahren Marktanteile an Japan, Korea und die USA verloren hat, ist nach wie vor die bedeutendste Handelsmacht und, seit sie die USA in den achtziger Jahren bei den internationalen Direktinvestitionen von ihrem angestammten Spitzenplatz verdrängen konnte, auch der größte Auslandsinvestor der Welt. Mit einem Anteil von 22% am weltweiten Warenumsatz ist das Außenhandelsvolumen der Gemeinschaft so groß wie das der beiden Hauptkonkurrenten Japan und USA zusammen. Rechnet man den innergemeinschaftlichen Handel hinzu, dann wickelt die EG mit ihren rd. 350 Millionen Menschen etwa ein Drittel des Welthandels ab.

Das weltwirtschafliche Gewicht der Gemeinschaft, ihre ausgeprägte Exportabhängigkeit und die verschiedenen mit Drittländern geschlossenen Kooperations- und Assoziierungsabkommen bringen es mit sich, daß wirtschaftspolitische Veränderungen im Binnenverhältnis der EG immer auch weltweit wirken. Die Vollendung des Binnenmarktes - also die für Anfang 1993 in Aussicht genommene Aufhebung nationaler Beschränkungen des Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs macht hier keine Ausnahme. Präzise Prognosen über die außenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Folgen des Binnenmarktes, zumal für bestimmte Ländergruppen oder Regionen, sind gegenwärtig allerdings nicht möglich. Wichtige handelspolitische Entscheidungen, die in einem indirekten Zusammenhang mit dem Binnenmarkt stehen, wie die Uruguay-Runde des GATT, stehen nämlich noch ebenso aus wie die einzige außenhandelspolitische Maßnahme, die der Binnenmarkt erfordert: die Vereinheitlichung des Protektionsniveaus gegenüber Drittländern. Per definitionem und nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes sind bilateral zwischen einem EG-Mitglied und einem Drittland ausgehandelte Importkontingente mit den Regeln des Binnenmarktes unvereinbar. Nationale Importquoten, also mengenmäßige Beschränkungen bei der direkten Einfuhr in ein Mitgliedsland, müssen daher entweder abgeschafft oder durch EG-weite Regelungen ersetzt werden. Da hier wichtige Entscheidungen noch ausstehen, kann gegenwärtig darüber, ob und in welchen Bereichen die künftige EG-Handelspolitik stärker von liberalen oder protektionistischen Interessen geprägt sein wird, nur spekuliert werden.

Sicher ist lediglich, daß die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungsländer vor allem indirekter Natur sein werden. Hier sind zunächst die aus strategischen Gründen vorgenommenen Investitionen der anderen Handelsblöcke (USA, Japan) in Europa - deren Anstieg schon jetzt spürbar ist - von Bedeutung. Sie dürften zusammen mit der osteuropäi-

schen Entwicklung dazu beitragen, daß die für die Dritte Welt verbleibende private Investitionsmasse mittelfristig abnimmt. Absehbar sind aber auch handelsumlenkende Effekte: durch den Abbau EG-interner Handelsbarrieren können Importe aus Drittländern in einem gewissen Umfang durch Lieferungen aus anderen EG-Ländern (Spanien, Portugal, Griechenland) ersetzt werden, so daß der Intra-EG-Handel, vermutlich zu Lasten des Handels mit Dritt- und Entwicklungsländern, zunehmen wird. Ob diese Entwicklung durch einen ebenfalls vom Binnenmarkt erhofften Importsog kompensiert werden kann, bleibt abzuwarten.

Obwohl die Auswirkungen des Binnenmarktes auf Afrika insgesamt eher gering zu veranschlagen sind, kann die erforderliche Vergemeinschaftung der nationalen Kontingente für einzelne Länder beträchtliche Nachteile mit sich bringen. Um ihre angestammten Marktnischen müssen insbesondere jene Staaten fürchten, die in der Vergangenheit infolge bilateraler, meist mit den früheren Mutterländern geschlossener, Abkommen bei einzelnen Produkten (Bananen, Zucker, Kakao) von den nationalen Quoten profitiert haben.



... keine Chance auf dem Binnenmarkt?

Das Bananen-Beispiel, das es inzwischen zu einiger Prominenz gebracht hat, macht die hier auftretenden Probleme deutlich: Der EG-Markt ist, was Bananen anbelangt, stark zersplittert. Während Frankreich seinen Bedarf ausschließlich aus der Eigenproduktion seiner überseeischen Gebiete und durch Importe aus Madagaskar, Kamerun und der Côte d'Ivoire deckt, hat Großbritannien ein Abkommen mit karibischen Exporteuren. Daß Bananen in der Bundesrepublik billiger sind als in allen anderen EG-Ländern, ist einem Zusatzprotokoll zu den Römischen Verträgen zu verdanken, auf dem Altbundeskanzler Adenauer seinerzeit bestand. Es sichert der Bundesrepublik das einsame Privileg, Bananen zollfrei aus der zentralamerikanischen Dollarzone einführen zu dürfen. Alle anderen EG-Länder müssen für aus der Dollarzone importierte Bananen 20% Einfuhrzoll entrichten. Da nun mit der Vollendung des Binnenmarktes die Sondereinfuhrbestimmungen der Mitgliedsländer aufgehoben werden müssen und innerhalb der EG die Regeln der freien Verkehrsfähigkeit gelten, müssen bananenexportierende Länder um bislang gesicherte Absatzmöglichkeiten fürchten. Das in London ansässige World Development Movement sieht für den Fall, daß die EG von billigen Dollarbananen überschwemmt werden sollte, auf Mauritius und in der Karibik 100. 000 Arbeitsplätze bedroht. Ähnliche Probleme zeichnen sich bei Zucker und Rum ab, wie die afrikanischen Agrarexporteure überhaupt fürchten, der wachsenden Konkurrenz anderer Anbieter (USA, Kanada, Australien, Brasilien) auf Dauer nicht gewachsen zu sein. Hier kommt, aus Sicht der der Europäischen Gemeinschaft durch die Lomé-Abkommen verbundenen AKP-Staaten[2], erschwerend hinzu, daß die EG im Rahmen der laufenden GATT-Runde bereits Handelserleichterungen zugestimmt hat, die vor allem tropische Agrargüter betreffen und andere Entwicklungsländer den AKP-Staaten gleichstellen. 1988 hat die EG bei der GATT-Halbzeitkonferenz in Montreal einer Zollsenkung für alle tropischen Produkte (um durchschnittlich 3%) zugestimmt, die nicht in Konkurrenz zu Agrarerzeugnissen der EG stehen.

Die Sorgen der mittlerweile 69 AKP-Staaten - Haiti und die Dominikanische Republik kamen 1989 hinzu, Namibia 1990 - erhalten ein besonderes Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß sich an der Struktur kolonial geprägter außenwirtschaftlicher Beziehungen zwischen Europa und Afrika in den vergangenen dreißig Jahren nur wenig geändert hat. Noch immer setzen sich die EG-Importe aus den AKP-Staaten zu über 90% aus mineralischen und agrarischen Rohstoffen zusammen. Umgekehrt liegt der Anteil von Fertigwaren an den EG-Exporten bei über 80%. Für die Export- und Absatzchancen der meisten AKP-Staaten sind daher mögliche Binnenmarkteffekte weniger wichtig als die Gemeinsame Agrarpolitik der EG und das Ergebnis der Uruguay-Runde des GATT - also die Frage, ob die subventionierten Landwirtschaftsexporte der EG wirksam eingeschränkt werden können. Als weiterer Faktor kommt die Süderweiterung der EG hinzu. Spanien und Portugal werden Mitte der neunziger Jahre vollständig in den Gemeinsamen Agrarmarkt integriert sein und dann deutlich zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrades der EG bei Agrarprodukten, einschließlich Südfrüchten, beitragen.

Die Bedeutung der GATT-Verhandlungen reicht im übrigen weit über die konkreten Ergebnisse der Uruguay-Runde hinaus. Wenn es in den kommenden Jahren gelingen sollte, die Liberalisierung des Weltagrarhandels entscheidend voranzubringen, dann steht langfristig auch die handels- und regionalpolitische Präferenzpolitik der EG als solche - und damit auch die Lomé-Abkommen - zur Disposition. Dies um so mehr, als Afrika für Europa außenwirtschaftlich kaum noch von Bedeutung ist. Ende der achtziger Jahre wickelten Deutschland, Frankreich und England nur noch 2% - 5% ihres Außenhandels mit Afrika ab.

Als Beleg für den, aus europäischer Sicht, wachsenden Bedeutungsverlust Afrikas können auch die zähen Lomé-Verhandlungen gelten. Wenn man von der Liberalisierung der Ursprungsregeln und geringfügigen Konzessionen bei der Einfuhr einiger Agrarprodukte absieht, brachte das Abkommen den AKP-Staaten kaum Fortschritte. Gegenläufige Interessenlagen der EG-Mitgliedstaaten (die südlichen Mitglieder sperrten sich gegen Handelszugeständnisse, die nördlichen - insbesondere Großbritannien - gegen eine weitere Aufstockung des Europäischen Entwicklungsfonds)

blockierten Lösungen, die als substantieller Beitrag zur afrikanischen Krisenbewältigung hätten gewertet werden können. Mit anderen Worten: Sieht man einmal vom humanitären Interesse der Verhinderung weiterer Elendsverschärfung ab, bleibt gegenwärtig wenig, was ein materielles Eigeninteresse Europas am subsaharischen Afrika dauerhaft begründen könnte.

Europäisierung der Entwicklungshilfe?

Bislang gibt es weder vertraglich noch anderweitig bindende Vereinbarungen über Ziele, Methoden und Instrumente einer gemeinsamen europäischen Entwicklungspolitik. Die "europäische" Afrikapolitik ist bis heute wenig mehr als die Summe unkoordinierter, bilateraler Einzelpolitiken, in die in unterschiedlicher und national geprägter Gewichtung geostrategische, wirtschaftliche, humanitäre und außenpolitische Interessen einfließen. Die Europäische Gemeinschaft wickelt als Gemeinschaft bislang nur etwa 10% der für Afrika bestimmten öffentlichen europäischen Entwicklungshilfe ab. Vorstößen Dänemarks und der Niederlande, die 1989 auf eine konzeptionelle und instrumentelle Vereinheitlichung der bilateralen Südpolitiken drängten, war bislang kein Erfolg beschieden. Sie trafen vor allem in Frankreich auf Skepsis. Dies könnte sich jedoch in absehbarer Zeit ändern. Schon jetzt gibt es innerhalb der Europäischen Gemeinschaft weitgehend gemeinsame Auffassungen zu Fragen der Investitionssicherung, der Einhaltung der Menschenrechte, der Demokratisierung (auch Paris gibt neuerdings unmißverständlich seinem Wunsch nach afrikaweiter Einführung von Mehrparteiensystemen und institutionalisierter Elitenkonkurrenz Ausdruck) und nicht zuletzt auch der stärkeren Bindung von Entwicklungshilfe an wirtschaftspolitische Auflagen. Es ist daher nicht auszuschließen, daß parallel zur Harmonisierung der Außenpolitiken demächst auch daran gedacht werden könnte, die nationalen Politiken durch eine europäische Entwicklungspolitik zu ersetzen. Dabei wären als erste Schritte die Übertragung einzelstaatlicher Mittel auf die EG und der Ausbau spezifischer Kooperationsfelder, für welche diese gegenüber den Entwicklungsländern allein zuständig wäre, möglich. Auch eine Vereinheitlichung der bilateralen Abkommensformen, ihre bessere Abstimmung (auch mit anderen Politikbereichen der EG) und eine stärkere Koordinierung auf Länderebene wäre denkbar. Die Vergemeinschaftung der Entwicklungspolitik böte nicht zuletzt die Chance ihrer Neukonzeption. Bundesdeutsche Entwicklungspolitiker haben in jüngster Zeit wiederholt und in wohltuender Offenheit die Dominanz "entwicklungsfremder" Motive bei der Vergabe von Entwicklungshilfemitteln beklagt (Köhler 1991, Repnik 1991). Wer das Budget des BMZ untersucht, wird feststellen, daß die Bedürftigkeit bei der Vergabe von Entwicklungshilfegeldern für Afrika (Ägypten!) nur eines von vielen Kriterien ist. Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik wird, wie die anderer Länder auch, von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren, darunter innenpolitische Opportunitätsentscheidungen, bestimmt. Kritik wird auch in anderen Ländern laut, so z. B. in Frankreich, das das Kunststück fertiggebracht hat, in Afrika eine territoriale Einflußzone - das "frankophone" Afrika - macht- und wirtschaftsprotektionistisch abzuschotten und gleichzeitig wachsende Teile der damit verbundenen Kosten auf die Europäische Gemeinschaft zu übertragen. Spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wird auch in Paris öffentlich darüber nachgedacht, ob die französische Einflußsicherungspolitik nicht eine der Ursachen für Fehlentwicklungen im postkolonialen Afrika gewesen ist. Als Resultat solcher Überlegungen ist zu werten, daß sich Paris zur Finanzierung einer einmonatigen Regionalkonferenz bereitgefunden hat, die demnächst in Togo stattfinden und das Ende der Alleinherrschaft des Präsidenten Eyadema herbeiführen soll.

Stefan Brüne

Anmerkungen:
1) 70% der AKP-Exporte, Öl exklusive, gehen in die Europäische Gemeinschaft
2) Zwei Drittel der AKP-Staaten sind afrikanisch, über 90% der AKP-Bevölkerung Afrikaner

Literatur:

Bach, Daniel: Europe-Afrique: des acteurs en quête de scenarios. In: Études internationales 22 (Juni 1991) 2, S. 323-338

Betz, Joachim: Die Neuverhandlungen des Lomé Abkommens (Lomé IV). In: Hofmeier, Rolf/Institut für Afrika-Kunde (Hg.): Afrika Jahrbuch 1990. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft südlich der Sahara. Opladen 1990, S. 68-73

Brüne, Stefan: Januskopf Binnenmarkt: Die Europäische Gemeinschaft, Lomé IV und die AKP-Staaten. In: Kreile, Michael (Hg.): Europa 1992 - Konzeptionen, Strategien, Außenwirkungen. Baden-Baden 1991, S. 99-115

Hofmeier, Rolf: Afrikas außenwirtschaftliche Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungstendenzen und gegenwärtiger Stellenwert. In: Nord-Süd aktuell 4 (1990) 4, S. 527-533

Köhler, Volkmar: Die Neuorientierung der Entwicklungshilfe. In: Europa-Archiv 46 (1991) 5, S. 153-160

Kühne, Winrich: Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes - Die Notwendigkeit eines "Neuen Realismus". In: Afrika spectrum 25 (1990) 2, S. 139-166

Kappel., Robert: Afrikas Perspektiven in der Entwicklungskooperation mit der Europäischen Gemeinschaft. In: Afrika spectrum 25 (1990) 3, S. 257-282

Repnik, Hans-Peter: Veränderungen in Deutschland und Osteuropa aus der Sicht des BMZ. In: Internationales Afrikaforum 27 (1991) 1, S. 55-59

Arrogant und undurchsichtig

NGOs aus afrikanischer Sicht

In diesem Artikel setzt sich Yash Tandon[1] mit westlichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auseinander, mit der mangelnden Transparenz ihrer Arbeit und Organisationsstruktur und ihrer Wahrnehmungsweise der Probleme Afrikas. Er kritisiert, daß sich ihre Arbeit stärker an den Interessen der westlichen Geldgeber denn an den Interessen ihrer afrikanischen Partner ausrichtet.

Der afrikanische Staat ist in den vergangenen Jahren heftig kritisiert worden, weil seine Entwicklungsanstrengungen völlig an der Bevölkerung vorbeigegangen sind und er in jeder Hinsicht versagt hat. Vor diesem Hintergrund haben die NGOs neue Bedeutung erlangt und genießen eine noch nie dagewesene Beliebtheit. Bekanntlich haben sich die NGOs in Afrika sowohl geographisch als auch in ihren Funktionen ausgedehnt. NGOs, die sich in vergangenen Jahrzehnten hauptsächlich auf humanitäre Hilfe und Flüchtlingsarbeit beschränkten, tun jetzt alles Mögliche. So nannte die Publikation "Non-Governmental Organizations and Sub- Saharan Africa", die im Juli 1988 vom UN-Dienst für Nicht- Regierungs-Zusammenarbeit[2] herausgegeben wurde, ungefähr 195 NGOs mit Sitz in Westeuropa, Australien und Neuseeland (d.h. ausgenommen diejenigen aus den USA und Kanada), die in Afrika südlich der Sahara im Bildungs- oder sonstigen Projektbereich tätig sind. Von diesen gaben 60% an, im Bereich der primären Gesundheitsversorgung zu arbeiten, 39% in der Landwirtschaft, 33% in der informellen bzw. Erwachsenenbildung, 22% im Ausbildungsbereich, 19% in der ländlichen und dörflichen Entwicklung, 16% zu Frauenthemen und 15% im Bereich der Wasserversorgung. Natürlich sind diese Bereiche miteinander verbunden, deshalb bezeichnen sich die meisten nördlichen NGOs inzwischen als "Entwicklungsorganisationen" im weitesten Sinne. Die Mehrzahl von ihnen ist, neben der Entwicklungsarbeit in Afrika, engagiert in sogenannter Lobbyarbeit. Sie versuchen, das Anliegen Afrikas der Öffentlichkeit ihrer eigenen Länder darzustellen, um von dieser (in der Regel finanzielle) Unterstützung für ihre Projektarbeit zu erhalten. Viele von ihnen sind in der sogenannten "Solidaritätsarbeit" engagiert: sie unterstützen beispielsweise die Befreiungsbewegungen in Südafrika. Außerdem befassen sie sich heutzutage in steigendem Maße mit dem Thema der Menschenrechte und haben sich zu bedeutenden Überwachungsinstanzen im Dienste der westlichen Länder entwickelt, was die Einhaltung (oder Nichtbeachtung) der Menschenrechte in Afrika betrifft. Zwei Fragen sind von Interesse bezüglich dieser (westlichen) NGOs in Afrika: Wer sind sie und was tun sie in Afrika? Sind sie moderne Missionare und daher Vorreiter einer neuen Art von Imperialismus, oder sind sie tatsächlich Verbündete des afrikanischen Volkes in seinem seit mehr als hundert Jahren andauernden Kampf gegen Beherrschung und Ausbeutung durch den Imperialismus?

Undurchsichtigkeit der westlichen NGOs

Wir wollen zunächst erklären, warum es so schwierig ist, bei nördlichen NGOs durchzublicken. Es gibt fünf Gründe dafür, möglicherweise sogar mehr:
a) die mangelnde Transparenz ihrer Entscheidungsfindungsprozesse;
b) ihre Beziehungen zu ihren eigenen Regierungen;
c) die Unübersichtlichkeit ihrer Unterstützer- oder Trägerschaft, gegenüber der sie rechenschaftspflichtig sind;
d) die historischen Herrschaftsverhältnisse zwischen ihren Ländern und Afrika; und
e) ihr Widerwillen, sich von ihren afrikanischen "Partnern" in die Karten schauen zu lassen.
Die meisten westlichen NGOs hüllen sich in Geheimnisse. Was wir von ihnen wissen, sind die Adressen ihrer Hauptgeschäftsstellen (heutzutage insbesondere ihre Telefax-Nummern - so daß wir raschen Zugang zu ihrem Geld haben), einige der Mitarbeiter, die in diesen Geschäftsstellen arbeiten, ihre Repräsentanten und Mitarbeiter und ihre Hochglanzmagazine, die Bilder von ihrer Arbeit vor Ort zeigen. Es ist auch möglich, die Satzungen oder Richtlinien aufzutreiben, nach denen sie arbeiten, sowie ihre Jahresberichte, obwohl wenige Afrikaner sich die Mühe machen, sich diese zu besorgen oder sie zu lesen. Deshalb kennen wir nur das äußere Erscheinungsbild dieser Organisationen. Vor allem ist es schwierig, herauszufinden, wie diese Organisationen Entscheidungen über bestimmte Fragen treffen.

Die Beziehungen westlicher NGOs zu ihren Regierungen

Ein weiterer Faktor, der es Afrikanern erschwert, westliche NGOs zu verstehen, sind deren Beziehungen zu ihren eigenen Regierungen. Viele von ihnen erhalten Gelder direkt von der Regierung und nennen sich dennoch "Nicht-Regierungs-Organisation". Warum? Die holländischen "NGOs" Novib, Hivos und Snv z. B. sind sehr aktiv in Afrika. Hivos bekommt 100% seiner Mittel von der holländischen Regierung, Novib bekommt ungefähr 70% und Snv ist eigentlich ein direkter Arm des Außenministeriums. Eine kanadische Studie, "Bridges of Hope?", zeigte auf, daß die kanadische Regierung in steigendem Maße die Finanzierung von NGOs übernommen hat. (siehe Tabelle[4])

Afrikaner stellen die berechtigte Frage: Wenn "NGOs" einen immer größeren Anteil ihrer Gelder von ihrer Regierung erhalten, und wenn außerdem ein Teil der Gelder, die als "privat" ausgewiesen werden, von Wirtschaftsunternehmen kommt, inwieweit ist es dann noch legitim, diese Körperschaften als "Nicht-Regierungs- Organisationen" zu bezeichnen?

Einnahmen kanadischer NGOs				
	1975		1984	
	Mio. C$	%	Mio. C$	%
Regierungsgelder	16,0	39,9	96,4	49,4
private Gelder	24,1	60,1	98,9	50,6
Gesamt	40,1	100	195,3	100

Es ist z.B.bekannt, daß die kanadische "NGO" CUSO, die ein Hauptakteur in der afrikanischen Grass-Roots-Szene ist, von der kanadischen Regierung dazu angehalten wird, "Mitarbeiter", wie sie beschönigend genannt werden, in die afrikanischen Basis- Organisationen einzuschleusen , die sie angeblich unterstützen. Man fragt sich, ob dies wohl eine Art der Arbeitsbeschaffung für junge arbeitslose Akademiker ist.

NGOs als Instrumente der EG

Die europäischen "NGOs" bekommen in steigendem Maße Geld von der Europäischen Gemeinschaft (EG). Es gehört zur neuen Strategie der EG, einen Teil ihrer "Entwicklungs"hilfe über die NGOs laufen zu lassen, da man (zu recht!) der Meinung ist , daß der Staatsapparat in Afrika unfähig ist, die Hilfsgüter an die Menschen weiterzuleiten. Diese EG-Gelder sind "offizielle" Gelder. Daher muß man wohl annehmen, daß ihre Auszahlung der Erfüllung bestimmter wirtschafts- und außenpolitischer Ziele der EG-Länder dienen soll.

Beispielhaft in diesem Zusammenhang ist der *Kagiso Trust* in Südafrika. Der *Kagiso Trust* wurde speziell dazu geschaffen, EG-Gelder an NGOs in Südafrika weiterzuleiten, die im Bereich der Wohlfahrtstätigkeiten, der Menschenrechte, der Medienarbeit oder in irgendeiner Form des Widerstands gegen das südafrikanische Apartheidregime engagiert sind. Man kann den Zweck, dem dieses Geld zugeführt wurde, gutheißen, weil es die Fähigkeit der Bürger- und Massenorganisationen an der Basis, Rassismus und Apartheid zu bekämpfen, verstärkte. Dies ist jedoch im Zusammenhang unserer Diskussion irrelevant, denn es geht darum, daß das Geld über die EG kam und bestimmte "offizielle" Regierungsziele der EG-Länder erfüllen sollte, wobei die europäischen und südafrikanischen NGOs nur als Kanäle für das Geld benutzt wurden.

Mit anderen Worten: Die Entscheidung der EG, Gelder an diese "oppositionellen" NGOs in Südafrika zu leiten, muß ein Teil ihrer eigenen umfassenderen und Langzeitstrategie in Südafrika sein. EG-Geld gelangt über nördliche NGOs nach Afrika zur Finanzierung von Projekten der ländlichen Entwicklung und Basis-Projekten. Uns ist keine afrikanische Organisation bekannt, die eine systematische Beurteilung dessen durchgeführt hätte, was dieses ganze EG-Geld tatsächlich in Afrika bewirkt, und wessen Interessen es wirklich dient. Unsere eigenen Nachforschungen ergaben, daß viel von diesem Geld in "Mikro-Projekte" fließt, wie sie die EG nennt, aber die 'Inputs', die in diese Projekte fließen (wie z.B. Saatgut, Düngemittel, Pestizide, Traktoren, Beratung, Aus- und Weiterbildung), fesseln Afrika weiterhin an die Märkte Europas. Die Frage ist also, ob diese Aktivitäten nicht eher die Abhängigkeit der afrikanischen Völker von Europa verstärkt haben, als daß sie sie befähigt hätten, selbständig zu werden. Mit anderen Worten: Wie fügt sich die Finanzierung afrikanischer NGOs in die gesamte EG-Wirtschaftsstrategie der fortgesetzten Ausbeutung Afrikas ein? Oder handelt es sich wieder einmal um "Wohltätigkeitsgelder", die das Gewissen Europas beschwichtigen sollen?

Wem gegenüber sind die NGOs wirklich verantwortlich?

Der nächste Faktor, der westliche NGOs für uns in Afrika zu einem Rätsel macht, ist die Frage, wer überhaupt ihre Trägerschaft in Europa ist. Uns wird gesagt, daß die Leute in Afrika die Basis für ihre Arbeit seien, wir hingegen vermuten, daß ihre "wirkliche" Basis die Leute (und Regierungen) in den Ländern sind, in denen sie Gelder für ihre Tätigkeit sammeln. Mit anderen Worten: Ihre Satzungen werden nicht in Afrika beschlossen, sondern in Europa, Amerika, Kanada usw., weil sie in erster Linie den Menschen und Regierungen dieser "Geber-Länder" gegenüber verantwortlich sind. Man muß die westlichen NGOs als Produkte einer von außen nur schwer durchschaubaren politischen Kräftekonstellation in ihren Herkunftsländern verstehen.

In Deutschland gibt es beispielsweise die "Stiftungen", die mit den vier größten politische Parteien verbunden sind. Jede von ihnen erhält Steuergelder. In einem gewissen Sinne sind sie daher "NGOs". Sie stehen aber in enger Verbindung mit politischen Parteien, und haben daher ihre bestimmten politischen Programme. Die Konrad-Adenauer-Stiftung zum Beispiel hat lange historische Verbindungen zu den katholisch geprägten Parteien in vielen afrikanischen Ländern, und sie tritt offen für die Vorzüge des freien Unternehmertums ein. Im Gegensatz dazu ist die Friedrich-Ebert-Stiftung stark an der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung in Afrika beteiligt und neigt im allgemeinen dazu, Afrika sozialdemokratische Sichtweisen aufzudrängen.

Man erinnere sich, daß die Sozialdemokratie das Produkt eines Kompromisses zwischen bestimmten Klassenkräften in Europa in einer bestimmten historischen Situation war und keine wirkliche Grundlage in Afrika hat, weil dort die entsprechenden ökonomischen und sozialen Kräfte nicht vorhanden sind. Trotzdem sind die europäischen sozialdemokratischen NGOs aufgrund der hohen Geldsummen, die sie in Afrika ausgeben - und die deutsche FES sowie einige schwedische "NGOs" stehen an der Spitze dieser Bewegung - sehr einflußreich bei der Verbreitung der "Sozialdemokratie europäischer Prägung" in Afrika.

Westliche NGOs lassen sich nicht gern in die Karten schauen

Die Tatsache, daß westliche NGOs Geld für "Entwicklung" zur Verfügung stellen, ermöglicht ihnen einen einfachen Zugang zu den afrikanischen NGOs. In regelmäßigen Abständen verlangen die westlichen NGOs, daß ihre "Partner" ihre Bücher und Herzen öffnen und erklären, was sie mit "ihrem Geld" gemacht haben. Das wird "Beurteilung" genannt. Seit ungefähr acht Jahren arbeite ich mit den NGOs in Afrika und bin bisher noch auf kein "Beurteilungs-Team" aus Europa gestoßen, das begriffen hätte, was "Beurteilung" wirklich bedeutet. Normalerweise sind sie sehr verwirrt, zum Teil, vermutlich, weil sie keine richtige Vorstellung von "Entwicklung" haben, und zum Teil, weil sie nur ungern die tieferen Ursachen der Unterentwicklung in Afrika aufdecken.

Diese "periodische Beurteilung" führt zu nichts anderem als dazu, daß die westlichen NGOs den Prozeß des Wandels in Afrika besser überwachen können. Außerdem ermöglicht sie ihnen eine bessere Einschätzung, wer die mögliche zukünftige Führungsschicht Afrikas sein könnte und wie diese Personen denken und handeln.

Die afrikanischen NGOs haben keinen solchen selbstverständlichen Zugang zu den Köpfen und Herzen (und Büchern) der westlichen NGOs, von denen sie Geld erhalten. Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz, das besagt, daß man über Gelder, die ausgegeben werden, Rechenschaft ablegen muß. Aber wenn Informationen zur Verfügung gestellt werden (wie es die afrikanischen NGOs für die westlichen NGOs tun), besteht keine Rechenschafts-

pflicht darüber, wie diese Informationen genutzt werden.

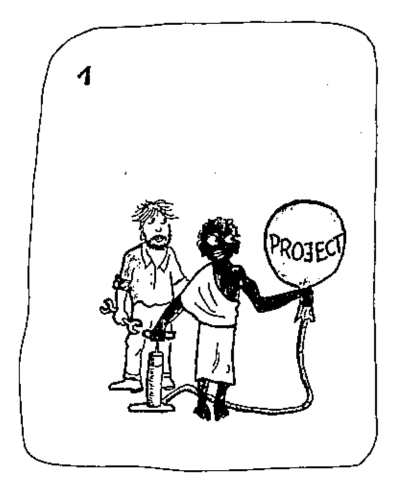
Die Programme der NGOs sind nicht die Programme Afrikas

Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß Afrikaner keinen Einfluß auf die Programme ihrer westlichen "Partner" haben. Wenn die westlichen NGOs in einigen Fällen ihre eigenen Vorstellungen nicht völlig durchsetzen können, so liegt das daran, daß die Afrikaner sich ihre eigenen Mittel und Wege ausgedacht haben, um zu überleben und sich gelegentlich den Programmen der westlichen NGOs zu widersetzen. Abgesehen vom Bereich der "Entwicklung" sind die westlichen NGOs auch Instrumente, die die Wertesysteme der europäisch- amerikanischen Kultur nach Afrika bringen. Es seien hier nur drei Beispiele genannt.
Das erste ist die Geschlechterproblematik, das zweite die Frage der Menschenrechte und das dritte das Problem der Ökologie.

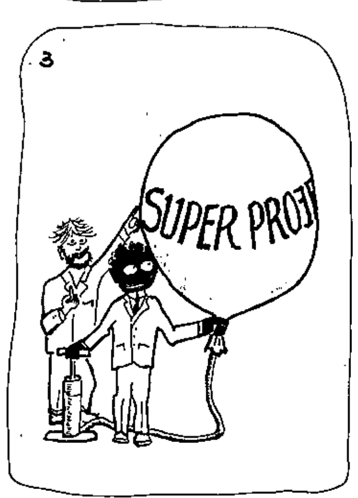
Die Besorgnis der Europäer über die Situation der Frauen in Afrika ergibt sich aus den spezifischen Erfahrungen Europas, wo die Beziehung zwischen Männern und Frauen, wie alles andere auch, stark individualisiert und mehr oder weniger kommerzialisiert ist. Afrika hat zweifellos seine eigenen Probleme, und es ist richtig, daß die Afrikaner jeden Bereich der Ungerechtigkeit in ihren eigenen Gesellschaften aufdecken und bekämpfen müssen. Aber die Europäer haben eine Neigung, ihre Wertesysteme zu universalisieren, und sie haben echte Schwierigkeiten, Afrikas Probleme im Zusammenhang zu sehen und historisch einzuordnen. Die Frage ist zum Beispiel, inwieweit die Diskriminierung von Frauen ein "afrikanisches" kulturelles Erbe ist, und inwieweit sie aus der europäischen Kultur und der kapitalistischen Praxis importiert ist. Wenn in Europa Familien kaputtgehen, können sie immer auf das soziale Netz zurückgreifen, wohingegen zerbrochene Familien in Afrika so etwas wie eine staatliche soziale Absicherung nicht haben. Letzten Endes greifen diese Leute auf den größeren Familienzusammenhang zurück, um zu überleben.
Haben die westlichen NGOs das Privileg, zu wissen, wie das Problem der Geschlechterdiskriminierung in afrikanischen Gesellschaften zu lösen ist? Ist die Auflösung der Familie und die Vereinzelung der Menschen, wie sie heute in fast ganz Europa zu finden ist, das beste Modell für Afrika?
Ebenso wie mit der Geschlechterproblematik ist es auch mit der Frage der Beachtung oder Verletzung der Menschenrechte. Auch hier merken westliche NGOs, daß sie Afrikas Menschenrechtsprobleme nicht im Zusammenhang sehen und historisch einordnen können. Für gewöhnlich sind sie in sehr einseitiger Weise entweder "Universalisten" oder "Kulturrelativisten".
Amnesty International und Africa Watch sind die besten Beispiele für die Universalisten. Sie stellen sich vor, daß es bestimmte Prinzipien der Menschenrechte gibt, die universell zu jeder Zeit und an jedem Ort gültig sind, und sie vergessen, daß diese Rechte in ihren eigenen Ländern das Ergebnis heftiger Kämpfe zwischen den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und den herrschenden Klassen waren. Selbst das allgemeine Wahlrecht und das Recht auf Schulbildung für Kinder der Arbeiterklasse, neben anderen demokratischen Rechten, wurden in Klassenkämpfen errungen. Nachdem diese Rechte erkämpft und in "legalistischen" Dokumenten ausformuliert wurden, denkt man im Westen jetzt, daß sie Afrika einfach übergestülpt werden können, ohne daß die afrikanischen Massen dafür kämpfen müssen. Außerdem gibt es von Seiten der "Universalisten" eine Tendenz, die politischen Rechte von den ökonomischen zu trennen - mit anderen Worten, sich auf die Verletzung politischer Freiheiten zu konzentrieren und dabei die Verletzung der ökonomischen Rechte des afrikanischen Volkes durch das internationale Kapital zu ignorieren, das den afrikanischen Bauern und Arbeitern keinen gerechten Preis für ihre Arbeit zugesteht.

Die "Kulturrelativisten" unter den westlichen NGOs "erklären" die Menschenrechtsverletzungen in Afrika "weg", als ob Afrika einen niedrigeren ethischen Standard hätte und man annehmen könne, daß die Tötung und Gefangennahme von Menschen dort keine Schmerzen und kein Leiden verursacht. Die Afrikaner geben zu, daß es in Afrika mehr Ermordungen und Folterungen von Gefangenen gibt als in Europa, aber sie bestehen darauf, daß auch diese Tatsachen historisch eingeordnet und im Zusammenhang gesehen werden sollten. Außerdem fordern die Afrikaner, daß Europa seiner eigenen Schuld in dieser Angelegenheit ins Auge sehen muß.
Zuletzt kommen wir zu der Frage der Ökologie und der Umwelt. Nachdem Europa fünfhundert Jahre lang die menschlichen und natürlichen Ressourcen Afrikas ausgebeutet hat, wird es sich der Realität der ökologischen Krise Afrikas bewußt. In letzter Zeit entdeckt die Wissenschaft neue Belege, die darauf hindeuten, daß Afrika vor der Kolonialzeit ein harmonisches Verhältnis zur Natur hatte und nicht, wie die westliche Zivilisation, mit ihr in Konflikt stand.

Wenn man versucht, die Natur zu beherrschen, dann rebelliert die Natur, sagt man in Afrika. Man versucht, mit ihr zu arbeiten und sie nicht zu versklaven. Und nun überfallen plötzlich europäische NGOs Afrika und bieten große Geldsummen, um hier ein Nashorn zu retten und dort









eine Lagune. Ihre Wahrnehmung der Realität ist immer noch mechanistisch, partiell, undialektisch und vor allem eurozentrisch. Aufgrund ihrer finanziellen Nöte nehmen afrikanische NGOs dieses Geld an und versuchen, die Programme der westlichen NGOs durchzuführen. Aber wenn es nach ihnen ginge, was zweifellos eines Tages der Fall sein wird, dann würde ein anderes Verhältnis zwischen Mensch und Natur hergestellt, und die Ökologiepolitik wäre eine andere als die, die ihnen heute von außen aufgezwungen wird.

Was Afrika braucht, ist nicht "Solidarität" von westlichen NGOs bei der Lösung afrikanischer Probleme, denn Afrika kann seine eigenen Probleme selbst lösen. Auch in Europa gibt es tiefgreifende und ernste Probleme. Eines davon ist der exzessive Konsum auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt und auf Kosten der Natur. Daher will Afrika ein "Bündnis" - und keine einseitige "Solidarität" - mit den fortschrittlichen Kräften des Nordens , um die gemeinsamen Probleme der Menschheit in Agriff zu nehmen, deren Ursachen und Auswirkungen Grenzen und Kulturen überschreiten.

Yash Tandon
(Übersetzung: uli)

Anmerkungen:

1.) Yash Tandon, ugandischer Staatsbürger indischer Herkunft, ist Sozialwissenschaftler und lebt z. Zt. in Harare (Zimbabwe).
Der Text ist eine gekürzte Fassung eines Referates, das Tandon auf einem Kongreß über den informellen Sektor und Nicht-Regierungs-Organisationen im Dezember 1990 in Abuja, Nigeria, gehalten hat.
vgl.: ifda-Dossier 81 (April-Juni 1991), Seite 67-78

2.) United Nations Non-Governmental Liaison Service

3.) siehe: United Nations Non-Governmental Liaison Service: Non-Governmental Organizations and sub-Saharan Africa Genf 1988

4.) nach Tab. 5.2 in:
Tim Broadhead/Brent Herbert-Copley:
Bridges of Hope? Canadian Voluntary Agencies and the Third World
Ottawa, South-North-Institute, 1988, S. 79

Anpassung an die Armut Afrikas

Den Entwicklungsländern bleibt zur Modernisierung ihrer Gesellschafts- und Produktionsstrukturen als Alternative nur die Marginalisierung und die Abhängigkeit von der internationalen Fürsorge."/203/ Das ist die Quintessenz des Buches von I. Demele/W. Schoeller/R. Steiner: *Modernisierung oder Marginalisierung*. Eine Industrialisierungspolitik in den Ländern der sogenannten Dritten Welt wird von den AutorInnen befürwortet. Mit Modernisierung ist auch ein sozialer Wandel der Gesellschaft, die "Entfernung von den traditionellen Werten und Verhaltensmustern" /74/ gemeint. Bei genauerer Betrachtung geht es dabei um die kulturelle Identität der Gesellschaften in der Dritten Welt, die als "kulturelle Identität von Unterentwicklung"/139/ bezeichnet wird. Pflicht zum Gehorsam, Kultivierung des Analphabetismus durch die orale Tradition der Kommunikation und Verhinderung von gesellschaftlicher Innovation sind die Folgen dieser traditionalen Orientierung. Der Bruch mit diesen Traditionen ist nicht nur "als Verlust an menschlichen Beziehungen zu werten, sondern auch als (Gewinn) individuelle(r) Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit"/142/. Schon Eduardo Mondane, einst führendes Mitglied der mosambikanischen Befreiungsfront, forderte diesen Bruch mit der Tradition. Seiner Ansicht nach war die Tradierung der autoritären afrikanischen Gesellschaftsstruktur und die Festschreibung überlieferter Werte und Normen ein Hindernis für eine neue revolutionäre Gesellschaftsordung.
Die AutorInnen arbeiten exakt heraus, welche wirtschaftlichen Mechanismen beim Übergang von Agrarwirtschaften zu Industriegesellschaften wirken bzw. in Europa am Werke waren. Sie stützen sich dabei auf die 'Theorie des investierbaren Überschusses', wonach eine rasche Industrialisierung volkswirtschaftlich die Belastung des Agrarsektors zugunsten des industriellen Bereichs erforderlich mache und gleichzeitig die Deviseneinnahmen aus dem Export vorzugsweise in den Aufbau industrieller Anlagen zu stecken seien.

Diesen Ressourcentransfer müsse der Staat in die Wege leiten, da "die Überwindung dieses stofflichen Kapitalmangels (gemeint ist die fehlende materielle Industrie- und Infrastruktur, d.A.), der Aufbau der Grundlagenindustrien sowie die Qualifikation der Arbeitskräfte zur Übernahme industrieller Technik (...) jedoch ohne weitreichende staatliche Eingriffe und die investive Verwendung ökonomischer Überschüsse durch den Staat kaum zu bewältigen (sind)"/48/. Auf diesen ökonomischen 'Gesetzmäßigkeiten' aufbauend, analysieren Demele et al den De-Industrialisierungsprozeß Afrikas und die an der afrikanischen Krise orientierte 'Stabilisierung durch Anpassung' der Entwicklungshilfeorganisationen des Nordens.[1]
Nach Ansicht der AutorInnen zeigt der afrikanische Kontinent im Welthandel und auf den Märkten der westlichen Industrienationen seit Mittte der siebziger Jahre eine rasch fortschreitende außenwirtschaftliche Marginalisierung /75/. Erklärt wird dies durch den hohen Anteil an mineralischen und agrarischen Rohstoffen von über 90% am Gesamtexport Afrikas. Seit Mitte der siebziger Jahre werden Rohstoffe sparsamer eingesetzt, recycled oder ersetzt. Außerdem stoßen die Exporteure bei bestimmten Produkten wie beispielsweise bei Tee, Kakao und Kaffee an ihre Absatzgrenzen/96/. Gleichzeitig ist die Konkurrenzfähigkeit der Region auf dem Weltmarkt rückläufig/90/.

Die afrikanischen Staaten verloren bei ihren traditionellen mineralischen und agrarischen Exportgütern Weltmarktan-

teile an Konkurrenten aus Schwellen- und Industrieländern. Dies erklären die AutorInnen damit, daß der 'klassische' Kostenvorteil Afrikas (nämlich seine billigen Arbeitskräfte) zunehmend an die Staaten verlorengehen, die - bedingt durch 'hohe' Löhne und eine stagnierende Weltwirtschaft - mit massivem Kapitaleinsatz ihre Produktivität steigerten.

Der Rückstand in der Konkurrenzfähigkeit des afrikanischen Kontinents läßt sich nicht kurzfristig ändern. Die meisten afrikanischen Staaten sind völlig überschuldet und können sich weder modernste Anlagen anschaffen noch sind sie in der Lage, die Nachfrage nach ihren Exportgütern auf dem Weltmarkt zu beeinflussen. Angesichts dieser Tatsachen stellte sich nach Ansicht der AutorInnen die Entwicklungspolitik der Industriestaaten auf die Marginalisierung des Kontinents ein. Sie rückt zunehmend von ihrem noch in den 50er und 60er Jahren angestrebten Entwicklungsziel der Industrialisierung ab und konzentriert sich auf die ländliche Entwicklung bzw. auf Selbsthilfeprojekte. Diese Wende in der Entwicklungspolitik wird als "eine Abkehr von wirtschaftlich motivierte(r) Entwicklungshilfe und deren Übernahme von Funktionen staatlicher Sozialhilfe" interpretiert/118/.

Auch wenn die ökonomische Interpretation viel zum Verständnis der Krise in Afrika südlich der Sahara beiträgt, ist der Ansatz als Ganzes zu ökonomistisch. Abgesehen davon, daß die ökologischen Probleme der weltweiten Industrialisierung nicht einmal erwähnt werden, fehlt dieser Interpretation auch die politische Dimension von Entwicklung. Die Erwartung der AutorInnen, 'der Staat' könne den Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft koordinieren, ist naiv. Gerade das afrikanische Beispiel zeigt, daß 'der Staat' nicht stets über den Partikularinteressen steht und ein nationales Entwicklungsziel formuliert, sondern daß sich Interessengruppen des Staates bzw. der Staatseinnahmen bemächtigen, um sie zu konsumieren oder sie an ihre Klientel zu verteilen.

I. Demele/W. Schoeller/R. Steiner: Modernisierung oder Marginalisierung, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt 1989, 229 Seiten, 29.80DM.

Sender/Smith: The Development of Capitalism in Africa, London 1987.

Werner Polster/ Klaus Voy: Zu einfache Weltsicht. Von Irrtümern in der Schuldendiskussion in: Kommune 9/88

Auch die These, daß Afrika insgesamt keine Chance zur Industrialisierung mehr habe, hauptsächlich aufgrund seiner von Rohstoffen dominierten Exporte, soll nicht unwidersprochen bleiben. Es ist zwar richtig, daß viele afrikanische Staaten Weltmarktanteile bei ihren Exportprodukten verloren haben, doch gibt es andere Interpretationen, weshalb es zu diesen Markteinbrüchen kam. So legen Sender/Smith in ihrem Buch 'The Development of Capitalism in Africa' dar, daß nicht die Stagnation des Weltmarktes und die damit einhergehende Kapitalisierung der Rohstoffproduktion die Ursache für die Positionsverluste am Weltmarkt seien, sondern daß die bewußte Vernachlässigung des Rohstoffbereichs in Afrika an der Exportmisere die Hauptschuld trage. Die siebziger Jahre waren für viele afrikanische Staaten wie für alle rohstoffexportierenden Nationen eine Zeit der hohen Exporteinnahmen. Nicht die Rezession in den Industrienationen prägte das Bewußtsein und die Rohstoffpolitik dieser Länder, sondern die Vorstellung der Endlichkeit der Rohstoffressourcen und damit der potentielle Anstieg der Rohstoffpreise[3]. Die Exporteinnahmen wurden nicht in die weitere Effektivierung der Rohstoffgewinnung gesteckt. Die Vernachlässigung des Exportsektors ging soweit, daß beispielsweise die im Exportbereich tätigen Bauern keine Devisen zur Verbesserung ihrer Produktionsmittel erhielten.

Während Demele et al Afrika keine (industrielle) Entwicklungschance geben (die Voraussetzungen scheinen nicht mehr gegeben /9/) und den Kontinent damit zum Sozialfall degradieren, zeigen Sender/Smith in ihrem Buch, daß mit einer gezielten Förderung des Exportsektors durchaus Weltmarktanteile zurückzugewinnen wären.

Als letzter Kritikpunkt sei angemerkt, daß für den afrikanischen Kontinent eine Differenzierung zwischen den einzelnen Regionen bzw. Ländern durchaus angebracht ist. Wer die ökonomische Entwicklung von Staaten wie Mali, Nigeria, Zimbabwe, Uganda und Elfenbeinküste über einen Kamm schert, dessen Erkenntnisse bleiben pauschal.
Dies spricht nicht gegen den Ansatz von Demele et al, ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft nachzuspüren. Ihre Bestätigung sollte aber an Ländern bzw. ökonomisch relativ homogenen Regionen vorgenommen werden, nicht an heterogenen Kontinenten.

ug/uju

Anmerkungen:

(1) Zwei kurze Darstellungen zur Entwicklung Norwegens und Südkoreas runden den Band ab.

(2) vgl. W.Polster/K.Voy, S.39

Afrika - Mutter und Modell der europäischen Zivilisation?

Es war eine große Idee, leider ließ sie sich nicht halten: Schwarzafrika habe ehemals eine einheitliche Kultur gehabt, und an diese Tradition müsse man wieder anknüpfen. Das war der Tenor der Négritude und eines ihrer Wortführer, Leopold Senghors sowie in seiner Folge Janheinz Jahns, der als Künstler und Literaturkenner der neoafrikanischen Literatur in Deutschland auf einzigartige Weise zum Durchbruch verholfen hatte. Er war ein spekulativer Kopf, ein Bastler im wörtlichen Sinn: Er fügte alles zusammen, was er vorfand, schuf ein "Werk der Synthese" (was seine Kritiker und seine Befürworter gleichermaßen anerkannten) und konstruierte eine Philosophie des "Ntu", durch die er die afrikanische Einheitskultur charakterisiert sah.

War dies schon eine sehr weitgehende Konzeptionalisierung der tatsächlichen existierenden extremen Vielfalt afrikanischer Sprachen und Kulturen, so ging ein Afrikaner, Cheikh Anta Diop, noch sehr viel weiter. Zwar war auch er ein Verfechter der Theorie von der afrikanischen Einheitskultur, aber ihm lag daran, dies wissenschaftlich zu beweisen, und er sah gerade in den Vertretern der Négritude seine Gegner: Sie hätten den Gedanken der Einheitskultur nicht geschichtlich fundiert, sondern nur als Glaubensbekenntnis für ihren Aktionismus und ihre Literatur benutzt. Dabei sei von ihnen sogar der Grundpfeiler der historischen Größe Afrikas fallengelassen worden, insofern sie die Vernunft und die Ratio genau auf das Konto der Weißen verbuchten. "Die Emotion ist negerhaft wie die Vernunft griechisch ist", so lautete Senghors fundamentale These von 1939, die die Négritude, diese im Keim revolutionäre Gruppierung, von den Unabhängigkeitsbewegungen der einzelnen Staaten zunehmend isolierte. Senghor versuchte, die Négritude als den "Geist der negro-afrikanischen Zivilisation" zu definieren, um sie gegen den Vorwurf des umgekehrten Rassismus zu schützen, und Jean Paul Sartre machte aus ihr die "einzige große revolutionäre Dichtung unserer Tage".

Cheikh Anta Diop dagegen, der 1923 in Senegal geborene und 1986 verstorbene Gelehrte, dieser "Antihegel", wie man ihn genannt hat, weil er Griechenland als die Wiege Europas aufs heftigste bestritt, dieser bis zur Hybris selbstbewußte Afrikaner hatte nur ein Ziel: zu beweisen, daß das Denken in Afrika entstanden ist. Sein Lebenswerk war darauf gerichtet, Ägypten als den Ursprung der europäischen Kultur für immer festzumachen und der ägyptischen Hochkultur einen schwarzafrikanischen Charakter zuzusprechen.

Um dies zu belegen, wandte er alle vorhandenen Mittel und Methoden der Ägyptologie, Linguistik und modernen Naturwissenschaften an, und zwar mit solch einer Besessenheit, daß man ihn einen "Eiferer eines ideologisch bestimmten neuen geistigen Panafrikanismus" genannt und sein Verfahren als genial, aber antihistorisch" bezeichnet hat. Erst eine vor kurzem in Frankreich erschienene Studie und der jetzt im Reimer-Verlag herausgekommene Band *Afrika - Mutter und Modell der europäischen Zivilisation?* unternehmen den Versuch einer grundsätzlichen Rehabilitierung des Werkes von Cheikh Anta Diop.

So unzweifelhaft seine Bedeutung als eines Mitbegründers der afrikanischen Geschichtsschreibung, ja der Wissenschaftsgeschichtsschreibung allgemein ist, so unbestritten sein Engagement für die Selbstbewußtwerdung der Afrikaner und ihrer Zivilisation war, so bleiben doch die Voraussetzungen fragwürdig, auf denen er dieses Selbstverständnis gründete und die Theorie vom "geschichtslosen Kontinent Afrika" endgültig als Märchen und als Herrschaftslüge entlarven wollte.

Im Gegenzug zum Klischee vom zersplitterten und in Stammesfehden aufgelösten Kontinent Afrika postuliert er ein Einheitsgebilde, mit einer produktiven Eigendynamik und mit kollektivistischen Staatsformen sowie einer ihnen übergeordneten Identität. Zu ihr könne der Afrikaner zurückfinden, wenn er mithelfe, einen großen Einheitsstaat aufzubauen und sich dabei auf die traditionellen Sprachen besinne. Hier sitzt Diop einer Illusion auf, die in Varianten auch von der Négritude durchgespielt worden war - von der Bewegung also, die er als zu philosophisch, zu spekulativ, zu wenig wissenschaftlich kritisiert hatte. Diop wollte auf wissenschaftlichem Wege die Vergangenheit erkennen, dies für die Stärkung des Alltagsbewußtseins nutzen und von hier aus eine Zukunftskonzeption entwickeln. Wenn er Begriffe wie "afrikanische Seele" oder "Authentizität" benutzte, dann nicht, um sie ontologisch (d.h. als gegeben) festzuschreiben, sondern um sie einer materialistischen Prüfung zu unterziehen und auf diese Weise der Gefahr der Hypostasierung [1] von Fähigkeiten und Eigenschaften im Sinne eines (umgekehrten) Rassismus zu entgehen. Ganz konsequent arbeitete Diop als Wissenschaftler interdisziplinär und betätigte sich gleichzeitig politisch.

Der panafrikanische Gedanke beherrscht sein Werk - von seinen frühen Aufsätzen ab 1948 und seiner Dissertation, die 1954 von der Sorbonne als "unbegründet" zurückgewiesen wurde, bis zu dem 1981 erschienenen Werk *Civilisation ou Barbarie.*

Das schönste und klarste Lob für seine Arbeit kam von seiten derer, gegen die er angetreten war, von den Vertretern der Négritude. Aimé Césaire nannte Diops Buch *Nation Nègres et Culture* "das kühnste Buch eines Schwarzen ", ein Buch, das zum "Erwachen" des Kontinents beitrage. Nichts mehr wünschte sich Diop.

Die vorliegende, von Leonhard Harding und Brigitte Reinwald herausgegebene Studie und Dokumentation zeichnet ein lebendiges Bild dieses streitbaren Mannes und seines Werkes, von dem das gelten könnte, was unlängst ein Ethnologe von den großen, spekulativen Theoriegebäuden der westlichen Ethnologie sagte: Eigenartig, meinte er, obwohl ihre Konstruktionen vielfach in Trümmern darniederliegen, ihr Einfluß und ihre Kraft sind geblieben und wirken ungebrochen auf die junge Generation der Ethnologen - mehr als so manche akribische und scheinbar auf immer bewiesene, empirisch ausgerichtete Abhandlung.

Hans-Jürgen Heinrichs

Leonhard Harding und Brigitte Reinwald (Hrsg.):
Afrika - Mutter und Modell der europäischen Zivilisation?
Die Rehabilitierung des schwarzen Kontinents durch Cheikh Anta Diop
Reimer-Verlag, 287 Seiten, 44.- DM

Anmerkung
1) hier etwa: Personifizierung

Da sich diese Ausgabe der "blätter" ausschließlich mit Afrika befaßt, haben wir für Afrika-Interessierte einen Serviceteil zusammengestellt. Er enthält Adressen von Forschungsinstituten, Bibliotheken, "alternativen" Informationsstellen sowie einen Überblick über die wichtigsten Afrika-Zeitschriften und einige neu erschienene Bücher. Unsere Auswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Grundlage für den zweiten und dritten Abschnitt war vor allem ein umfangreiches Institutionenverzeichnis des Deutschen Übersee-Instituts:

Gebhardt, Marion (Hrsg.): Institutionen der Afrika-Forschung und Afrika-Information in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West): Forschungsinstitute, Bibliotheken, Dokumentationsstellen, Archive Hamburg, Deutsches Übersee-Institut, Übersee-Dokumentation, Referat Afrika, 1990, 285 S., 35.-DM

Beim Zusammentragen der "alternativen" Adressen waren uns hauptsächlich AKAFRIK, issa und IZA (siehe Liste) behilflich. Die österreichischen Adressen hat uns die Zeitschrift für Afrikastudien (ZAST) mitgeteilt; wir haben diese ohne Telefonnummern veröffentlicht, weil in Österreich zur Zeit das Telefonsystem umgestellt wird. Unsere Ansprechpartner in der Schweiz waren das Afrika-Komitee Basel und die NaSA (Nachrichtenstelle Südliches Afrika). Zur Schweiz gibt es ebenfalls ein Institutionenverzeichnis:

Maislisch, Viviane (Hrsg.): Schweiz - Dritte Welt: Verzeichnis der Institutionen 1989-1990

zu bestellen bei:
Institut Universitaire d'Etudes du Développement (IUED) Centre de Documentation
24 Rue Rothschild
CH-1211 Genève 21
Tel.: 022/7 31 59 40

Für die Schweiz gibt es außerdem ein Verzeichnis von Personen (ProfessorInnen, JournalistInnen etc.), die zu Afrika arbeiten:

Graffenried, Charlotte von (Hrsg.): Who's Who. Die Afrika-Forschung in der Schweiz Bern (Schweizerische Afrika-Gesellschaft) 1991

Adressen & Zeitschriften & Literatur zu Afrika

Alternative Informationsstellen und Aktionsgruppen

Afrika-Initiative Hannover
c/o Pavillon am Raschplatz
Lister Meile 4
3000 Hannover 1
Tel.: 0511/34 41 44

Die Initiative betreibt Öffentlichkeitsarbeit, um über die aktuellen Entwicklungen in afrikanischen Ländern (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur...) zu informieren und auf die Abhängigkeitsstrukturen zwischen Europa und Afrika hinzuweisen. Regionale Schwerpunkte sind Sudan, Westafrika und das südliche Afrika. Inhaltlich wird zu kulturellen und übergreifenden Themen (IWF, Frauen, Ökologie...) gearbeitet. Die Initiative veranstaltet das "AFRIKA-FORUM" (monatlich), Seminare und die "AFRIKA-TAGE" (ca. alle zwei Jahre).

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) und
Weltfriedensdienst e.V. (WFD)
Hedemannstr. 14
1000 Berlin 61

ASW fördert Kleinprojekte u.a. in Afrika (Südafrika, Kapverde, Senegal); WFD fördert ebenfalls Projekte in Südafrika, Zimbabwe, Kapverden, publiziert die Zeitschrift "Querbrief" mit Berichten über die geförderten Projekte und damit zusammenhängenden entwicklungspolitischen Diskussionen.

Anti-Apartheid-Bewegung e.V. (AAB)
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/21 13

Die AAB arbeitet zu Südafrika, Schwerpunkt ist die Aktionsarbeit hier gegen wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der Apartheidregierung.

Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK)
Lingener Str.9
4400 Münster
Tel.: 0251/66 11 16

Der AKAFRIK arbeitet zu ganz Afrika. Es gibt ein Archiv, v.a. zu Ökologie und Verschuldung, Anfragen werden beantwortet. Zu afrikabezogenen Themen können ReferentInnen vermittelt werden. Neuer Schwerpunkt: Kolonialismus in Afrika, Reparationen.

Comboni-Missionare
Informations- und Bildungsstätte
Rotenbacher Str. 8
Postf. 1252
7090 Ellwangen/Jagst
Tel.: 07961/5 40 81

Die "Comboni-Missionare" gehören dem Katholischen Bildungswerk Ostalbkreis e.V. an. Zu ihren Angeboten gehören Vorträge und Seminare für Jugendliche und Erwachsene, die Vermittlung von ReferentInnen, sowie Beratung und Vermittlung zu Aufenthalten in afrikanischen Ländern. Außerdem gibt es eine Bibliothek und ein Pressearchiv. Länderschwerpunkte sind Äthiopien, Sudan, Kenia, Malawi, Uganda, Südafrika.

Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116
5300 Bonn 3
Tel.: 0228/46 43 69

Information und Dokumentation über die Länder des südlichen Afrika. Zusammen mit der AAB gibt die issa die Zeitschrift "Informationsdienst Südliches Afrika" heraus, die sechsmal jährlich erscheint.

Informationszentrum Afrika e.V. (IZA)
Schildstr. 28
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/7 49 17

Das IZA leistet Informationsarbeit über politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Afrika und zum Verhältnis zwischen den Industrieländern und Afrika vor allem durch Veranstaltungen. Die Zeitschrift "iza ellefant" kommt 4-6 mal jährlich heraus, außerdem verlegt IZA eine wissenschaftliche Schriftenreihe mit dem Titel "Afrika-Hefte".

Koordinierungskreis Mosambik e.V.
Klasingstr. 17
4800 Bielefeld
Tel.: 0521/6 59 43

Der Koordinierungskreis ist ein Zusammenschluß von Organisationen, die zu Mosambik arbeiten: Materielle Unterstützung von Projekten, Öffentlichkeitsarbeit sowie seit neuestem Aktivitäten zugunsten der MosambikanerInnen in der ehemaligen DDR (Rechtshilfe, Beratung, Lobbyarbeit).

MAGRAN-Koordinationsgruppe
Postf. 10 02 27
4650 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/20 72 72

Koordiniert die Arbeit von amnesty international in den portugiesisch- bzw. spanischsprachigen Ländern Afrikas. Zu diesen Ländern wird ein Archiv aufgebaut, mit thematischem Schwerpunkt auf politischer Entwicklung und Menschenrechtssituation. Anfragen von außerhalb sowie Gutachten in Asylverfahren werden bearbeitet.

Zimbabwe Netzwerk e.V.
Haussmannstr. 16
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/2 36 92 00

Zusammenschluß von Organisationen und Einzelpersonen, die in der BRD zu Zimbabwe arbeiten. Informations- und Bildungsarbeit, veranstaltet Seminare, fördert Kulturaustausch. Im "Zimbabwe-Rundbrief", der 3-4 mal jährlich erscheint, wird über die aktuelle Situation, Einschätzungen und Hintergründe in Zimbabwe berichtet. Literatur, Medien und Archiv sind auf Anfrage zugänglich. Außerdem werden regionale Kontaktadressen vermittelt.

Forschungsinstitute und Dachverbände

Institut für Afrika-Kunde
Neuer Jungfernstieg 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 040/3562-523

Das Institut für Afrika-Kunde gehört zum Deutschen Übersee-Institut und ist die einzige Einrichtung, die ausschließlich auf Afrika ausgerichtet ist. Der thematische Schwerpunkt liegt auf gegenwartsbezogener sozialwissenschaftlicher Afrika-Forschung. Regional konzentriert sich das Institut auf Afrika südlich der Sahara. (siehe auch unter "Bibliotheken...")
Publikationen:
Zeitschrift "Afrika-Spectrum"
Schriftenreihe "Jahrbuch Afrika"

Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung
Windausstr. 16
7800 Freiburg i.Br.
Tel.: 0761/8 50 91

Das Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI) befaßt sich mit sozialwissenschaftlichen, politikwissenschaftlichen und soziokulturellen Fragen der Entwicklung. Forschungsschwerpunkte sind politische Konflikte, ethnische Konflikte, Erziehungsforschung und Entwicklungstheorie. Afrika (speziell Süd- und Ostafrika) ist dabei ein Schwerpunkt neben anderen. Das ABI unterhält auch eine Präsenzbibliothek.

Universität Bayreuth
Pf. 1012
8580 Bayreuth

Seit den 1970er Jahren gibt es an der Universität Bayreuth einen Schwerpunkt Afrikanologie, der verschiedene Fachbereiche umfaßt. Dazu gehören Literatur (Besonderheit: Behandlung moderner afrikanischer Literatur), Sprachwissenschaft, Soziologie, Sozialgeographie (vor allem Urbanisierung, Migration) sowie ein fächerübergreifender Sonderforschungsbereich "Identität in Afrika - Prozesse ihrer Entstehung und Veränderung".
Die Universität gibt außerdem die Schriftenreihe "Bayreuth African Studies Series" heraus.

Freie Universität Berlin
Arbeitsstelle Politik Afrikas
Garystr. 45
1000 Berlin 33
Tel.: 030/8 38 23 64

Die Arbeitsstelle Politik Afrikas gehört dem Institut für Internationale Politik und Regionalstudien an und ist seit 1967 in Forschung, Lehre und Dokumentation zum Thema Afrika tätig. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Politikwissenschaft. Publikation: "Berliner Studien zur Politik in Afrika"

Universität Frankfurt
Frobenius-Institut
Liebigstr. 41
6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: 069/72 10 12 od. 72 25 38

Das Frobenius-Institut ist ein Forschungsinstitut mit ethnologischem Schwerpunkt. Untersucht werden die Kultur und Kulturgeschichte Afrikas anhand von historischen Quellen und mündlichen Überlieferungen. Das Institut verfügt über eine umfangreiche Sammlung von Zeichnungen, Aquarellen und Felsbildern. Publikationen sind die Zeitschrift "Paideuma" und die Schriftenreihe "Studien zur Kulturkunde".

Universität Mainz
Institut für Ethnologie und Afrika-Studien
Forum universitatis 6
6500 Mainz
Tel.: 06131/39-2798

Das Institut besteht seit 1975 und betreibt interdisziplinäre Lehre und Forschung in den Fachbereichen Ethnologie (Literatur-/Kunst-/Religions-/Musikethnologie), Soziologie (Kultur und Gesellschaft Afrikas), politische Geschichte und afrikanische Philologie / neoafrikanische Literatur.
Der regionale Schwerpunkt ist Zentralafrika. Das Institut gibt mehrere Schriftenreihen heraus: "Mainzer Afrika-Studien", "Mainzer Ethnologica", "Mainzer Ethnologische Arbeiten".

Universität Köln
Institut für Afrikanistik
Meister Ekkehartstr. 7
5000 Köln 41
Tel.: 0221/470-2708

Die Universität Köln bietet ein fächerübergreifendes Aufbaustudium "Afrikanologie" für deutsche und ausländische Studierende an. (Dauer: 2 Semester)

Universität Hamburg
Institut für Politische Wissenschaft
Arbeitsstelle "Demokratisierung in der Dritten Welt"
Allende-Platz 1
2000 Hamburg 13
Tel.: 040/41 23 32 32

Dachverbände

Dachorganisation der Institute:
Arbeitskreis der deutschen Afrika-Forschungs- und Dokumentationsstellen (ADAF)
Neuer Jungfernstieg 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 040/3562-523 od. 3562-524

Wissenschaftler-Vereinigung:
Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD)
c/o Übersee-Museum Bremen
Bahnhofsplatz 13
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/3 97 83 57

Bibliotheken/Archive/ Dokumentationsstellen

Deutsches Übersee-Institut. Übersee-Dokumentation. Referat Afrika (AFDOK)
Neuer Jungfernstieg 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 040/3 56 25 62

Die AFDOK dokumentiert Monographien, Zeitschriftenaufsätze und Periodika zum Thema Afrika. Vierteljährlich kommt eine Auswahlbibliographie der neueren Literatur heraus. Außerdem werden in unregelmäßigen Abständen Länder- und Themenbibliographien erstellt.

Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE)
Zentrale Dokumentation
Hans-Böckler-Str. 5
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/4001-8

Die DSE deckt alle sog. Entwicklungsländer ab und dokumentiert deutsch- und fremdsprachige Monographien, Graue Literatur, Jahresberichte, Zeitschriften, Informationsdienste und Zeitungen. Auf Anfrage bietet die DSE individuelle Recherchen und Auswahlbibliographien an. Bibliographische Veröffentlichungen erscheinen regelmäßig.

Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt
Bockenheimer Landstr. 134-138
6000 Frankfurt/M. 1

Tel.: 069/7907-246
Sondersammelgebiet Afrika südlich der Sahara, größter Bestand an afrikabezogener Literatur in der Bundesrepublik.

Bibliothek des Instituts für Afrika-Kunde
Neuer Jungfernstieg 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 040/3 56 25 26

Die Bibliothek des Instituts für Afrika-Kunde ist an die AFDOK angeschlossen und führt vor allem Literatur über Afrika südlich der Sahara, auch Graue Literatur aus Afrika selbst. Wissenschaftliche Schwerpunkte sind Sozialwissenschaften, Politik, Wirtschaft und Recht.

Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft
Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland
Düsternbrooker Weg 120
Pf. 4309
2300 Kiel 1
Tel.: 0431/884-1

Regionale Schwerpunkte der Bibliothek sind zu Afrika: Ägypten, Kenia, Nigeria, Südafrika. Die Bibliothek führt Literatur zu wirtschaftswissenschaftlichen Themen, insbesondere zu Wirtschaftspolitik, Wirtschaftszweigen und Entwicklungsökonomie.

Universitätsbibliothek Tübingen
Wilhelmstr. 32
7400 Tübingen
Tel.: 07071/29-2587

regionaler Schwerpunkt: "Vorderer Orient" einschließlich Nordafrika

Handbücher

Hofmeier, Rolf / **Schönborn**, Mathias (Hrsg.): Politisches Lexikon Afrika München 1988 (4. Auflage, z.Zt. vergriffen. Neuauflage Ende 1991)

Das Lexikon bietet zu jedem der fünfzig Länder südlich der Sahara aktuell alle wichtigen Informationen zu Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft sowie Innen- und Außenpolitik. Literaturhinweise ergänzen die nach einem einheitlichen Konzept verfaßten Artikel.

Hofmeier, Rolf / **Institut für Afrika-Kunde** (Hrsg.):
Afrika-Jahrbuch. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara. Opladen.
Erscheint jährlich.

Das Jahrbuch setzt sich zur Aufgabe, einen kompakten Überblick über alle wesentlichen Ereignisse eines Kalenderjahres zu geben. Im Mittelpunkt steht die nach einheitlichem Muster erfolgende Darstellung der Entwicklungen im Berichtsjahr in den einzelnen Ländern und Regionen. Zusätzlich werden einige herausgehobene aktuelle Themen analysiert. Ein Anhang gibt Überblick über deutschsprachige Neuerscheinungen.

Ki-Zerbo, Joseph:
Die Geschichte Schwarzafrikas
Frankfurt/M. 1981

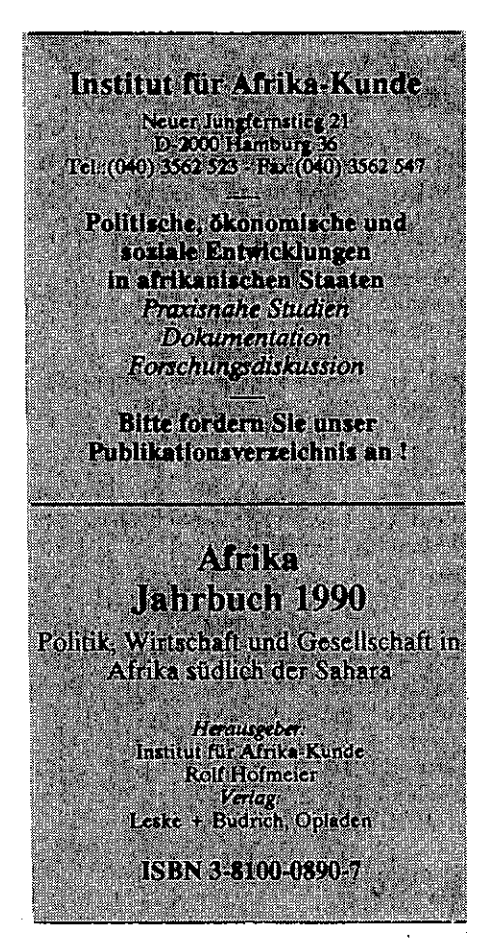
Die erste umfassende Geschichte Schwarzafrikas, die von einem afrikanischen Historiker geschrieben wurde. Mit wissenschaftlicher Methodik wird aus afrikanischer Perspektive die Geschichte des Kontinents erforscht und dargestellt. Ein Buch, das nicht zuletzt auch mit dem in Europa weitverbreiteten Vorurteil aufräumt, Afrika habe vor seiner "Entdeckung" keine Geschichte gehabt.

Michler, Walter:
Weißbuch Afrika
Bonn 1991 (2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage)

Das Buch ist sowohl Lexikon und Handbuch als auch Lese- und Arbeitsbuch. Es behandelt in fünf Teilen die Probleme der Ernährungssicherung, das unbewältigte Erbe des Kolonialismus, die Ökologiekrise, die kriegerischen Auseinandersetzungen und die wirtschaftliche Situation. Abgerundet wird das Buch durch ausführliche Statistiken und leicht eingängige, gut verständliche Beschreibungen einzelner Länder.

Nohlen, Dieter / **Nuscheler**, Franz (Hrsg.):
Handbuch der Dritten Welt.
Bde. 4 u.5: Westafrika und Zentralafrika; Ostafrika und Südafrika
Hamburg 1982 (2., völlig überarbeitete und erweiterte Ausgabe)

Die beiden Bände bieten umfassende Informationen über die sozioökonomischen, soziokulturellen und politischen Strukturen und Probleme aller Länder Afrikas. Den Länderanalysen liegt ein durchgängiges Konzept zugrunde: Statistische Informationen werden aufgearbeitet und mit entwicklungspolitischen Struktur- und Problemanalysen verbunden.



Österreich

Alternative Informations- und Dokumentationsstellen und Zeitschriften

Anti-Apartheid-Bewegung
Postfach 146
A-1061 Wien

Arbeitsgruppe "Entwicklungspolitik"
Institut für Politikwissenschaft
Innrain 52
A-6020 Innsbruck

Kranich - Uganda-Nachrichten
c/o Michael Stadler
Weyrgasse 5
A-1030 Wien

Mosambik-Rundbrief
Schlickgasse 3/21
A-1090 Wien

Südwind (Hrsg.: ÖIE)
Tuchlauben 8/6
A-1010 Wien

Studieneinrichtungsvertretung Afrikanistik
Institut für Afrikanistik
Doblhoffgasse 5/9
A-1010 Wien

Wissenschaftliche Zeitschriften

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Weyrgasse 5
A-1030 Wien

Zeitschrift für Afrikastudien (ZAST)
P.O. Box 3
A-1100 Wien

Bibliotheken/Archive/ Dokumentationsstellen

Afro-Asiatisches Institut
Türkenstr. 3
A-1090 Wien

Bibliothek des Instituts für Afrikanistik
Doblhoffgasse 5/9
A-1010 Wien

Büro Medienverbund - Afrika am Wort
Hohenstaufengasse 5
A-1010 Wien

Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) - Archiv
Tuchlauben 8/6
A-1010 Wien

Universitätsbibliothek Wien
Dr.-Karl-Renner-Ring 1
A-1010 Wien
Nationalbibliothek
Heldenplatz
A-1010 Wien

Forschungsinstitute

Institut für Afrikanistik
Doblhoffgasse 5/9
A-1010 Wien

Schwerpunkt: Linguistik, Geschichte

Vienna Institute for Development and Co-operation (VIDC)
Weyrgasse 5
A-1030 Wien

Schweiz

Alternative Informationsstellen und Zeitschriften

Anti-Apartheid-Bewegung der Schweiz
Dubsstr. 33,
Postf.
CH-8036 Zürich

Afrika-Komitee
Postf. 1072
CH-4001 Basel
Tel.: 061/3 31 77 15 od. 2 61 62 11

Informations- und Dokumentationsstelle mit regionalem Schwerpunkt südliches Afrika/Eritrea. Gibt die Zeitschrift "afrika bulletin" heraus.

Informationsdienst Dritte Welt (I3W)
Monbijoustr. 31
CH-3001 Bern
Tel.: 031/26 12 32

Dokumentationsstelle

mosquito (Hrsg. SKAAL/AG3W)
Postf. 5218
CH-3001 Bern
Tel.: 032/42 53 68 od. 23 41 91

SKAAL/AG3W (Solidaritätskomitee für Afrika, Asien, Lateinamerika)
Postf. 692
CH-8226 Zürich

Nachrichtenstelle Südliches Afrika
(NaSA) Missionsstr. 21
CH-4003 Basel
Tel.: 061/2 68 82 33

Monatlicher Newsletter mit Hintergrundinformationen zu Südafrika und den Frontlinienstaaten und einer kurzen Chronologie der wichtigsten Ereignisse. Archiv zu Südafrika und den Frontlinienstaaten. Anfragen werden beantwortet.

Bibliotheken/Archive/ Dokumentationsstellen

Basler Afrika Bibliographien
Klosterberg 21
CH-4051 Basel
Tel.: 061/2 71 33 45

Bibliographie und Dokumentation zu ganz Afrika, Schwerpunkt Namibia. Publikationen: "Beiträge zur Afrika-Kunde", "Nachrichten/Newsletter"

Basler Mission
Missionsstr. 21
CH-4003 Basel
Tel.: 061/2 68 81 11
Archiv, Regionaler Schwerpunkt: Ghana, Kamerun. Laufendes Forschungsprojekt: Frauen in der Geschichte der Basler Mission.

Missionshaus Betlehem
CH-6405 Immensee
Tel.: 041/81 51 81

Stadtbibliothek Winterthur
Museumsstr. 52,
Postf.
CH-8401 Winterthur

Afrikanische Sprachen und Literaturen (Erwerbungsabsprache mit Zentralbibliothek Zürich)

Zentralbibliothek Zürich
Zähringerplatz 6
CH-8025 Zürich

Afrika betreffende Monographien und Zeitschriften aus verschiedenen Wissensgebieten.

Forschungsinstitute

Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich
Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer (NADEL)
Rämistr. 101
CH-8092 Zürich
Tel.: 01/2 56 22 11

Schweizerische Afrika-Gesellschaft (SAG)
Postfach
CH-3000 Bern

Ziele der SAG sind die Förderung und Koordination der Afrika- Forschung in der Schweiz, sie arbeitet interdisziplinär. Die SAG koordiniert die Institutionen/Organisationen etc., die in der Schweiz zu Afrika arbeiten und dient als Informations- und Dokumentationsstelle. Außerdem gibt sie mehrere Publikationsreihen heraus und veranstaltet Seminare.

Die wichtigsten Afrika-Zeitschriften
Eine Auswahl

Africa Confidential

Erscheint zweiwöchentlich in London (73 Farringdon Road, London EC1M 3JB). Bringt detaillierte Hintergrundsinformationen und politische Einschätzungen, die aus "gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen" stammen.

Africa Events

Erscheint monatlich in London (55 Banner Street, London EC1Y 8PT). Wie die drei erstgenannten ein politisches Magazin, das in Europa von einem afrikanisch-europäischen Redaktionsteam für ein vorwiegend afrikanisches Publikum hergestellt wird. "Africa Events" bringt allerdings längere und analytischere Artikel, die zudem stärker "anti-imperialistisch" ausgerichtet sind.

afrika-bulletin

Herausgegeben vom Afrika-Komitee, Basel. Erscheint vierteljährlich in Basel (Postf. 1072, CH-4001 Basel). Beschäftigt sich ebenfalls mit den Ländern des südlichen Afrika. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Angola und Mosambik.

Afrika-Post

Herausgegeben von der Deutschen Afrika-Stiftung e.V. Erscheint monatlich in Bonn (Bonner Talweg 225, 5300 Bonn 1). Politisches Magazin mit aktuellen Artikeln sowohl zur Situation einzelner Länder als auch zu Problemen, die den Kontinent insgesamt betreffen. Relativ breiten Raum nehmen die deutsch-afrikanischen Beziehungen ein. Von der politischen Ausrichtung her eher konservativ.

Afrika Spectrum

Herausgegeben vom Institut für Afrika-Kunde. Erscheint dreimal jährlich in Hamburg (Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36). Eine wissenschaftliche Zeitschrift für die gegenwartsbezogene Afrikaforschung, die nach eigener Darstellung "...bei größtmöglicher Praxisnähe neue Einsichten und Informationen über die vielfältigen entwicklungsrelevanten Probleme der Länder Afrikas vermitteln und interdisziplinäre Forschungsbeiträge leisten (möchte)." Jede Ausgabe wird durch einen ausführlichen Rezensionsteil ergänzt.

informationsdienst südliches afrika

Herausgegeben von der Informationsstelle südliches afrika e.V. (issa). Erscheint sechsmal jährlich in Bonn (Königswinterer Str. 116, 5300 Bonn 3). Länder- und Hintergrundsberichte sowie Rezensionen und Kurzinformationen zum südlichen Afrika.

Internationales Afrikaforum

Erscheint vierteljährlich in München (c/o Rena Sutor, Guntherstr.23, 8000 München 19). Neben einer regelmäßigen Länderchronik wird in jedem Heft ein Schwerpunktthema vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht behandelt.

Jeune Afrique

Erscheint zweiwöchentlich in Paris (3, rue Roquepine, 75008 Paris). Politisches Magazin für das französischsprachige Afrika mit sowohl aktueller Länderberichterstattung als auch grundsätzlichen Analysen.

Matatu. Zeitschrift für afrikanische Kultur und Gesellschaft

Erscheint halbjährlich in Frankfurt/M. (In der Au 33, 6000 Frankfurt/M. 90). Eine Zeitschrift, die sich mit allen Aspekten der zeitgenössischen Kulturen und Gesellschaften Afrikas und der Karibik auseinandersetzt. "Matatu" veröffentlicht neben wissenschaftlichen Artikeln, Berichten, Interviews und Rezensionen auch Gedichte, Kurzgeschichten und andere Primärtexte in allen Sprachen Afrikas und der Karibik.

New African

Erscheint monatlich in London (P.O. Box 261 Carlton House, London WC2B 5BN). Gewissermaßen das englischsprachige Gegenstück zu "Jeune Afrique"

Review of African Political Economy

Erscheint dreimal jährlich in Sheffield (P.O.Box 678, Sheffield S1 1BF). Wissenschaftliche Zeitschrift, die sich, von einem undogmatischen marxistischen Ansatz ausgehend, mit den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Problemen Afrikas auseinandersetzt.

West Africa

Erscheint wöchentlich in London (43-45 Coldharbour Lane, London SE5 9NR). Behandelt die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in Westafrika, wobei der Schwerpunkt auf den englischsprachigen Ländern liegt.

ZAST - Zeitschrift für Afrikastudien

Erscheint halbjährlich in Wien (Postf. 3, A-1100 Wien). Versteht sich als ein anti-imperialistisches Forum für kontroverse Diskussionen und Beiträge, das sich mit wirtschaftlichen, politischen, geschichtlichen, kulturellen und philosophischen Problemen Afrikas wissenschaftlich auseinandersetzt. Ausführlicher Rezensionsteil.

Neuere Literatur zu Schwarzafrika

Bienen, Henry S.:
Armed forces, and change in Africa
Boulder/Colo. 1989

Breyer, Karl:
Sterbehilfe für Afrika. Paradox Entwicklungspolitik.
Kiel 1987

Brosinzky-Schwabe, Edith:
Kultur in Schwarzafrika: Geschichte, Tradition, Umbruch, Identität
Köln 1988

Bryde, Brun-Otto u.a. (Hrsg.):
Zwischen Collective Self-Reliance und Entwicklungshilfe. Internationale Wirtschaftsprobleme afrikanischer Staaten.
Marburg/Lahn
(Institut für Kooperation in Entwicklungsländern) 1989

Ceppi, Jean-Philippe (Bearb.):
Giftmüll: Afrika hungert. "Da habt ihr unseren Dreck!"
Genf (Bureau de Reportage et de Recherche) 1989
(Vertrieb in der Bundesrepublik:
iz3w,
Postf. 5328,
7800 Freiburg i. Br.)

Demele, Isolde:
Abstraktes Denken und Entwicklung: der unvermeidliche Bruch mit der Tradition
Frankfurt/M. 1988

Duchhardt, Heinz / **Schlumberger**, Jörg A. / **Segl**, Peter (Hrsg.):
Afrika. Entdeckung und Erforschung eines Kontinents
Köln 1989

Graudenz, Karlheinz:
Die deutschen Kolonien: Geschichte der deutschen Schutzgebiete in Wort, Bild und Karte.
Augsburg 1989

Harbeson, John W. (Hrsg.):
The Military in African Politics
New York 1987

Harrison, Paul:
Afrika stirbt nicht. Hoffnung für einen bedrohten Kontinent
Reinbek b. Hamburg 1988

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung u.a. (Hrsg.):
Militärregime und Entwicklungspolitik
Frankfurt/M. 1989

Houser, George M.:
No one can stop the rain.
Glimpses of Africa's liberation struggle.
New York 1989

Imfeld, Al (Hrsg.):
Die Schatten kann man nicht begraben. Lesebuch zur afrikanischen Politik.
Zürich 1989

Janice, Stephen W. / **Brownford**, N. (Hrsg.):
Africa in world politics: Changing perspectives
London 1987

Keller, E.J. / **Rothchild**, D. (Hrsg.):
Afro-Marxist Regimes. Ideology and public policy
Boulder/Colo. 1987

Klingebiel, Stephan:
Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Subsahara-Afrika
Düsseldorf (Die Grünen im Bundestag) 1989

Krebs, Thomas:
Strukturen einer Langzeitkrise. Bevölkerung, Nahrungsmittelproduktion und Ernährung in Schwarzafrika.
Hamburg (Institut für Afrika-Kunde) 1988

Labenheim-Heringer, Anita:
Frauen. Entwicklungshilfe - Beseitigung oder Förderung frauenfeindlicher Strukturen. Das Beispiel Schwarzafrikas.
Kiel 1988

Lachenmann, Gudrun:
Frauenpolitik in der Entwicklungsarbeit: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauenförderung in Afrika durch Entwicklungszusammenarbeit
Berlin (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) 1989

Lamb, David:
Afrika. Menschen, Stämme, Länder.
München 1988

Melchers, Konrad:
Die Krise Afrikas und Antworten aus Afrika: eine Zusammenstellung von Analysen und Lösungsvorstellungen.
Brachtal (Die Grünen im Bundestag) 1989

Menck, Karl Wolfgang (Hrsg.):
Challenges for science and technology promotion in Africa: problems, priorities and actions.
Bonn (DSE) 1988

Meyns, Peter u.a. (Hrsg.):
Democracy and the one-party-state in Africa.
Hamburg (Institut für Afrika-Kunde) 1989

Miller, Norman u.a. (Hrsg.):
AIDS in Africa: the social and policy impact
Lewistone/N.Y. (Studies in African Health and Medicine 10) 1988

Mönning, Gabriela (Hrsg.):
Schwarz-Afrika der Frauen. Reise und Kultur.
München 1989

Nafziger, E. Wayne:
Inequality in Africa. Political elites, proletariat, peasants, and the poor.
Cambridge 1988

Nnamdi, Reginald N.:
Afrikanisches Denken. Sein Selbstverständnis und das Problem seiner Bezogenheit zum europäischen Denken.
Frankfurt/M. 1987

Nyang'oro, Julius:
The state and capitalist development in Africa: declining political economies.
New York 1989

Parfitt, Trevor W. / **Riley**, Stephen P.:
The African debt crisis London
1989

Richter, Roland:
Giftmüllexporte nach Afrika: Überblick, Zusammenhänge, Perspektiven.
Ebenhausen (Stiftung Wissenschaft und Politik) 1989

Schamp, Eike W. (Hrsg.):
Der informelle Sektor: geographische Perspektiven eines umstrittenen Konzepts.
Aachen 1989

Senftleben, Hans U.:
Medizinsafari. Aufzeichnungen zur staatlichen deutschen Entwicklungshilfe in Afrika.
Darmstadt 1988

Stichter, Sharon B./ **Parpart**, Jane L. (Hrsg.):
Patriarchy and class: African women in the home and the workforce.
Boulder/Colo. 1988

Sundermeier, Theo:
Nur gemeinsam können wir leben. Das Menschenbild schwarzafrikanischer Religionen.
Gütersloh 1988

Wunsch, James S. (Hrsg.):
The failure of the centralized state: Institutions and self- governance in Africa.
Boulder/Colo. 1990

7.agisra-Vernetzungstreffen
Die Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung lädt zu einem Vernetzungstreffen vom 27.-29.9. in Frankfurt/M. interessierte Frauen ein.
Anmeldung und Infos: agisra, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/M.

BUKO - Seminar "Rassismus"
Ziel ist der Aufbau einer Koordinationsstruktur für Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten für die Kampagne 1992. Am 27.-29.9 in der Nähe von Bremen.
Anmeldung und Infos: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Welthandel und Menschenrechte
Bananen, Blumen, Ananas
Auseinandersetzung mit den Informationskampagnen zu "Kolonialwaren". 28./29. September in Bonn.
Veranstalter und Infos: FIAN, Overwegstr. 31, 4690 Herne 1

Kriegsfolgen.... Folgekriege?
Seminar über regionale und weltweite Folgen des Golfkriegs. Vom 2.-4. Oktober in Neckargerach.
Anmeldung und Infos: Trotz-dem, Werkstatt für Kultur und Bildung, Raimundisstr. 13, 6500 Mainz (bis 22.09.)

Leben in der Einen Welt
Tagung am 26.10. in Potsdam der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

Die Rolle der Eingeborenen-Völker Chiles im Befreiungsprozeß Lateinamerikas
Seminar vom 25.-27.10. in Münster.
Anmeldung bis 11.10. bei: Chile-Informationsbüro e.V., Frauenstr. 3-7, 4400 Münster

BUKO Pharma-Kampagne
Mit allen Mitteln?
Entwicklungspolitik und Forschung gegen das Bevölkerungswachstum in der "Dritten Welt". Seminar in Bad Oeynhausen vom 25-27. Oktober.
Anmeldung: BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

Aktionskonferenz Kampagne 92
Der Kampagnen-Koordinierungsausschuß des BUKO lädt ein zwecks Absprache und Planung konkreter Aktionen.
Am 19./20. Oktober in der "Alten Feuerwache", Melchiorstr. 3, 5 Köln 1

Neue Herausforderungen im Nord-Süd-Verhältnis.
Sozio-Ökonomische und ökologische Krisenfaktoren in Guinea.
Tagung von und in der Evangelischen Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum vom 30. September bis 2. Oktober.



DEMOKRATIE & SOZIALISMUS

IV. Tübinger Ernst-Bloch-Tage vom 8. – 10. November 1991

Mit: Cornelius Castoriadis, Elmar Altvater, Bob Jessop u.a.

Freitag, 8. November:	Eröffnungsveranstaltung mit Vorträgen und Diskussion
Samstag, 9. November:	Tagung der verschiedenen Arbeitsgruppen:
AG I:	Utopie, Demokratie, Sozialismus
AG II:	Entmännlichung der Utopie *(Vorbereitung: Unabhängiger Frauenverband)*
AG III:	Zur Logik demokratischer Institutionen
AG IV:	Sozialismus & Markt
AG V:	Innere Veränderungen des Kapitalismus – Postfordismus oder Ende der Arbeitsgesellschaft?
AG VI:	Selbstbestimmung und Menschenrechte im Mittleren Osten
Sonntag, 10. November:	Abschlußpodium

UNTERSTÜTZER/INNEN: Sozialistisches Büro Offenbach, LINKS-Redaktion, Unabhängiger Frauenverband Berlin, Redaktion TÜTE – Tübinger Termine, Fachschaftsräte-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universität Tübingen, GRÜNE / AL Tübingen. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Politische Ökologie. ANMELDUNG: Vorbereitungsgruppe Tübingen / Mathias Richter, Sigwartstr. 11, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/27321. Teilnahmegebühr incl. Materialien 25.- DM / 15.- DM erm.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733